Nummer 46 | Stuttgart, 14. November 1908 | 26. Jahrgang

Metallarbeiter-Zeitung

Organ für die Interessen der Metallarbeiter

Publikationsorgan des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes u. d. Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Abonnementspreis pro Quartal 1 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Scherm.
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Rötestr. 16a part.
Telephonruf: Nr. 8392.

Insertionsgebühr pro sechsgespaltene Kolonelzeile:
Arbeitsvermittlung 1 Mark, Privatanzeigen 2 Mark.
Geschäftsinserate finden keine Aufnahme.

In einer Aufl. von 382800 EXEMPLAREN erscheint diese Ztg.

Zu viel Menschen.

I.

Es gibt wieder einmal zu viel Menschen. Von allen Seiten kommen Nachrichten über Arbeitslosigkeit und weitere Arbeiterentlassungen, wobei es sich nicht um einzelne, auch nicht nur um Dutzende oder Hunderte, sondern um Tausende, Hunderttausende und Millionen von Menschen handelt — in Amerika soll es nach dem Berichte eines Parteiblattes 5 bis 6 Millionen Arbeitslose geben —, um eine Massenarbeitslosigkeit, die direkt und indirekt das gesamte arbeitende Volk empfindlich in Mitleidenschaft zieht.

Bei dieser Erscheinung von Massenarbeitslosigkeit liegt nun die Annahme nahe, daß es zu viel Menschen gibt. Und natürlich sind alle die überflüssig, die keine Existenz, keine Arbeit, kein Einkommen haben. Wahllos und unterschiedslos wird so über männliche und weibliche, alte und junge, tüchtige und untüchtige, ledige und verheiratete Arbeiter das Todesurteil gesprochen. Der Unternehmer erhält zu wenig Aufträge und er schränkt die Produktion entsprechend ein; es bleiben die Aufträge ganz aus oder das Unternehmen gerät aus irgend einem Grunde in Konkurs, der Betrieb wird ganz eingestellt und die Arbeiter werden entlassen. In der Zeit der Krise wird die Konkurrenz mehr als in der Prosperitätsperiode durch Preisdrückerei, durch Billigkeit geführt und es werden soweit als möglich die „teuren" Männer durch billigere Frauen und Kinder ersetzt. Der Mann wird sozusagen deklassiert. Er besorgt den Haushalt und die Frau nebst den Kindern verdienen den Lohn. Der Kapitalismus stellt die Dinge auf den Kopf; aber er stellt die „göttliche Weltordnung" dar und seine Bekämpfung ist daher ein Verbrechen, das das herrschende Regiment an den Übeltätern mit der Degradierung zu Bürgern zweiter oder dritter Klasse bestraft.

Es ist bekanntlich nicht das erste Mal, daß es zu viel Menschen gibt. Der Fall war vielmehr schon sehr oft da, ja wir haben es in ihm sogar mit einem permanenten und normalen Zustande zu tun. Der „göttliche" Kapitalismus will und braucht zu viel Menschen und wenn sie nicht da sind, so schafft er sie. Er importiert Proletariermassen aus wirtschaftlich rückständigen Ländern, so nach Deutschland aus Italien, Österreich-Ungarn, Rußland 2c., um sich künstlich eine industrielle Reservearmee, ein ständiges Angebot von Arbeitskräften, eine Auswahl unter den Arbeitern zu schaffen und den beständigen Arbeiterwechsel vornehmen zu können.

Von der ständigen industriellen Reservearmee unterscheidet sich die Arbeitslosigkeit der Krise durch ihre Massenhaftigkeit, durch das bedeutende Überwiegen über die Nachfrage, durch die längere Dauer der Arbeitslosigkeit für die einzelnen.

Vor 100 Jahren führte die Massenarbeitslosigkeit der Krise zur Aufstellung einer besonderen Bevölkerungstheorie, die auf den Grundton „es gibt zu viel Menschen" gestimmt war. Es war der englische Pfaffe Robert Malthus, der im Jahre 1798 ein Buch über die Entwicklung der Bevölkerung veröffentlichte und in einer den Kapitalisten äußerst willkommenen, weil für sie sehr bequemen Weise die Armen und Besitzlosen selbst für all ihr Elend verantwortlich machte. Damals hatten in der Mechanik und Technik die Erfindungen von Hargreaves, Arkwright und Watt gewaltige Umgestaltungen hervorgerufen, von denen zunächst namentlich die Textilindustrie betroffen wurde und Arbeitslosigkeit von Zehntausenden zur Folge hatten. Die Konzentration des Kapitals und des Grundbesitzes hatte große Dimensionen angenommen und mit dem rasch steigenden Reichtum auf der einen Seite war das Massenelend auf der anderen Seite enorm angewachsen. In einer solchen Situation mußten die besitzenden und herrschenden Klassen für eine so widerspruchsvolle Erscheinung wie die Verelendung der Massen inmitten des steigenden Reichtums und der höchsten Industrieblüte eine Erklärung suchen. Es war nun nichts bequemer für sie, als der allzu raschen Vermehrung der Arbeiter durch Kindererzeugung und nicht ihrer Überflüssigmachung durch den kapitalistischen Produktionsprozeß, durch die Vereinigung des Grund und Bodens in den Händen der Landlords, die Schuld zu geben. Unter solchen Verhältnissen war das „schülerhaft oberflächliche, pfäffisch vordeklamierte Plagiat" des Malthus, wie Marx es in seinem „Kapital" nennt, eine Arbeit, die den geheimsten Gedanken und Wünschen der herrschenden Klassen drastischen Ausdruck gab und ihr Treiben vor der Welt rechtfertigte. Daher erklärt sich der ungeheure Beifall, den es auf der einen Seite und die heftige Befehdung, die es auf der anderen fand. Malthus hatte für die englische Bourgeoisie im rechten Augenblick das rechte Wort gesprochen und so wurde er, trotzdem seine Schrift „keinen einzigen selbstgedachten Satz" enthielt, ein großer und berühmter Mann und sein Name zum Stichwort für die ganze Lehre. „Das große Aufsehen," sagt Marx, „das dieses Pamphlet (die Malthussche Schrift) erregte, entsprang lediglich Parteiinteressen. Die französische Revolution hatte im britischen Königreich leidenschaftliche Verteidiger gefunden; das Bevölkerungsprinzip, langsam im 18. Jahrhundert herausgearbeitet, dann mitten in einer sozialen Krisis mit Pauken und Trompeten verkündet als das unfehlbare Gegengift gegen die Lehren von Condorcet und anderen, wurde jubelnd begrüßt von der englischen Oligarchie (Geschlechterregiment) als der große Austilger aller Gelüste nach menschlicher Fortentwicklung. Malthus, über seinen Erfolg hocherstaunt, begab sich dann daran, oberflächlich kompiliertes Material in das alte Schema zu stopfen und neues, aber nicht von Malthus entdecktes, sondern nur annektiertes, anzufügen."

Die Quintessenz der Malthusschen Theorie ist die, daß die Menschen sich schneller vermehren als die Menge der Lebensmittel. Die Vermehrung der ersteren erfolge in geometrischer Progression von 1 : 2, 2 : 4, 4 : 8, 8 : 16, 16 : 32, 32 : 64, 64 : 128, 128 : 256 u. s. w.; das Wachstum der Nahrungsmittel aber nur in arithmetrischer Progression von 1 : 2, 2 : 3, 3 : 4, 4 : 5, 5 : 6, 6 : 7, 7 : 8, 8 : 9 u. s. w. Und dazu bemerkt Malthus: „Bei dieser Annahme werden der Zeugungskraft der Erde durchaus keine Grenzen gesetzt; sie kann sich immer vermehren und größer sein als irgend eine anführbare Quantität; da aber die Kraft der Bevölkerung ihr trotzdem in jedem Zeitraum so weit überlegen ist, kann die Zunahme des menschlichen Geschlechts nur durch die beständige Wirkung des harten Gesetzes der Notwendigkeit, das der größeren Kraft als ein Hindernis entgegensteht, auf dem Niveau der Subsistenzmittel erhalten werden. . . . . Die schließliche Beschränkung der Bevölkerungszunahme scheint, den obigen Betrachtungen zufolge, ein Mangel an Nahrung zu sein, der notwendigerweise aus den verschiedenen Progressionen, wonach die Bevölkerung und die Nahrung zunehmen, hervorgeht. Die unmittelbare Beschränkung besteht in allen jenen Gewohnheiten und allen jenen Krankheiten, die aus einem Mangel an Subsistenzmitteln hervorzugehen scheinen und allen von diesen Mängeln unabhängigen, moralischen und physischen Ursachen, welche den menschlichen Körper vorzeitig schwächen und zerstören. Diese Beschränkungen der Bevölkerungszunahme, die mit größerer oder geringerer Kraft in jeder Gesellschaft beständig wirksam sind und die Zahl der Individuen auf dem Niveau der Subsistenzmittel erhalten, können in zwei Klassen zusammengefaßt werden: die präventiven oder vorbeugenden und die positiven Beschränkungen."

An anderer Stelle sagt Malthus: „Es gibt ein Recht, dessen Besitz man gemeinhin für den Menschen beansprucht hat, das er aber meiner Überzeugung nach weder besitzt noch besitzen kann, das Recht auf Lebensunterhalt, wenn seine Arbeit denselben nicht zu erringen vermag. Unsere Gesetze sagen allerdings, daß er dies Recht hat, aber sie kehren damit die Gesetze der Natur um. Ein Mensch hat ganz dasselbe Recht, tausend Jahre zu leben, wenn er kann, es ist eine Sache der Fähigkeit, nicht des Rechtes."

Mit diesem sehr unchristlichen Zynismus paart sich die vollbewußte apologetische (verteidigende) Tendenz zugunsten der bestehenden Ordnung. Wären die Menschen von der obigen „Wahrheit" überzeugt, meint Malthus weiter, daß sie kein Recht auf Lebensunterhalt haben können, so würden alle nachteiligen Deklamationen gegen die ungerechten Einrichtungen der Gesellschaft machtlos zu Boden fallen. „Wenn man den Armen die wahren Ursachen ihres Elends klar auseinandersetzte und ihnen bewiese, ein wie geringer Teil dieses Elendes der Regierung zuzuschreiben ist, würde ein großer Teil dieser Unzufriedenheit und Bitterkeit, welche gegenwärtig unter ihnen bestehen, aufhören und falls sie sich zeigten, nicht so sehr gefürchtet werden."

Der Malthus war mit diesen Anschauungen und Lehren ein geradezu gotteslästerlicher Pfaffe, aber er war gerade so, wie er sich gab, der neue Heiland und Erlöser für die besitzenden und herrschenden Klassen. Er war für sie ein vortrefflicher, raffinierter, gewissen- und skrupelloser Advokat und darum jubelten sie ihm verständnisinnig mit Begeisterung zu. Der Malthus ist tot, die Malthusse sind geblieben. Sie leben fort, geistliche und weltliche, und predigen von der Kanzel wie vom Lehrstuhl Evangelium und Wissenschaft im Geiste des englischen Pfaffen Malthus. Es war der Sozialist Robert Owen, der sozusagen unmittelbar den Malthusianismus theoretisch und praktisch widerlegte und überwand und es ist heute die sozialistische Wissenschaft, die ihre Opposition und zerpflückende Kritik den falschen und betrügerischen Propheten entgegensetzt und ihren demagogischen Humbug den Massen entlarvt.

Der Kern der Sache.

Bs. Die katholischen Arbeitervereine waren ursprünglich darauf angelegt, ihre Mitglieder möglichst von der Beschäftigung mit den Fragen, die auf die Mehrung des Wohles und der Rechte der Arbeiter hinzielen, abzuhalten. Die geistliche Leitung sorgte dafür, daß der Gedanke an das Jenseits, dem gegenüber alles irdische Mühen an Bedeutung zurücktrat, stets lebendig in den Mitgliedern gehalten wurde, und die sonstigen Bedürfnisse, die der Mensch nun einmal hat, wurden befriedigt durch Theaterspielerei, gemeinsames Liedersingen und durch die Schnurren des Herrn Kaplan, der sich unter seiner Schar von Arbeitern, kleinen Handwerkern und Beamten als Vereinspräses, Seelsorger und Karnevalist sehr wohl fühlte.

Seit Mitte der neunziger Jahre ist das etwas anders geworden. Die Sozialdemokratie wurde nach den Wahlen von 1890 und 1893 den ultramontanen Gefilden immer bedrohlicher, die Gewerkschaftsbewegung griff immer tiefer hinein in die Reihen der katholischen Arbeiter. Das Zentrum wurde zu Abwehrmaßnahmen gedrängt. Im Jahre 1890 entstand der katholische Volksverein, der bestimmt war, den katholischen Arbeitern vor der Sozialdemokratie graulich zu machen und ihnen das Verständnis beizubringen für die alleinseligmachende Politik des Zentrums; einige Jahre darauf schuf das Zentrum, um das Organisationsbedürfnis der katholischen Arbeiter zu befriedigen und ihren Abgang ins sozialistische Lager zu verhüten, die christlichen Gewerkschaften, und da hierzu die katholischen Arbeitervereine die natürliche Grundlage bildeten, so sah man sich genötigt, auch in diese etwas mehr sozialen Geist hineinzupflanzen, als bisher dort heimisch gewesen war.

Das hat geraume Zeit gedauert. Einmal widerstrebten die geistlichen Leiter, die nicht gerne den gemächlichen Schlendrian, wie er in den katholischen Arbeitervereinen üblich war, verlassen mochten, dann aber auch befanden sich die Mitglieder bei dem Treiben, das zwischen Andachtsübung und Karneval die versöhnende Mitte bildete, zu wohl, als daß sie gern und rasch darauf verzichtet hätten. Noch bis in die jüngste Zeit werden von ultramontaner Seite Klagen laut über die Rückständigkeit mancher katholischer Arbeitervereine, den Mangel an sozialem Ernst und das Vorwiegen nichtigen Geistes. Im Westen Deutschlands hat in dieser Beziehung der Volksverein für das katholische Deutschland reformierend gewirkt; er sah sich die katholischen Arbeitervereine als das Hauptfeld aus, von dem aus er im Sinne des Zentrums auf die klerikalen Massen in Stadt und Land wirken konnte. Der Verband der katholischen Arbeitervereine der Erzdiözese Köln ist wohl die bestgefügte und rührigste Organisation ihrer Art, deren Wesen dann maßgebend wurde für die Organisation weiteren Umfanges: den Verband katholischer Arbeitervereine Westdeutschlands, der gegenwärtig 877 Vereine mit 155678 Mitgliedern zählt und in seinem Bereiche 45 Arbeitersekretariate unterhält.

Der westdeutsche Verband hielt vor kurzem seine Jahrestagung in Essen ab. Die Verhandlungen, die sich wesentlich unterscheiden von der Vereinstätigkeit vor einem oder anderthalb Jahrzehnt, beweisen dennoch, wie sehr die Leiter der katholischen Arbeitervereine bemüht sind, um den Kern der Arbeiterfrage herumzugehen. Da wurde zum Beispiel verhandelt über die Veredelung der Lebenshaltung der christlichen Arbeiter. Es betrifft das, wie es im Berichte der Westdeutschen Arbeiter-Zeitung heißt, eine bisher etwas zurückgetretene Aufgabe der katholischen Arbeitervereine; sie soll die Errungenschaft an Kulturgütern, die die Arbeiterschaft bisher erworben hat, weiterführen und ergänzen. Die Ehrlichkeit hätte erfordert, zu sagen, daß die Arbeiterklasse bisher von den Kulturgütern noch sozusagen völlig ausgeschlossen war und daß es darum das Hauptstreben der Arbeiter sein muß, sich einen angemessenen Anteil an den Kulturgütern zu erringen. Diese Bemäntelung des Mißverhältnisses zwischen dem, was die Arbeiter an Kulturgütern erzeugen und dem, was sie davon sich zu eigen zu machen vermögen, tritt auch weiterhin in den zu dem Thema aufgestellten Leitsätzen zutage. Es heißt da zum Beispiel:

„Die Veredelung der Lebenshaltung der christlichen Arbeiter soll eine möglichst weise Verwendung des Einkommens zum Ziele haben, um möglichst viel Lebensglück daraus zu gewinnen. Belehrung über die Verwendung des Geldes ist notwendig. Schon das Kind muß dafür erzogen werden, noch mehr aber die heranwachsende Jugend, die oft den gleichen Lohn wie der Familienvater bezieht, aber nicht befähigt ist, vor unnützer Verschwendung sich zu bewahren (Vergnügungssucht, Alkohol 2c.); auch in der Familie muß weise Verwendung des Einkommens eintreten, besonders durch Befähigung der Hausfrau zur besseren Wirtschaftsweise (höhere hauswirtschaftliche Kenntnisse, hauswirtschaftliche Buchführung)."

Hört sich das nicht an, als ob der Arbeiter die Lohnfrage als gelöst betrachten könnte und lediglich seine Sorge darauf zu verwenden hätte, daß er von dem reichlichen Gelde den richtigen Gebrauch macht und es nicht etwa durch Verschwendung, Vergnügungssucht, Alkohol und dergleichen seiner Bestimmung entzieht? Ehe man sich der Frage zuwendet, wie der Arbeiter seinen Lohn anwendet, ist die Forderung zu stellen, daß ein genügender Lohn vorhanden ist, und ehe man die Frage untersucht, wie der Arbeiter an den Kulturerrungenschaften teilnimmt, mag man zunächst einmal feststellen, daß der Arbeiter von heute durch seine Einkommens- und Arbeitsverhältnisse gar nicht in der Lage ist, seinen Anteil an den Kulturgütern geltend zu machen. Darum erst höheren Lohn und dann die Sorge, wie dieser höhere Lohn in der richtigen Weise verwendet wird.

Freilich: hätten die geistlichen Herren vom Verbande der katholischen Arbeitervereine Westdeutschlands die Sache am richtigen Ende angefangen, dann hätten sie zugeben müssen, daß gerade in den gut katholischen Gebieten des Niederrheins die Arbeitslöhne am geringsten, daß also gerade die christlichen Unternehmer es sind, die den Arbeitern die Möglichkeit versperren, an den Kulturgütern teilzunehmen. Sie hätten dann auch zugeben müssen, daß sich niemand mehr gegen die Besserung der Arbeiterlage sträubt als die frommen Zentrumsbauern, die nicht nur mit allen Mitteln bestrebt sind, das Landproletariat in seinem alten Elend und seiner alten Rechtlosigkeit zu erhalten, sondern auch scheel sehen zu jeder sozialen Reform, die die gewerblichen Arbeiter betrifft, weil sie fürchten, daß das anlockend auf die Landarbeiter wirken und die Landflucht begünstigen möchte. Es hätten endlich aber auch die geistlichen Herren, wenn sie der Sache auf den Grund gingen, den christlichen Arbeitern raten müssen, daß die „weise Verwendung des Einkommens" vor allen Dingen auch darin beruht, dafür zu sorgen, daß das Arbeitereinkommen nicht geschmälert wird durch Maßnahmen von der Art der Lebensmittelzölle, die darauf abzielen, den Arbeitern eine etwaige Einkommenserhöhung wieder zu nehmen, dadurch, daß sie ihnen das Brot und sonstige Lebensbedürfnisse verteuern.

Weiter heißt es in den Leitsätzen: „Die Veredelung der Lebenshaltung wird auch in sich begreifen eine sorgsamere Pflege der körperlichen Gesundheit. Schon für das kindliche Alter trifft diese Notwendigkeit zu, wie die hohe Sterblichkeitsziffer der Säuglinge beweist. Die Jugend muß den Nutzen kennen lernen eines gesunden Sports, der gesundheitlichen Wirkung der Erholung in der Natur, muß anderseits die gesundheitlichen Gefahren kennen lernen des Alkoholgenusses und der übermäßigen Vergnügungssucht. Auch muß in Arbeiterkreisen mehr Verständnis geschaffen werden für die Erkenntnis der Beziehungen der Kleidung und Wohnung zur Gesundheitspflege u. s. w."

Gewiß, alles das zu wissen ist sehr nützlich, wenn es dem Arbeiter gegeben ist, das als richtig Erkannte nun auch in die Tat umzusetzen. Aber was nützt dem Arbeiter die schönste Gesundheitslehre, wenn er mit den Seinen hungern muß, wenn er mit einer Kinderschar in einer kleinen, dumpfen, luft- und lichtlosen Wohnung hausen muß, wenn er überlange bei schwerer Arbeit in gesundheitswidriger Stätte schuften muß, wenn Frau und Kinder vorzeitig den schwachen Leib in harter Tagesarbeit, da das Einkommen des Mannes zur Ernährung der Familie nicht langt, zugrunde richten müssen! Die Pflege der körperlichen Gesundheit hängt ab von genügendem Einkommen, von gesunder Wohnung, von angemessener Arbeitszeit, und davon hängt ab, was in einem weiteren Leitsatz verlangt wird, die Pflege von Geist und Gemüt. Und fragt man, wer es den Arbeitern unmöglich macht, diese Grundbedingungen der Besserung und Veredelung ihrer Lebenshaltung zu erfüllen, so sehe man sich die bürgerlichen Parteien an, ob sie nicht eine wie die andere darauf aus sind, die Masse im alten Elend zu halten und ob nicht das, was sie an Arbeiterfürsorge leisten, nur widerwillig und nur in der Absicht getan wird, den guten Schein zu wecken und ihr Gefolge bei Laune zu halten.

Aus diesem Grunde versteht man es auch, weshalb die geistlichen Herren in den katholischen Arbeitervereinen dem Kern der Frage nicht nachgehen. Sie müßten dann bekennen, daß die Partei, der sie angehören, daß das Zentrum zu den Mitschuldigen an dem Elend der Arbeiterklasse zählt. Und das darf nicht sein. Um den Ruf des Zentrums als Volkspartei nicht zu gefährden, dürfen die katholischen Arbeiter nicht aufgeklärt werden über den wahren Grund ihres Elends!

Wirtschaftliche Rundschau.

Das deutsche Volk kann jetzt die langverborgenen Herrlichkeiten der Reichsfinanzreform schauen. Am 3. November wurde der Hauptinhalt der verschiedenen Steuerprojekte offiziell veröffentlicht. Neben dem Branntweinmonopol wird die Tabak-, Bier- und Weinsteuer, die Elektrizitäts- und Gassteuer verlangt, die zusammen etwa 400 Millionen bringen sollen, und ferner die Nachlaß- und Wehrsteuer, deren Ertrag auf zirka 35 Millionen geschätzt wird. Die Bestimmungen der Elektrizitäts- und Gassteuer entsprechen im wesentlichen den Mitteilungen, die der Vorwärts bereits vor einiger Zeit über dieses unsinnigste unter den vorliegenden Steuerprojekten machen konnte. Der Gesetzentwurf unterscheidet zwischen solchen Anlagen, die Elektrizität und Gas gegen Entgelt abgeben, und solchen, die sie zum eigenen Bedarf herstellen. Bei ersteren ist die Steuer auf 5 Prozent des Abgabepreises bemessen. Der Höchstsatz soll jedoch nicht mehr als 0,4 ₰ für die Kilowattstunde oder bei Gas für das Kubikmeter betragen. Derselbe Satz von 0,4 ₰ ist auch als Normalsatz für die zum eigenen Bedarf arbeitenden Werke angenommen, soweit es sich um elektrische Arbeit und um Gas von der Beschaffenheit des üblichen Leuchtgases handelt; für minderwertige Gase (sogenannte Kraftgase) reduziert er sich auf 0,2 ₰, nur ganz arme Gase, wie Gichtgase, bleiben frei. Zu der Begründung dieses Gesetzentwurfes wird hervorgehoben, daß die Lichterzeugung stärker zur Steuer herangezogen werden müsse als die gewerbliche Anwendung von Elektrizität und Gas. Um diesen Zweck zu erreichen, will man dazu übergehen, noch eine besondere Steuer für Beleuchtungsmittel zu schaffen. Die elektrischen Glühlampen werden nach Verbrauch an elektrischer Arbeit mit Steuersätzen belegt, die zwischen 5 und 30 ₰ schwanken, ferner werden Glühkörper für Gas-, Spiritus- und Petroleumglühlicht und andere Beleuchtungskörper entsprechend besteuert. Das Gesetz richtet sich einmal allgemein gegen Industrie und Gewerbe, es verteuert die Produktion, dann aber bringt es der Fabrikation von Beleuchtungskörpern noch ganz besondere Schwierigkeiten. Mit Recht wird von den in Frage kommenden Industrien darauf hingewiesen, daß die Steuer den Export ungemein erschwere, daß sie wie ein hoher Ausfuhrzoll wirken würde, da die Steuersätze sich dem Herstellungswert einzelner Produkte (Glühkörper) sehr nähern. Nicht ohne Interesse dürfte die Erinnerung daran sein, daß der Plan einer Elektrizitätssteuer in den Augenblick auftauchte, als die süddeutschen Staaten sich mit den großen Elektrizitätsprojekten energisch zu befassen begannen. Durch die Ausbeutung der Wasserkräfte könnte die Industrie im Süden den Ausgleich erlangen, der ihr durch den Mangel an Kohle gegenüber dem Norden erschwert. Bayern, Baden und Württemberg werden von der Elektrizitätssteuer deshalb um so schwerer getroffen. Das geschah nicht ohne besondere Absicht Preußens und seiner Kohlenmagnaten. Daß die Kraft- und Lichtsteuer auf die Verbraucher abgewälzt werden wird, ist nur zu gewiß; steht doch das Gesetz vor, daß die elektrische Kraft und Gas abgebenden Werke die Lieferungspreise selbst für den Fall schützen können, daß die Preise vertraglich vereinbart oder, wie das in den Hansestädten der Fall, durch Gesetz festgelegt sind.

Auch Preußen ist mit neuen Steuergesetzen hervorgetreten, unter denen die Gesellschaftssteuer besondere Beachtung erheischt. Wertzuwachssteuer, Kuxenverkehrssteuer auf Aktien, Bergwerksanteile und die eingetragenen Genossenschaften, deren Geschäftsbetrieb über den Kreis ihrer Mitglieder hinausgeht, sollen nicht mehr der preußischen Einkommensteuer unterliegen, sondern eine Sonderbesteuerung erfahren, die sich nach dem Verhältnis des Gewinns zum Grundkapital richten soll. Ihre Höhe soll in dem Maße steigen, wie der Gewinn im Vergleich zum Aktienkapital eine Steigerung erfahren hat. So ist eine Steuer von 2 Prozent vorgesehen bei einem Gewinn von nicht mehr als 1 Prozent, 3 Prozent bei einem Gewinn von mehr als 1, aber nicht mehr als 2, 3½ Prozent bei einem Gewinn von mehr als 2, aber nicht mehr als 3, 4 Prozent bei einem Gewinn von mehr als 3, aber nicht mehr als 4, 4½ Prozent bei einem Gewinn von mehr als 4, aber nicht mehr als 5, 5 Prozent bei einem Gewinn von mehr als 5, aber nicht mehr als 6 vom Hundert des Grundkapitals. Übersteigt der steuerpflichtige Gewinn 6 Prozent des Grundkapitals, so erhöht sich der Steuerfuß mit jedem vollen Prozent um je ½ Prozent bis auf höchstens 7½ Prozent. Diese Art der Besteuerung der Aktiengesellschaften läßt sich wohl rechtfertigen, doch in Preußen greift man zu der Gesellschaftssteuer nur, um den Eindruck zu erwecken, als ob die großen Einkommen stärker zur Steuer herangezogen werden, während in Wirklichkeit das Großkapital eine zweckmäßige allgemeine Besteuerung der höheren Einkommen gerade dadurch verhindern will, daß es die Aktienbetriebe einer besonderen Gesellschaftssteuer unterstellt. Die Großgrundbesitzer im preußischen Dreiklassenparlament sind daher die eifrigsten Vertreter der Gesellschaftssteuer, die sie bequem als Beweis dafür anführen können, daß sie das Großkapital durch Steuermaßnahmen bekämpfen, während die Rieseneinkommen der Großgrundbesitzer zugleich auch fernerhin einer kaum nennenswerten Besteuerung unterliegen. Die Gesellschaftssteuer wird also so wirken, daß eine Gesellschaft, die bei einem Grundkapital von 100000 ℳ 6000 ℳ Reingewinn erzielt, den Gewinn mit 5 Prozent zu versteuern hat, während eine Gesellschaft, die bei einem Grundkapital von 200000 ℳ denselben Gewinn erzielt, nur einen Steuersatz von 3½ Prozent zu entrichten hätte. Die Aktiengesellschaften können die neue Steuer dadurch leicht umgehen, daß sie zur Erhöhung ihres Aktienkapitals schreiten. Dieses Mittel der sogenannten Kapitalsverwässerung wird bekanntlich auch benutzt, um die Dividende künstlich herabzusetzen, damit bei dauernd zunehmender Rentabilität eines Unternehmens die Arbeiter sich durch die hohen Dividenden nicht zu Lohnforderungen „verleiten" lassen sollen. Vor wenigen Tagen hat die Deutsche Gasglühlichtgesellschaft (Auer) bekanntgegeben, daß sie ihr Aktienkapital, das bisher 6,6 Millionen beträgt, um den gleichen Betrag zu erhöhen beabsichtige. Die Art, in der diese Erhöhung durchgeführt werden soll, bestärkt die Vermutung, daß es sich in der Hauptsache um „Vorbeugungsmaßnahmen" gegen die Wirkungen der Gesellschaftssteuer handelt.

Die Gesellschaftssteuer enthält aber auch Bestimmungen, die von ausgesprochener Feindseligkeit gegen die Organisationen der Arbeiter getragen sind. Während die Gesellschaftssteuer, wie bereits erwähnt, nur auf die Genossenschaften ausgedehnt werden soll, die ihren Geschäftsbetrieb über den Kreis ihrer Mitglieder hinaus betreiben, wird für die Konsumvereine das niederträchtige Ausnahmegesetz geschaffen, daß sie die Gesellschaftssteuer auch zu zahlen haben, wenn ihr Geschäftsbetrieb nicht über den Kreis ihrer Mitglieder hinausgeht. Zieht man in Betracht, daß die Konsumvereine keine Erwerbsgesellschaften sind, daß die Gewinne der Konsumvereine nur Ersparnisse ihrer Mitglieder darstellen, daß ferner Gesellschaften mit beschränkter Haftung, Kreditvereine und vor allem die großen agrarischen Genossenschaften von der Gesellschaftssteuer völlig verschont bleiben, so zeigt sich, daß dieser Anschlag auf die genossenschaftlichen Organisationen der Arbeiter und kleineren Beamten doppelt verwerflich ist. —

Nach der Nichterneuerung des Roheisensyndikats hat sich schnell eine Ermäßigung der Roheisenpreise vollzogen, schon nach den ersten Tagen ist rheinisch-westfälisches Eisen zu 65 ℳ angeboten worden, das ist um 10 ℳ unter dem bisher durch das Syndikat gehaltenen Preise. Diese Ermäßigung entspricht genau der Höhe des Zolles. Inzwischen sind die Preise bis auf 60 ℳ gewichen. Charakteristisch für die Preispolitik der Syndikate ist die Mitteilung der Deutschen Industrie-Zeitung, daß am englischen Markt die Auflösung der deutschen Roheisensyndikate hochgradige Erregung hervorgerufen hat. Man zweifelt auch nicht länger daran, daß diese Auflösung den völligen Ausschluß des englischen Gießereiroheisens vom deutschen Markte zur Folge haben werde. Die Frankfurter Zeitung bemerkt zu dieser Feststellung des ausgesprochenen Kartellorgans zutreffend, daß das Eingeständnis, die Syndikate haben die Preise in Deutschland so hochgehalten, daß die Engländer trotz Zoll und Fracht konkurrenzfähig waren, vorgemerkt werden müsse.

Über die wirtschaftliche Lage äußerte in der Generalversammlung der Königs- und Laurahütte der Generaldirektor Hilger, sie sei augenblicklich ungewöhnlich schlecht, die von mancher Seite versuchte Schönfärberei könne daran nichts ändern. Er konstatierte die Verschlechterung der Lage des Kohlenmarktes, betonte dann besonders, daß die Eisenindustrie sich in einer sehr ernsten Situation befinde. Wir würden dieses Urteil des Geheimen Bergrats Hilger saarabischen Angedenkens, der nach dem bekannten Krüger-Prozeß gegen den Vertrauensmann des Bergarbeiter-Verbandes Krüger seine Staatsstellung aufgab und in die oberschlesischen Gefilde in Privatdienste flüchtete, nicht noch einmal wiederholen, da seine jetzt geäußerte Auffassung über die Konjunktur sich mit der in der Metallarbeiter-Zeitung kürzlich bereits erwähnten deckt, wenn Herr Hilger sich nicht auch noch über die Arbeitslosenfrage ausgelassen hätte. Trotz der von ihm selbst gegebenen sehr ungünstigen Darstellung über die wirtschaftlichen Verhältnisse erklärte er es für unverständlich, wenn parlamentarisch schon am Notstandsarbeiten eingekommen werde, und wenn Städte, wie Straßburg und Frankfurt, schon Beschäftigung für Arbeitslose schaffen sollen. Die letzteren wollten nur nicht aus den Großstädten heraus. Oberschlesien habe noch für viele Unterkunft. Es hätte, wenn die Arbeiter zum Beispiel nicht mehr das Puddeln scheuten, gerade jetzt in der Depression wesentlich größeren Eisenbahnabsatz nach Skandinavien erreicht werden können. So hat Herr Hilger in Oberschlesien eine Lösung der Arbeitslosenfrage gefunden. Die Arbeitslosen in Deutschland brauchten sich nur nach der Laurahütte zu bemühen, das Puddelwerk dort verfügt das Heer der Arbeitslosen mit Arbeit und Brot. Diese Proben hinderten ihn aber nicht, zum Schlusse seiner Ausführungen noch zu bemerken, daß seit der Abfassung des Geschäftsberichtes die Lage noch merklich ungünstiger geworden ist, daß auch noch keine Anzeichen einer Besserung zu bemerken seien.

Die Betriebsergebnisse der deutschen Eisenbahnen im September weisen gegenüber dem Vormonat und selbst gegenüber dem Vergleichsmonat des Vorjahres eine Steigerung auf. Der Betriebserlös aus dem Güterverkehr betrug im September 136,45 Millionen Mark gegen 131,27 Millionen im August. Die Steigerung gegen den September 1907 beläuft sich auf 671825 ℳ. Dieser Steigerung wird vielfach als Zeichen der Belebung des Güterverkehrs größere Bedeutung beigelegt. Nicht unwesentlich dürfte die Steigerung auf die durch Exportprämien geförderte, außerordentlich starke Getreidezufuhr zurückzuführen sein. Doch es geht nicht an, aus diesen Betriebszahlen den Schluß zu ziehen, die gewerbliche Tätigkeit sei lebhafter geworden.

Recht übel lauten die Berichte über den Kleineisenmarkt. Aus der Schloßindustrie berichtet die Rheinisch-Westfälische Zeitung, daß nunmehr auch die Konvention für umzogene Handschraubstöcke, Schweißer- und Kettenschlösser, welche mehr als vier Jahre bestanden hat, ihrem Ende entgegengeht, nachdem in der letzten Zeit auch andere Konventionen, die vornehmlich in der Handwerkerbranche bestanden, aufgelöst worden sind. Nach der Kündigung der verschiedenen Verbände ist eine starke Preisschleuderei eingetreten, an ausreichender Beschäftigung mangelt es, Aufträge, die an den Markt kommen, können infolge der stark gefüllten Lager sofort erledigt werden. Die Konventionen schritten zur Auflösung, da die Konventionspreise seit einiger Zeit stets unterboten wurden. Auch das Nadelsyndikat, das vor zwei Jahren von Iserlohner Nadelfabriken und von anderen deutschen und belgischen Werken gegründet wurde, beschloß wegen Unterbietungen seine Auflösung.

Witwen- und Waisenversicherung.

Nr. Als weiteres Glied in der Kette der deutschen Arbeiterversicherung ist die Witwen- und Waisenversicherung gedacht. Schon im Jahre 1878 hat sich der Deutsche Reichstag mit diesem Versicherungszweig befaßt, den Treibereien der Junker ist es aber gelungen, die Ausführung dieses Versicherungszweiges fortgesetzt zu hintertreiben.

Bei den Beratungen des Invalidenversicherungsgesetzes im Jahre 1899 bis 1900 wurde die Witwen- und Waisenversicherung wiederum verschiedentlich behandelt, die Regierung konnte sich aber nicht dazu verstehen, diese Versicherung mit in das neue Invalidenversicherungsgesetz aufzunehmen. Am 12. Januar 1900 nahm der Reichstag eine Resolution an, nach der die verbündeten Regierungen ersucht wurden, dem Reichstag einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den im Anschluß an die Invalidenversicherung die Witwen- und Waisenversicherung für alle dem Invalidenversicherungsgesetz unterstellten Personen eingeführt wird. Das Zentrum wandte sich dagegen und verlangte, daß die Witwen- und Waisenversicherung nur auf die in Fabriken beschäftigten Personen ausgedehnt wird. Es wurden aber bisher weder die Wünsche der Reichstagsmehrheit noch die des Zentrums zur Ausführung gebracht. Graf Posadowsky erklärte schon damals, daß „zurzeit" die Wünsche zu weit gehen, daß die notwendigen Mittel zur Durchführung dieses Versicherungszweiges nicht vorhanden sind. Er führte aus, daß für die Witwen- und Waisenversicherung, auch wenn sich diese in den engsten Grenzen bewegen würde, jährlich mindestens 100 Millionen ℳ aufgewendet werden müssen. Dabei berechnete Graf Posadowsky die Witwenrente auf 100 ℳ und die Rente für ein Kind auf 33⅓ ℳ pro Jahr. Diese Beträge sind lächerlich gering und nicht wert, als Rente bezeichnet zu werden. Pro Monat würde danach die Witwenrente 8,30 ℳ und die Kinderrente 2,80 ℳ betragen, pro Tag für die Witwe 28 ₰ und für ein Kind 9 ₰.

Im Jahre 1902, gelegentlich der Beratungen des Zolltarifgesetzes, kam die Frage der Witwen- und Waisenversicherung wieder in Fluß. Das Zentrum wollte den Volksbetrug, der durch die Zollgesetzvorlage am deutschen Volke begangen wurde, nur unter der Bedingung mit ausführen, daß die Regierung Zugeständnisse macht, die die Schaffung des Gesetzes über die Witwen- und Waisenversicherung garantieren würden. Nach den Wünschen des Zentrums sollte aus den Zolleinnahmen ein Fonds geschaffen werden, der später die Witwen- und Waisenversicherung ermöglichen sollte. Die Versicherung sollte mit dem 1. Januar 1910 in Kraft treten, die Renten waren in der gleichen Höhe, wie sie Posadowsky im Reichstag bekannt gab, gedacht. Nach den Ausführungen des Zentrumsabgeordneten Trimborn würden die jährlichen Zolleinnahmen zirka 90 Millionen ℳ mehr betragen, so daß bis zum 1. Januar 1910 zuschläglich der Zinsen ein Fonds von zirka 450 Millionen ℳ vorhanden wäre. Die jährlichen Zinsen würden zirka 17 Millionen ℳ betragen, zu denen die laufenden Zolleinnahmen von zirka 91 Millionen ℳ kämen; zu diesen 108 Millionen ℳ kämen dann noch die Beiträge der Arbeiter und Unternehmer in ungefähr gleicher Höhe, wodurch die Durchführung dieses neuen Versicherungszweiges garantiert sei. Trimborn legte seinen Berechnungen die Volkszählung vom Jahre 1890 zugrunde, nach der 1 527 760 Arbeiterwitwen mit 2 597 200 Waisen zu unterstützen wären, was einen jährlichen Aufwand von zirka 239 500 000 ℳ erfordern würde.

Das Zentrum hat im allgemeinen an der Grundbestimmung, daß ein Teil des Zollraubes zu sozialpolitischen Zwecken Verwendung finden muß, festgehalten, es hat aber bei den weiteren Beratungen des Zolltarifgesetzes den Abgeordneten Trimborn allein gelassen, es ist dessen Ausführungen und Vorschlägen nur zum Teil gefolgt. Von den zirka 91 Millionen ℳ wurden in der darauffolgenden zweiten und dritten Lesung noch erhebliche Beträge abgestrichen und zum Schlusse wurde als § 15 des Zolltarifgesetzes folgende Fassung angenommen:

„Der auf den Kopf der Bevölkerung des Deutschen Reiches entfallende Nettozollertrag der nach den Tarifstellen 1, 2, 102, 103, 105, 107, 107a und 160 des Zolltarifs zu verzollenden Waren, welcher den nach dem Durchschnitt der Rechnungsjahre 1898 bis 1903 auf den Kopf der Bevölkerung entfallenden Nettozollertrag derselben Waren übersteigt, ist zur Erleichterung der Durchführung einer Witwen- und Waisenversicherung zu verwenden.

Ueber diese Versicherung ist durch ein besonderes Gesetz Bestimmung zu treffen. Bis zum Inkrafttreten des Gesetzes sind die Mehrbeträge für Rechnung des Reichs anzusammeln und verzinslich anzulegen. Tritt dieses Gesetz bis zum 1. Januar 1910 nicht in Kraft, so sind von da ab die Zinsen der angesammelten Mehrbeträge sowie die eingehenden Mehrbeträge selbst den einzelnen Invalidenversicherungsanstalten nach Maßgabe der von ihnen im vorhergehenden Jahre aufgebrachten Versicherungsbeiträge zum Zwecke der Witwen- und Waisenversorgung der bei ihnen Versicherten zu überweisen.

Die Unterstützung erfolgt auf Grund eines vom Reichsversicherungsamt zu genehmigenden Statuts."

Nach dieser Bestimmung fließen dem Witwen- und Waisenversorgungsfonds nur die Mehreinnahmen aus den Zöllen auf Getreide, Mehl, Rindvieh 2c. zu, während ursprünglich 12 Positionen des Zolltarifs in Aussicht genommen waren. Nach allgemeinen Schätzungen sollten die jährlichen Erträge schließlich zirka 50 Millionen ℳ bringen. Das Zentrum und die Reichsregierung haben sich aber mit den Zolleinnahmen gründlich verrechnet. Für das erste Zolljahr 1906 waren für die Zwecke der Witwen- und Waisenversicherung 22 Millionen ℳ in den Etat eingesetzt, für das Jahr 1907 wurden 48 Millionen ℳ und nach anderer Schätzung sogar 60 Millionen ℳ erwartet. Das Jahr 1906 brachte Mehreinnahmen überhaupt nicht, so daß der Betrag von 22 Millionen ℳ ohne weiteres gestrichen werden mußte. Für das Jahr 1907 wurden dem Fonds angeblich 42 Millionen ℳ zugeführt, und wenn die Jahre 1908 und 1909 günstig ausfallen, können bis zum 1. Januar 1910 statt 450 Millionen ℳ vielleicht 100 Millionen ℳ verfügbar sein. Es wird sich dann herausstellen, daß das Zentrum das deutsche Volk verraten hat.

Die Ausarbeitung des Gesetzes beschäftigt die Staatsregierung schon seit Jahren. Ab und zu kommen auch unkontrollierbare Gerüchte an die Oeffentlichkeit, daß die Gesetzesvorlage fast fertiggestellt sei. Graf Posadowsky hat auch bei den Etatsberatungen im Jahre 1906 schon erklärt, daß die Vorlage in kürzester Zeit fertig-

gestellt sei und sich auf der schmalsten Grundlage bewege. Der Witwe werde die Hälfte der Invalidenrente des Mannes und jedem Kinde ein Viertel dieses Betrags zugebilligt werden können. Trotzdem die Vorlage schon seit langer Zeit „fertiggestellt" ist, ist sie dem Reichstag noch nicht zugegangen, es ist aber zu erwarten, daß sie ihm demnächst zugehen wird. Sie muß dem Reichstag in dieser Session zugehen, wenn das Gesetz bis zum 1. Januar 1910 in Kraft treten soll. Wie der Entwurf aussehen wird, wenn er an die Oeffentlichkeit kommt, läßt sich noch nicht sagen, doch dürfte heute schon so viel feststehen, daß unter der Blockregierung und dem Blockreichstag für die Arbeiter wenig brauchbares geschaffen werden wird. Ob der Gesetzentwurf so zeitig verabschiedet wird, daß das Gesetz am 1. Januar 1910 in Kraft treten kann, ist zu bezweifeln. Diese Tagung des Reichstags ist schwer mit Arbeiten belastet und es ist möglich, daß sich eine Mehrheit dafür findet, die Durchführung der Witwen- und Waisenversorgung wiederum hinauszuschieben. Die Regierung könnte die angesammelten Mittel zu anderen Zwecken brauchen und der jetzt so geeinigte Reichstag wird schließlich zu ihrer anderweitigen Verwendung seine Zustimmung geben. Die Agrarier sind an und für sich gegen jede Belastung der Landwirtschaft durch Versicherungsbeiträge, die Industriebarone nicht minder, die Reichsregierung sitzt schwer im „Dalles", sie ist nicht imstande, die für Militarismus und Marinismus notwendigen Mittel aufzubringen. Es wird ihr also nicht schwer fallen, den Erlaß des Gesetzes zu verzögern. Auch das Zentrum wird sich mit einer etwaigen Hinausschiebung der Witwen- und Waisenversorgung abfinden lassen. Es hat zwar durch die Zustimmung zur Aussaugung des Volkes durch die Zollgesetzgebung sein Gewissen schwer belastet, das Zentrum hat aber ein weites Gewissen und es wird zu dem früheren Volksverrat auch noch diesen hinzufügen sich nicht scheuen.

Die sozialdemokratischen Abgeordneten werden über die weitere Behandlung dieses Versicherungszweiges wachen, sie werden dem Zentrum das Gewissen schärfen und auch dem Blockreichstag Gelegenheit geben, sein wirkliches Gesicht zu zeigen.

Der französische Gewerkschaftskongreß.

wd. Vom 5. bis 10. Oktober dieses Jahres tagte zu Marseille der 10. Kongreß der Confédération générale du travail. 1102 angeschlossene Syndikate waren durch etwa 400 Delegierte vertreten. Bevor wir von den Beratungen und den gefaßten Beschlüssen einen Bericht geben, sei kurz gestattet, einiges aus dem gedruckt vorliegenden Bericht des Konföderationskomitees anzuführen. Der Bericht, der allerdings unter äußerst ungünstigen Umständen verfaßt wurde — bei der Verhaftung der Konföderationsleitung am 31. Juli dieses Jahres wurden auch verschiedene Bücher mit Beschlag belegt —, gibt in seinem ersten Teile nur eine gedrängte Aufzählung der Aktion der verflossenen zwei Jahre mit Abdruck der von der Konföderation veröffentlichten Aufrufe, und einen kurzen Hinweis auf den bestehenden Konflikt der Konföderation mit der internationalen Gewerkschaftszentrale. Bekanntlich sind seit 1903 die französischen Gewerkschaften auf den internationalen Gewerkschaftskonferenzen nicht mehr vertreten. Sie liefern auch dem internationalen Sekretär keine Berichte über den Stand der französischen Bewegung, weil die dem Sekretariat angeschlossenen Gewerkschaftszentralen aller Länder es ablehnten, nach dem Wunsche der französischen Konföderation auf den Konferenzen der Landesvorstände der Gewerkschaften die Fragen des Generalstreiks und des Antimilitarismus zu behandeln. Die Konföderationsleitung will durch ihren Boykott die anderen Länder zwingen, diese Fragen auf die Tagesordnung zu setzen. Hoffentlich kommen diese dem anarchistischen Konfusionismus nicht nach, denn gerade Frankreich liefert den Beweis, daß die zwei Fragen für die Gewerkschaften, die doch vor allen Dingen die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage ihrer Mitglieder anstreben, weiter nichts als ein Hemmnis für Agitation und Organisation bedeuten. — Die im Bericht angegebenen Zahlen über die Stärke der Organisationen können leider nicht als richtig angenommen werden. Die Statistik wird hier sehr oberflächlich betrieben und aus allen angegebenen Zahlen ist es unmöglich, sich ein genaues Bild von der Stärke der französischen Gewerkschaftsbewegung zu machen. Es fehlen vollständig die Angaben über die finanzielle Stärke der angeschlossenen Föderationen. Ebensowenig ist zu erfahren, wie viele Streiks seit dem letzten Kongreß ausgebrochen sind und mit welchem Resultat sie endeten; was für eine Verbreitung die gewerkschaftliche Presse Frankreichs hat ꝛc. Doch alles Dinge, die uns erst in die Lage setzen würden, die wirkliche Stärke und den tatsächlichen Einfluß der Gewerkschaften zu bestimmen.

Die Konföderation besteht aus zwei Sektionen, der Sektion der Industrie- und Branchenföderationen und der Sektion der Arbeitsbörsen (Gewerkschaftskartelle). Die Sektion der Föderationen berichtet, daß die Zahl der angeschlossenen Syndikate von 2435 mit 203273 Mitgliedern im Jahre 1906 auf 2586 mit 294398 Mitgliedern für September 1908 angewachsen ist. Die verhältnismäßig bedeutende Zunahme der Mitglieder rührt hauptsächlich von dem Neueintritt der Bergarbeiter und dem geradezu erstaunlichen Wachsen des Industrieverbandes der Bauarbeiter her, die 1906 4600 Mitglieder angaben und jetzt für 40000 Beiträge bezahlen. Die Einnahmen der Sektion belaufen sich mit dem Kassenbestand der letzten Geschäftsperiode auf 27339,10 Frs., die Ausgaben betragen 23534,85 Frs., so daß ein Kassenbestand von 3804,25 Frs. verbleibt. Die Sektion der Arbeitsbörsen ist von 135 angeschlossenen Börsen mit 1609 Syndikaten auf 157 mit 2058 Syndikaten gewachsen. Die Einnahmen betragen hier 18835,40 Frs. und die Ausgaben 16081,10 Frs., so daß ein Kassenbestand von 2754,30 Frs. verbleibt. Außerdem gibt es noch die Kommission für Achtstundentag und Generalstreik, gebildet aus je sechs Mitgliedern beider Sektionen. Diese hatte eine Einnahme von 5034,95 Frs. und eine Ausgabe von 4443,80 Frs. Auf Sammellisten sind für Streiks eingegangen 23801,05 Frs., ausgegeben wurden 23327,35 Frs. Für Agitation sind die Einnahmen 5169,80 Frs., die Ausgaben 4993,60 Frs. Das wöchentliche Zentralorgan der Konföderation La voix du peuple hat gegenwärtig eine Auflage von 6340 Exemplaren. Verkauft werden im Durchschnitt 4300. Die Einnahmen für die Zeitung betrugen vom 1. Juni 1906 bis 30. Juni 1908 zusammen 53794,20 Frs., die Ausgaben beliefen sich auf 53421,25 Frs., so daß ein Kassenbestand von 372,95 Frs. verbleibt.

Die Tagesordnung enthielt nach den Berichten des Komitees verschiedene Anträge auf Statutenabänderung, deren wichtigster der Antrag auf Einführung der proportionellen Vertretung war. Weiter einen Antrag für die Schaffung einer Einheitsorganisation der Metallarbeiter und die durch Referendum festgelegten vier Fragen über: Antimilitarismus, Verkürzung der Arbeitszeit, Arbeitsunfälle und Aussperrungen.

In der Diskussion über den allgemeinen Teil der Berichte wurde von fast allen Rednern gefordert, daß bei zukünftigen Aktionen mit etwas größerer Vorsicht als bisher gearbeitet werden solle. Von den neutralistischen Gewerkschaftern, die sich — allerdings infolge der nur der französischen Gewerkschaftsbewegung eigenen Abstimmungsweise, auf die wir noch eingehen — in der Minorität befinden, wird mehr methodische Arbeit, Erhöhung der Mitgliederbeiträge und Schaffung von Unterstützungseinrichtungen gefordert, um endlich zu starken, leistungsfähigen Organisationen zu kommen. Der Bericht wurde schließlich mit 947 Mandaten bei 109 Enthaltungen angenommen.

Dann ging man über zur Diskussion über die internationalen Beziehungen. In treffender Weise entwickelten die Genossen Guerard, Niel und Coupat die Notwendigkeit des Anschlusses der französischen Gewerkschaften an die gewerkschaftliche Internationale. Wenn die Konferenzen nach der Meinung der Konföderationsleitung bis jetzt noch keine nutzbringende Arbeit leisten, so sollten doch gerade die französischen Delegierten versuchen, darin Wandlung zu schaffen. Wenn die französische Methode und Taktik eine bessere sei als die der anderen Länder, so würde man sicherlich, falls unwiderlegliche Beweise dafür gebracht werden, die anderen von der Richtigkeit dieser Aktionsweise überzeugen. Aber das müsse eben durch Beteiligung auf den Konferenzen und Anteilnahme an den sonstigen Arbeiten geschehen. Der Sekretär Luquet verteidigte die Haltung der Konföderationsleitung mit dem Hinweis, daß die Beziehungen niemals direkt gebrochen worden seien. Frankreich bezahle seine Beiträge und beantworte auch alle Briefe, die vom internationalen Sekretär einlaufen. Nur müsse es verlangen, daß seine Unabhängigkeit gewährleistet bleibe. Vier Resolutionen liegen vor, die an eine Kommission verwiesen wurden. Die Abstimmung über die bisherige Haltung der Konföderation wurde dann mit 858 gegen 284 Stimmen gutgeheißen. Die Kommission, der die Resolutionen überwiesen wurden konnte sich nicht auf einen Text einigen. Es lagen infolgedessen zwei Resolutionen vor. Die eine von Merrheim, der die Konföderationsleitung beipflichtete, und die andere von Niel. Die letztere forderte die bedingungslose Beschickung der internationalen Konferenzen, auf denen man dann den Antrag stellen könne, die Konferenzen in Kongresse auszugestalten. Die Resolution Merrheim hingegen machte die Wiederbeteiligung Frankreichs abhängig von der Bedingung, auf die Tagesordnung der nächsten Konferenz die Frage der Einberufung internationaler Gewerkschaftskongresse zu setzen. Diese Resolution wurde mit 722 gegen 444 Mandate angenommen.

Interessant waren die Diskussionen über die Schaffung einer Einheitsorganisation in der Metallindustrie. Wie die Leser dieser Zeitung wissen, ist schon seit geraumer Zeit das Bestreben vorhanden, die so bedauerliche Zersplitterung der französischen Metallarbeiterorganisationen durch die Schaffung einer Einheitsorganisation, oder zum mindesten durch Schaffung eines Kartellverhältnisses zu beseitigen. Drei Föderationen, die zusammen etwa 10000 Mitglieder haben, sind seit bereits einem Jahre in einem Kartell vereinigt. Der Metallarbeiter- und der Bijouteriearbeiter-Verband mit zusammen etwa 16000 Mitgliedern stehen von den größeren Organisationen aber noch abseits, und dies hat seinen Grund in der anderen Taktik und Methode dieser Organisationen. Während die im Kartell vereinigten Maschinenbauer, Former und Hufschmiede für hohe Beiträge und Streikkassen sind, ja sogar zum Teil Unterstützungseinrichtungen haben, mit anderen Worten also die so verschrienen Reformisten sind, haben Metallarbeiter und Bijouteriearbeiter bis heute noch niedrige Beiträge, keine Streikkassen und natürlich noch weniger irgendwelche Unterstützungseinrichtungen, und sie werden deshalb als Anhänger der direkten Aktion unter die Revolutionäre eingereiht. Die reformistische und die revolutionäre Taktik sind also im letzten Grunde die Ursachen, die bisher eine Vereinigung der Metallarbeiter verhindert haben. Nun muß zugestanden werden, daß in den letzten zwei Jahren speziell im Metallarbeiter-Verband eine ganz bedeutende Umwandlung in der Auffassung gewerkschaftlicher Kampfmethoden eingetreten ist. Den Anstoß dazu gaben die Mißerfolge der Generalstreiks im Jahre 1906, und beschleunigt wurde diese Entwicklung durch die Konzentration der Unternehmerverbände in der Metallindustrie. Der Metallarbeiter-Verband war es deshalb auch, der in letzter Zeit immer und immer wieder die Notwendigkeit eines engeren Zusammenschlusses betonte, und der in seinem Organ der Sektion der ausländischen Metallarbeiter die Propaganda für hohe Beiträge und Schaffung von Streikkassen gestattete. Eine Toleranz, die vor zwei Jahren noch ausgeschlossen war. In Marseille platzten nun die zwei Richtungen aufeinander. Die eine Seite suchte die Notwendigkeit der Branchenverbände und dann vor allem die Richtigkeit ihrer reformistischen Methode nachzuweisen, während die andere Seite vor allem die Notwendigkeit der Einheitsorganisation betonte. Es wurde schließlich die Resolution des Metallarbeiter-Verbandes mit 919 gegen 180 Stimmen angenommen, die fordert, daß die Konföderation innerhalb sechs Monaten einen Einigungskongreß der Metallarbeiter einberuft. So sehr es uns am Herzen liegt, recht bald eine einige französische Metallarbeiterorganisation zu sehen, können wir unsere Bedenken über die von anderen Organisationen dekretierte Einigung doch nicht unterdrücken. Hoffentlich erweisen sich unsere Befürchtungen als unbegründet, und das werden sie ganz bestimmt sein, wenn der Metallarbeiter-Verband ein großes Stück den hier so genannten reformistischen Ideen entgegenkommt. Aber auch nur dann. Denn eine gewerkschaftliche Organisation, die etwas leisten will, kann nicht mit niedrigen Beiträgen und Sammellisten bei selbst kleinen Streiks vorwärts kommen.

Eine weitere Frage, die den Kongreß beschäftigte, war die der proportionellen Vertretung. Die Abstimmung auf den Kongressen geschieht nach Syndikaten. Jedes Syndikat hat eine Stimme, mag es nun 5000 oder nur 20 Mitglieder zählen. Ebenso ist es im Konföderationskomitee. Die Friseure mit ihren 2000 Mitgliedern haben dasselbe Stimmrecht wie die Eisenbahner mit ihren 45000 Mitgliedern. Bei den Abstimmungen kommt deshalb niemals der Wille der organisierten Masse zum Ausdruck. Es ist doch nun ganz zweifellos, daß die starken Organisationen eine viel größere Verantwortung haben als die noch schwachen und daß ihnen gerechterweise auch eine größere Stimmenzahl zugestanden werden müßte. Die Antragsteller hatten nun diesmal beantragt, daß ein Referendum vorgenommen werden solle, um ein klares Bild in dieser Frage über die Meinung der gewerkschaftlich Organisierten zu bekommen. Dieser Antrag wurde jedoch mit 741 gegen 383 Mandate abgelehnt. Offenbar scheut man diese Abstimmung.

In der Frage des Antimilitarismus war die Diskussion von den Anhängern dieser Aktion als gewerkschaftliches Kampfmittel ein wenig konfus und artete zum Teil in Lärmszenen aus. Die Reformisten betonten, daß der Antimilitarismus eine politische Frage sei und infolgedessen nur zur Behandlung auf politischen Kongressen geeignet ist. Die Revolutionäre hingegen hoben die Notwendigkeit der antimilitaristischen Agitation hervor. Zwei Resolutionen lagen vor. Die der Revolutionäre wurde mit 631 gegen 421 Mandate bei 43 Enthaltungen angenommen.

Darauf wurde mit Volldampf aufgeräumt. Der Antrag auf Beitragserhöhung wurde einer Kommission überwiesen. Die Punkte: Verkürzung der Arbeitszeit, Arbeitsunfälle und Aussperrungen wurden wegen vorgerückter Zeit schnell durchgepeitscht, und schließlich bestimmt, daß der nächste Kongreß in zwei Jahren in Toulouse stattfinden soll.

Daß man geplagt ist mit kleinen Geschäften, ist einmal Schicksal. In der Jugend traut man sich zu, daß man den Menschen Paläste bauen könne, und wenn's um und an kommt, so hat man alle Hände voll zu tun, nur ihren Mist beiseite bringen zu können. Es gehört immer viel Resignation zu diesem Geschäft, indessen muß es auch sein.

Goethe.

Die Arbeitgeberzeitung gegen die „Hirsche".

Es gibt immer noch Leute, die der Ansicht sind, daß durch die „Ueberspannung" der sozialpolitischen Forderungen für die Arbeiter durch die Sozialdemokratie und die freien Gewerkschaften die Unternehmer „zurückgestoßen" würden und nur aus diesem Grunde so wenig für die Arbeiter geschehe, daß aber das warme Herz der Unternehmer sofort merklich für die armen Arbeiter schlagen würde, wenn diese nur von der verhaßten Sozialdemokratie ablassen und sich einer der vielen sogenannten Ordnungsparteien in die Arme werfen würden. Es gibt einige Leute, die noch daran glauben, und es gibt viel mehr Leute, die ein Interesse daran haben, so zu tun, als ob sie es glaubten.

Daß die Zentrumspartei lange Jahre mit dem Märchen hausieren ging, ist bekannt; solange, bis die „christlichen" Gewerkschaften am eigenen Leibe und von ihren eigenen Glaubensgenossen und strammkatholischen Unternehmern die handgreifliche Unwahrheit der Litanei zu fühlen bekamen. Dem Unternehmertum, das haben wir ja so oft betont, ist es völlig einerlei, wer Forderungen stellt; es steht nur darauf, ob überhaupt dem Geldbeutel und der Profitrate Gefahr droht. Und das Unternehmertum wehrt sich auch in gleicher Weise so gegen sozialdemokratische Forderungen, wie gegen „christliche" oder Hirsch-Dundersche Wünsche und Bitten. Alle Wünsche und Forderungen sind eben „vollständig unberechtigt". Sogar die streikenden „Gelben" im Saargebiet und in Luxemburg konnten es noch nicht bis zur Anerkennung der „Berechtigung" ihrer Wünsche bringen. Bekannt ist ja auch die Aeußerung eines Bergwerksgewaltigen, mit der die „Christen" lange treiben gingen, daß die „christlichen" Gewerkschaften noch „viel gefährlicher" seien als die sozialdemokratischen, weil „Rom" dahinter lauere. Bekannt ist ja auch, daß vorzugsweise die lendenlahmen Hirsch-Dunderschen unseren Kollegen in der Agitation oft entgegenhalten, daß die sozialdemokratischen Gewerkschaften mit ihren „extremen" Forderungen „den Erfolg gefährdeten". Den Hirsch-Dunderschen wird nun kein Mensch nachsagen wollen, daß sie „extreme" Forderungen aufstellten, sie „gefährden" damit auch keine Erfolge, sintemalen die braven Gewerkvereinler wohl selbst in ihren nächtlichen Träumen nichts von Erfolg erhoffen.

Jedennoch — die Arbeitgeberzeitung steht auf der Wacht. Die Hirsch-Dunckerschen haben eine Broschüre herausgegeben, betitelt: „Die Forderungen des Gewerkvereins der deutschen Maschinenbau- und Metallarbeiter". Und sofort fällt das Scharfmacherblatt darüber her. Nutzt den Hirschen gar nichts, daß sie wiederholt prononziert erklären, nur auf „billige und gerechte Art den Fortschritt erreichen zu wollen", und gar keine bösen roten Wölfe seien. Larifari; wer etwas von den Unternehmern will, der ist der Feind, den trifft der Zorn der Kapitalgewaltigen und ihrer willigen, bezahlten Kreaturen. In der Gewerkvereinsbroschüre heißt es über den Streik auf „Rote Erde" bei Aachen:

„Dort, bei einem der mächtigsten und ertragreichsten Hüttenwerke, das einem Syndikat angeschlossen war, konnten ruhig tausend Arbeiterfamilien hungern, hunderte kleiner Geschäftsleute ruiniert werden, eine ganze Anzahl Gemeinden um Aachen herum an ihrer Steuerkraft geschädigt werden, das alles kümmerte die Hüttendirektion nichts. Im Vollgefühl ihrer Zugehörigkeit zu einem Syndikat, erwiderte sie den Arbeitern und den Geschäftsleuten, die vorstellig wurden und um Verhandlungen baten: Wir geben nicht nach und wenn die Hütte ein ganzes Jahr still liegt."

Darauf sagt das Scharfmacherblatt:

„Bekanntlich aber ist gerade der Streik auf der Roten Erde auf ganz frivole Weise ohne jede triftige Veranlassung ins Werk gesetzt worden, weshalb denn auch später den Anstiftern dieses Ausstandes aus dem Kreise der Arbeiter selbst die härtesten Vorwürfe gemacht wurden. Der „billige" und „gerechte" Gewerkverein hält es nichtsdestoweniger für angezeigt, in seinen programmatischen Erklärungen das Hüttenwerk dafür verantwortlich zu machen, das bekanntlich durch diese gänzlich unbegründete Art der Bewegung ebenfalls schwer geschädigt worden ist."

Der erste Satz ist eine dreiste Fälschung. Aus den Kreisen der Arbeiter selbst sind nicht deshalb Vorwürfe gekommen, weil der Streik „ohne jede triftige Veranlassung auf ganz frivole Art" ins Werk gesetzt worden sei. Das hat sich das Berliner Scharfmacherblatt aus den Fingern gesogen. Daß die Hüttenarbeiter auch auf „Rote Erde" übergenug Anlaß zum Klagen hatten, darüber waren die drei in Betracht kommenden Organisationen einig. Da die Blätter der Hirsch-Dunckerschen die falsche Darstellung passieren lassen, so wollen wir im Interesse aller Hüttenarbeiter hiermit darauf hingewiesen haben.

Die Arbeitgeberzeitung kann sich ja im allgemeinen keiner besonderen Sorgfalt bei Aufnahme und Verarbeitung ihres Stoffes rühmen. Das sagen nicht nur wir. So äußerte sich zum Beispiel auch der bürgerliche Sozialpolitiker W. Zimmermann in seinem Sammelwerk: Die Weltwirtschaft (2. Jahrgang 1907. Arbeiter- und Angestelltenverbände): „. . . Das Korrespondenzblatt der Generalkommission (der freien Gewerkschaften) überragt an Sachkunde, Gediegenheit des Inhalts und folgerichtiger Urteilskraft die führende Wochenschrift der Arbeitgeberverbände um ein Bedeutendes, obwohl ihm als Kampforgan natürlich die Objektivität nicht die vornehmste Aufgabe sein kann".

Seit ihrem letzten Delegiertentag fordern die Hirsch-Dunckerschen Metallarbeiter auch ein Reichsarbeitsrecht. Begründend wird ausgeführt:

„Die bestehenden Arbeiterschutzgesetze werden vom Unternehmertum einfach umgangen. Der Arbeiter, der sein Recht beim Gewerbegericht sucht, riskiert seine Entlassung, ebenso Arbeiter, die zu gesetzlichen Einrichtungen, wie Gewerbegericht und dergleichen, gewählt sind. Durch Vereinbarungen von Arbeitgebern wird die gesetzlich gewährleistete Freizügigkeit zum größten Teile für die Arbeiter aufgehoben. Zwangspensionskassen schlagen einem „freien" Arbeitsvertrag geradezu ins Gesicht und Fabrikwohnungen werden durch die Vorschrift, solche sofort mit dem Aufhören der Arbeit räumen zu müssen, dem Arbeiter zum Fluch. Das ist in Wirklichkeit die Lage der Arbeiter gegenüber dem allmächtigen Großkapital und Unternehmertum."

Die Konstatierung dieser einfachen, längst erwiesenen Tatsachen veranlaßt das Berliner Scharfmacherblatt zu folgendem Angriff:

„Wie man sieht, gibt der Hirsch-Dundersche Gewerkverein der deutschen Maschinenbau- und Metallarbeiter dem sozialdemokratischen Deutschen Metallarbeiter-Verband und anderen Organisationen dieser Art, in bezug auf die Einseitigkeit und Unbilligkeit seiner Forderungen und Ansichten, nicht viel nach. Es ist daher schwer begreiflich, wie man mit diesem Programm und einer solchen Begründung derselben an Personen herantreten kann, welche, wie es in dem begleitenden Rundschreiben heißt, an hervorragender Stelle im öffentlichen Leben stehen, um falschen Gerüchten und Verbreitung herabsetzender Ansichten in der Oeffentlichkeit entgegenzutreten. Es ist der nackteste, eigennützigste Klassenstandpunkt, der hier vertreten wird, und zwar mit einer selbst für die heutige Zeit geradezu auffälligen Voreingenommenheit und Urteilsunfähigkeit. Mit dieser Richtung kann das Unternehmertum ebenso wenig paktieren, wie mit der sozialdemokratischen."

So, ihr Gewerkvereinler und alle, die ihr „auf dem Boden der heutigen Rechts- und Eigentumsordnung" stehen wollt, da habt ihr

etwas zum Nachdenken. Wäre das Gutachten der Arbeitgeberzeitung wohlwollend ausgefallen, so hätten die Hirsche ja wohl jubiliert über ihre Kulturtaten, aber jetzt — wissen einzelne Hirschenblätter, so der „Gewerkverein", doch noch etwas Honig aus der verschrumpften Blume zu saugen. Man erklärt nämlich: Seht da, was die Gewerkvereinler für Kerle sind! Man fälscht sogar ein Weniges und stellt die Sache so dar, als ob die Hirsche den Unternehmern noch gefährlicher vorkämen wie der Deutsche Metallarbeiter-Verband. Geht's nicht so, dann anders.

Den Schluß des Artikels in der Arbeitgeberzeitung bildet folgendes hirnverbrannte Epistel:

„Lediglich durch die Tüchtigkeit und Unternehmungslust der Industriellen wird die reichliche und gut bezahlte Arbeitsgelegenheit geschaffen. Die Arbeiter tun hierzu nichts, sondern machen davon nur den entsprechenden Gebrauch zu ihrem Nutzen und fördern damit selbstverständlich auch den berechtigten Nutzen des Unternehmers, der Geist, Kenntnisse, Kapital, in der Regel seine ganze persönliche Kraft, dem Unternehmen widmet. Das ist schon oft gesagt worden, muß aber auch hier wieder dem Programm der Gewerkvereine gegenüber, das gegenwärtig mit einer gewissen Absichtlichkeit verbreitet wird, zur Steuer der Wahrheit bekundet werden."

Vielleicht packt der „Arbeitgeber" des Berliner Hetzblattes einmal „lediglich" die „Tüchtigkeit" und die „Unternehmungslust" der Industriellen in seinen Koffer und segelt nach dem Lande, wo der Pfeffer wächst. Gutmütig, wie wir sind, wollen wir ihm seine goldenen Dukaten und Doppelkronen noch mit auf den Weg geben. In Berlin wie im ganzen Deutschland machen ihm die Arbeiter doch nur Aerger und Verdruß. Wenn der Unternehmer einmal die Arbeiter völlig ausschaltet und „lediglich" seine „Arbeitgeber"-attribute nebst dem Golde „arbeiten" läßt, dann wird ihm wohl bald ein Seifensieder darüber aufgehen, welche Henne es denn nun eigentlich ist, die die goldenen Eier legt.

Der Regulator kommt in seiner Nr. 44 auf den Angriff der Unternehmerzeitung zu sprechen, kann aber, weil ja die Gewerkvereinler „auf dem Boden der heutigen Rechts- und Eigentumsordnung" stehen, natürlich nicht die Kraft zu einer gehörigen wirksamen Abwehr finden, denn sonst müßte der Regulator ja zugeben, daß die „Arbeit" des Kapitals eben in der Ausbeutung besteht, obwohl die Hirsch-Dunckerschen hier gerade mit der Nase auf diese einfache Tatsache gestoßen werden. Aber die kapitalistische Ausbeutung fremder Arbeitskraft wollen die Gewerkvereinler ja nicht beseitigt wissen, sie fordern nur begnügsam, aber ungerecht, für die Arbeiter einen „größeren Anteil" am Arbeitsertrag. Für das ausbeutende Kapital kann dabei ja immer noch ein genügend großer Profithappen abfallen. Der Regulator schreibt zum Beispiel:

„Leute, die große Vermögen besitzen, haben von diesem Vermögen nur dann etwas, wenn das Vermögen Zinsen trägt, nur dann können sie „vom Gelde leben". Denn das Vermögen selbst: Wertpapiere, Papiergeld, Gold- und Silbermünzen, können sie ja nicht in Natura verzehren. Das Vermögen muß also Zinsen tragen, und um das zu ermöglichen, legen solche Geldbesitzer Geld zusammen gründen eine Aktiengesellschaft, um Waren zu produzieren (produzieren zu lassen, verehrter Regulator!), die produzierten Waren werden dann teurer verkauft, als deren Herstellung gekostet hat. Der Zweck ist erreicht, das Geld vermehrt sich, die Geldgeber (Aktionäre) können „vom Gelde leben". Der Zweck der Kapitalisten (Industriellen) ist also nicht der: den Arbeitern Arbeitsgelegenheit zu verschaffen, sondern der: ihr Vermögen zu vermehren, um „vom Gelde leben zu können".

So schlecht wie diese Satzbildung ist, so limonadematt und unklar ist die Abweisung der Attacke des Berliner Unternehmerblattes. Was hinter den Redensarten „teurer verkaufen" und „von seinem Gelde leben" steckt, das genauer zu untersuchen unterläßt der Regulator wohlweislich, weil er dann der kapitalistischen Wirtschaftsordnung das Verdikt sprechen müßte. Schließlich ringt sich der Regulator dann aber doch nach vieler Mühe zu der Erkenntnis durch:

„Ohne Kapitalisten könnte man sich am Ende die Produktion denken, ohne Arbeiter nicht."

Also endlich kommt dem Gewerkvereinsblatt doch diese Wahrheit. Zwar ist's noch erst wie eine Dämmerung. Hoffentlich geht der Gedanke nicht wieder verloren.

Die Gegner der freien Arbeiterbewegung, Hirsche wie „Christen", können an diesem Beispiel wieder deutlich erkennen, daß es den Unternehmern gar nichts ausmacht, ob eine Forderung in bittend stammelnder Bettlerpose vertreten wird oder durch klar und scharf heischende Mündlichkeit. Den Ausschlag gibt die organisatorische Machtstellung im Verhältnis der Kräfte. Auch [illegible] Kapitalknechte die Tugenden des selbstbewußten freien Mannes. Im Übrigen:

Alle Forderungen, die eine Minderung des Mehrwerts und damit der Ausbeutung bezwecken und bewirken, werden ihre unversöhnlichen und verbissenen Gegner an dem Unternehmertum und seiner Sachwalterin, der Regierung, finden. Mit dieser schmerzlichen Erkenntnis fällt auch für die Hirsche der eingebildete Grund zur Abspitterung von der starken Metallarbeiterorganisation fort. Wollen die Arbeiter den möglichsten Nachdruck hinter ihre berechtigten Forderungen setzen, so hilft nicht politische „Neutralität" im Sinne des Unternehmertums, sondern nur die Vereinheitlichung ihrer Aktion.

„Der Bäcker muß noch mitgehen,
Zwei Sager heute zerbrächten die Welt,
Und ein Haben, ein Haben nur gilt" J.

Zur Reform der Arbeiterversicherung.

Vom 23. bis 27. Oktober fand in Berlin die Konferenz zur Besprechung über Fragen der Arbeiterversicherung statt, auf die wir schon in Nr. 43 (Seite 351) der Metallarbeiter-Zeitung hinwiesen. Zunächst wurde über die Krankenversicherung verhandelt, und zwar mit einem Resultat, das den Scharfmachern und deren Helfern recht unangenehm war. Es waren anwesend außer 2 Vertretern aus dem Reichsamt des Innern noch Vertreter vom Reichsmarineamt, vom Reichspostamt, vom Reichsversicherungsamt, von der preußischen, der bayerischen, der sächsischen, der württembergischen und der badischen Regierung; ferner aus Orts- und Landkrankenkassen je 15 Vertreter der Unternehmer und der Arbeiter, desgleichen je 5 von Betriebskrankenkassen, je 2 von Innungskrankenkassen, 5 Vertretern von freien Hilfskassen, 2 Unternehmervertreter und 1 Arbeitervertreter von Knappschaftskassen. Auch waren 7 Kassenbeamte anwesend.

Es wurde mit einer einstündigen Mittagspause von morgens 9 Uhr bis abends 8 Uhr getagt und die Debatten waren sehr rege. Es stellte sich dabei heraus, daß die Pläne der Regierung (siehe Metallarbeiter-Zeitung Nr. 28, Seite 311) nur bei drei Unternehmervertretern Zustimmung fanden. Das waren aber auch die reichen, nämlich Finanzrat Klüpfel von der Firma Krupp, ferner Bergassessor Menck aus Altona und Direktor Dr. Guggenheimer aus Augsburg, der sehr häufig bekannte Gönner der Gelben. Von solchen Seiten war auch nichts anderes zu erwarten. Jedoch wird Herr v. Bethmann-Hollweg, der bei den Verhandlungen den Vorsitz führte, nicht allzu viel Freude an diesen dick Herren gehabt haben. Die Krankenkassen-Zeitung (Nr. 31 vom 1. November), deren Bericht wir in diesem Artikel zum großen Teil folgen, schreibt darüber folgendermaßen:

„Glaubt Herr v. Bethmann-Hollweg, mit der Zustimmung dieser drei Größen könne er Staat machen? Ergötzlicherweise ist's indem nur bedingte Zustimmung. Sie fordern halbe Vertretung und bieten halbe Beiträge, um auch in den Krankenkassen ihrem Standpunkt vom „Herrn im Hause" Geltung zu verschaffen. Über die Fähigkeiten des preußischen Bureaukraten, als „unparteiischer Vorsitzender" sozialpolitisch tätig zu sein, kritisierte Herr Menck derart, daß ihm auch der rötlichste Arbeitnehmer darin beipflichten kann."

Von der Gemeinde-Krankenversicherung scheint keiner erbaut gewesen zu sein. Selbst der Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg erklärte ihren Wegfall für unerläßlich. Die Vertreter der Ortskassen traten sämtlich für Vereinheitlichung der Krankenkassen und Einbeziehung der Landarbeiter, der Dienstboten und der Heimarbeiter ein. In demselben Sinne sprach sich Hartmann (Berlin, Hirsch-Duncker) aus. Die Betriebskassen wurden unter anderem von Klüpfel und Dr. Guggenheimer verteidigt; ein Helfer erstand ihnen in dem Arbeitervertreter Muhs von der neuerrichteten Siemensschen Betriebskasse in Berlin. Dieser Herr scheint ein besonderes Genie zu sein. Darüber, daß die verschiedenen gelben Innungsgrößen es sich nicht nehmen ließen, die Innungskassen zu loben, braucht man sich nicht zu wundern. Güth (Berlin) sprach sich jedoch im Namen sämtlicher Arbeitervertreter von den Berliner Innungskassen gegen deren Weiterbestand aus. Oelsinger (Hamburg, Metallarbeiterkrankenkasse) erklärte, daß die freien Hilfskassen auf das Recht verzichten, als Ersatz der Zwangskassen gelten zu können, wenn Einheitskassen geschaffen werden. Hinter dieser Erklärung witterte Hartmann (Dresden, Vertreter der Beamten) politische Motive. Auch ein Standpunkt.

Nachdem die Aussprache über die Vereinheitlichung erschöpft war, wurde über die von der Regierung vorgeschlagene Halbierung der Beiträge und der Vertreterzahlen debattiert. Dabei kam es zu einer vollständigen Niederlage der Regierung und der in diesem Falle hinter ihr stehenden Scharfmacher. Wenn die Unternehmer die Hälfte der Vertreter zu stellen hätten und — worauf die Scharfmacher sicher rechneten — der von den Behörden zu stellende „unparteiische" Vorsitzende in allen wichtigen Fragen auf der Seite der Unternehmer stände, so wären die Arbeitervertreter regelmäßig in der Minderheit und die Unternehmer könnten im Krankenkassenwesen schalten und walten, wie es ihnen beliebt. Dieser schöne Plan ist zerstört worden und nicht zum wenigsten durch zehn Unternehmervertreter, die erklärten, daß kein Anlaß vorliege, die größere Vertretung der Unternehmer durch die Halbierung der Beiträge zu erkaufen. Für den Fortbestand des gegenwärtigen Systems sprachen die Arbeitervertreter Witti (München), Fräßdorf (Dresden), Gräf (Frankfurt), Nürnberg (Berlin) und Ruck (Heilbronn). Unter solchen Umständen war es auch nicht verwunderlich, daß keine besondere Neigung für die Einführung von „unparteiischen" Vorsitzenden bestand. Als über diese Angelegenheit diskutiert werden sollte, erklärte Simanowski (Berlin) von vornherein, daß solche Vorsitzende dann nicht nur für die Ortskassen, sondern auch für die Betriebskassen und die Innungskassen eingesetzt werden müßten. Dort müßten sie dann natürlich dieselben Rechte gegen die Unternehmer oder die Innungen haben, wie sie ihnen in den Ortskassen zugedacht sind. Für den „Unparteiischen" traten nur ein der Innungskassenvertreter Maciewski (Hannover), der Beamtenvertreter Hartmann und Finanzrat Klüpfel. Der letztgenannte wärmte wieder das Märchen auf, daß die Sozialdemokratie ihre Führer mit Kassenpfründen belohne. Diese Redereien wurden aber sowohl von Vertretern der Arbeiter, wie von solchen der Unternehmer zurückgewiesen. Als Klüpfel energisch aufgefordert wurde, Namen zu nennen und Beweise für die „Mißwirtschaft der Sozialdemokratie" anzuführen, wußte er nur zu sagen, daß er eine Ortskasse kenne, wo so etwas vorgekommen sei. Den Namen dieser Kasse wolle er jedoch nicht sagen. Da wird Herr Klüpfel auch nicht verlangen dürfen, daß man seinen Worten glaubt. Unter den Unternehmervertretern, die gegen den „Unparteiischen" sprachen, befanden sich auch Direktor Guggenheimer und Kommerzienrat Menck. Der letztgenannte erklärte sogar: Lieber die verschiedenen Kasseneinrichtungen ohne Bureaukraten, als eine Zentralisation mit Bureaukratie. Er freue sich über die Einmütigkeit in dieser Frage und ersuche die Vertreter, an dem kostbaren Gute der Selbstverwaltung festzuhalten. Das war allerdings ein recht harter Schlag gegen die Pläne der Regierung, die sicher geglaubt hatte, für ihre Vorschläge bei den Scharfmachern noch besonderen Dank zu ernten. Darauf mußte der Vorsitzende, Ministerialdirektor Caspar, resigniert erklären: „Wider alles Erwarten hat der Verlauf der Beratungen ergeben, daß Arbeitgeber wie Arbeitnehmer die Vorschläge der Regierung auf Halbierung der Krankenkassenbeiträge, paritätische Besetzung der Vorstände und unparteiischen Vorsitzenden ablehnen."

Gegen die obligatorische Einführung der Verhältniswahlen hatte keiner der Geladenen etwas einzuwenden.

Zu Meinungsverschiedenheiten kam es dagegen bei der Regelung des Beamtenwesens. Giebel (Verband der Bureauangestellten), Menck, Küpper (Köln, von der Sonderorganisation der rheinisch-westfälischen Ortskassenbeamten), Fräßdorf und Gräf traten dafür ein, daß dies Sache der Beamten und der Kassenvorstände bleiben müsse. Hartmann (Dresden), der eine Tarifgemeinschaft als Vergewaltigung betrachtet und der nun die beste Gelegenheit gehabt hätte, seine Wünsche und Klagen vorzubringen, damit darüber hätte diskutiert werden können, zog es vor zu schweigen und — dem Präsidium ein Schreiben zu übergeben. Die Wünsche nach vollständiger gesetzlicher Regelung des Beamtenwesens fanden nicht viel Anklang, einige Wünsche wegen gesetzlicher Festlegung der Anstellungs- und Pensionsverhältnisse scheinen dagegen keinen Widerspruch gefunden zu haben.

Daß der Instanzenweg bei Rechtsstreitigkeiten einfacher und einheitlicher sein müsse, wurde allgemein betont.

Als über die Zulassung der Zahntechniker debattiert wurde, verlangte ein Zahnarzt, daß sie gesetzlich untersagt werden solle. Er fand damit jedoch allgemeinen Widerspruch. Ebenso wurde betont, daß es für die Kassen und deren Mitglieder vorteilhaft sei, wenn eigene Zahnkliniken eingerichtet würden.

Es wurde dann ferner noch über das Apothekerwesen debattiert, wobei einige zünftlerische Wünsche der Apotheker vorgebracht wurden, aber gleichfalls auf Widerspruch stießen.

Am 27. Oktober fand eine Konferenz für die Berufsgenossenschaften und die Landesversicherungsanstalten statt. Da war die Arbeiterschaft aber nur schwach vertreten. Von 76 Teilnehmern waren 12 Arbeitervertreter beim Reichsversicherungsamt. Außerdem waren noch die Kassenvertreter Fräßdorf, Gräf und Simanowski anwesend. Die übrigen waren Vertreter der Berufsgenossenschaften, der Versicherungsanstalten oder der Unternehmer. Den Beratungen wurden folgende Leitsätze zugrunde gelegt:

„1. Die vielfach gewünschte Verschmelzung der verschiedenen Zweige der Arbeiterversicherung ist aus rechtlichen Gründen weder ratsam noch durchführbar.

2. Die bestehenden Körperschaften der Arbeiterversicherung, speziell der Berufsgenossenschaften und Versicherungsanstalten, bleiben daher als selbständige Träger erhalten.

3. Es liegt aber sowohl in ihrem Interesse, wie in demjenigen aller beteiligten Volksschichten, daß unter Wahrung des Gesichtspunktes zu 2 der gesamte Aufbau der Arbeiterversicherung einheitlicher und durchsichtiger gestaltet und daß dabei mehr als bisher zwischen den verschiedenen Versicherungsträgern eine Fühlung hergestellt wird.

4. Zu diesem Zwecke sind die örtlichen Verrichtungen der Arbeiterversicherung, die zurzeit auf die verschiedenen Stellen zersplittert sind, tunlichst bei einem gemeinsamen örtlichen Organ zusammenzufassen, dessen Funktionen auf dem Gebiet der Krankenversicherung hier unberührt bleiben können, auf dem Gebiet der Unfall-, Invaliden- und demnächstigen Hinterbliebenenversicherung aber die eines „gemeinsamen Unterbaues" zu sein haben.

5. Auch die für die Mittelinstanz geeigneten Geschäfte sind tunlichst durch einheitliche Stellen zu erledigen.

6. Die höchste Instanz auf dem Gebiet der Arbeiterversicherung, das Reichsversicherungsamt, bedarf schon jetzt und mehr noch nach Übertragung der entsprechenden Geschäfte der Kranken- und Hinterbliebenenversicherung im Interesse der erforderlichen und einheitlichen Durchführung ihrer Aufgaben dringend der Entlastung.

7. Damit indessen diese Entlastung nicht unter Schmälerung der bisherigen Rechte der Versicherten erfolgt, bedürfen die untere und die mittlere Instanz der Vervollkommnung.

8. Damit ferner die Entlastung nicht auf Kosten der Rechtseinheit erfolgt, muß Sicherheit geschaffen werden, daß die Entscheidungen der höchsten Instanz in Rechts- und grundsätzlichen Tatfragen von den nachgeordneten Instanzen gebührend beachtet werden."

Über den Verlauf dieses Teils der Konferenz liegen nur sehr dürftige Nachrichten vor. Es soll sehr viel Sozialistentöterei getrieben worden sein. —

Hat auch der Verlauf der Konferenz in seinem ersten Teile mit einer Niederlage der Scharfmacher geendet, so ist doch darauf zu rechnen, daß diese immer noch wieder versuchen werden, ihre Wünsche zur Geltung zu bringen. Wir erinnern an die Delegiertenversammlung des Zentralverbandes deutscher Industrieller, die am 26. Oktober vorigen Jahres zu Berlin stattfand (siehe Metallarbeiter-Zeitung 1907, Nr. 45, Seite 359). Die dort zutage getretene Stellungnahme der Bueck und Genossen ist von ihrem Standpunkt aus sehr wohl überlegt und der Mißerfolg auf dieser Konferenz wird für sie nur ein Ansporn sein, ihren Wünschen noch kräftigeren Nachdruck zu verleihen. Die Arbeiterschaft hat also Ursache, auf der Hut zu sein und, wenn nötig, alle verfügbaren Mittel anzuwenden, um Verschlechterungen der Arbeiterversicherung abzuwehren.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.

Um Irrtümer zu vermeiden und eine geregelte Beitragsleistung zu erzielen, machen wir hiermit bekannt, daß mit Sonntag dem 15. November der **47. Wochenbeitrag** für die Zeit vom **15. bis 21. November** 1908 fällig ist.

* * *

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 6 Abs. 5 des Verbandsstatuts gestattet:

Der Verwaltungstelle in **Jena** 5 ₰ pro Woche von den erwachsenen männlichen Mitgliedern ab 1. Januar 1909;

der Verwaltungstelle in **Schramberg** 5 ₰ pro Woche für jugendliche männliche Mitglieder, nicht (wie in Nr. 45 bekannt gegeben wurde) 30 ₰ pro Woche.

Die Nichtbezahlung dieser Extrabeiträge hat Entziehung statutarischer Rechte zur Folge.

* * *

Ausgeschlossen wird nach § 22 des Statuts:

Auf Antrag der Bezirksleitung des **5. Bezirks:**

Der Monteur Herm. Haubenreißer, geb. am 30. August 1874 zu Wildtaube, Lit. A. Buch-Nr. 48805, wegen Betrug und Schädigung des Verbandes.

* * *

Wieder aufgenommen wird:

Auf Antrag der Verwaltungstelle in **Reutlingen:**

Der Former Otto Bühler.

* * *

Öffentlich gerügt wird:

Auf Antrag einer Untersuchungskommission in **Breslau:**

Der Rohrleger Frz. Winkler, geb. am 13. Dezember 1879 zu Poln. Neudorf, Buch-Nr. 316575, wegen Denunziation.

* * *

Aufforderung zur Rechtfertigung.

Die nachfolgend genannten Mitglieder werden aufgefordert, sich wegen der gegen sie beim Vorstand erhobenen Beschuldigungen zu rechtfertigen. Sofern einer dreimal hintereinander erscheinenden Aufforderung keine Folge gegeben wird, erfolgt Ausschließung aus dem Verband.

Auf Antrag der Verwaltungstelle in **Kiel:**

Der Schlosser Josef Schmidt, geb. am 27. August 1885 zu Bochlitz, Lit. A. Buch-Nr. 277605, wegen Unterschlagung.

* * *

Gestohlen wurden:

Buch Nr. 949623, Paul Artmann, Kernmacher, geb. am 2. Okt. 1888 zu Zeulenroda, eingetr. am 24. März 1906 in Zeulenroda.

Lit. A. Buch-Nr. 18123, lautend auf Bernh. Doberstein, Klempner, geb. am 27. Januar 1874 zu Rolatte, eingetreten 6. November 1906 in Bitterfeld (Bitterfeld).

Lit. A. Buch-Nr. 71628, Georg Volk, Schlosser, geb. am 2. November 1889 zu Messel, eingetreten am 21. Oktober 1906 in Darmstadt.

Lit. A. Buch-Nr. 287736, lautend auf Moritz Günzel (Chemnitz).

Lit. A. Buch-Nr. 295167, Jakob Volk, Eisendreher, geb. am 11. August 1891 zu Messel, eingetreten am 1. Juli 1908 in Darmstadt.

* * *

Alle für den Verband bestimmten **Geldsendungen** sind nur an

Theodor Werner, Stuttgart, Röte-Straße 16b

zu richten; auf dem Postabschnitt ist genau zu bemerken, wofür das Geld vereinnahmt ist.

Mit kollegialem Gruß

Der Vorstand.

Quittung

über die vom 1. bis 31. Oktober 1908 bei der Hauptkasse eingegangenen Verbandsgelder.

Von: Aalen ℳ 400. Altena 70,82. Altwasser 300. Artern 200. Aue 1000. Barmen 8000. Barth 200. Bissingen-Bietigheim 100. Bitterfeld 400. Bocholt 60. Bochum 500. Bockwitz 372. Bremen 10000. Brieg 170. Brunsbüttelhafen 104,92. Bunzlau 350. Burgstädt 238,60. Borna 100. Celle 355,29. Crimmitschau 400. Crailsheim 179,82. Darmstadt 1000. Döbeln 400. Dresden 2000. Düren 100. Düsseldorf 2000. Duisburg 600. Ebersbach 300. Eberstadt 200. Eisenberg 269,98. Elsterwerda 130. Erbach 350. Erlangen 400. Euskirchen 169,57. Fechenheim 200. Feuerbach 1000. Forchheim 100. Frankfurt a. M. 2000. Freiburg i. Schl. 300. Friedland 85. Fürstenwalde 800. Furtwangen 200. Geesthacht 200. Gevelsberg 1500. Göppingen 800. Gößnitz 300. Graudenz 250. Greifswald 100. Grimma 148,84. Hadersleben 150. Hamburg 1000. Harzgerode 600. Haßloch 158,44. Heidenheim 1600. Heilbronn 500. Helmstedt 390. Henningsdorf 300. Herford 400. Hildesheim 800. Hirschberg 200. Höchst 1600. Hohenlimburg 81. Ilmenau 296,11. Kammin 40. Karlsruhe 2000. Kelsterbach 222. Kiel 4000. Kirchheim 230,54. Königshütte 400. Köslin 150. Koswig 100. Köthen 500. Küstrin 300. Lahr 50. Landsberg a. L. 201,40. Landsberg a. W. 300. Laupheim 20,10. Lauterberg a. H. 200. Leer 400. Leisnig 200. Leutkirch 120. Limbach 300. Lippstadt 150. Löbau 300. Lübeck 1600. Lübtheen 29,41. Lüdenscheid 1000. Lüneburg 600. Lugau 300. Markranstädt 202,30. Marktredwitz 120. Meerane 600. Meißen 1500. Merseburg 600. Mettmann 150. Metz 200. Metzingen 105,75. Meuselwitz 500. Mülhausen i. E. 800. Mülheim a. Rh. 2000. Muskau 421,16. Marktneukirchen 200. Marne 140. Naumburg 100. Neustadt a. H. 217,32. Neustadt a. O. 100. Nienburg 300. Nossen 100. Nowawes-Neuendorf 600. Neustrelitz 50. Ohrdruf 50. Oldenburg 300. Oschatz 150. Passau 200. Pinneberg 100. Pirmasens 255,24. Potsdam 200. Prenzlau 200. Ragnhn 110. Ratibor 100. Ravensburg 100. Reichenhall 100. Remscheid 8000. Rendsburg 600. Rostock 1500. Roth a. S. 170. Ruhla 500. Sangerhausen 250. St. Georgen 240. Senftenberg 200.

Hammerhe 100, Ortenberg 100, Schleiz 49,88, Schmalkalden 600, Schmiedeberg 700, Schöningen 600, Schweinfurt 600, Schwerin 250, Stargard 100, Stahlfurt 600, Stolp 150, Straßburg 600, Striegau 208,75, Stuttgart 5500, Tangermünde 350, Tilsit 400, Torgau 75, Torgelow 400, Tübingen 300, Tuttlingen 600, Ueckermünde 100, Waiblingen 516,55, Waltershausen 200, Weimar 400, Weißenfels 400, Wernigerode 100, Wertheim 60,04, Wiesbaden 400, Wittenberg 200, Wolgast 150, Wurzen 800, Zerbst 300, Zittau 800, Einzelmitglieder der Hauptkasse 200, Zurückbezahlte Schuld von Winkler-Hameln 50, Zurückbezahlte Schuld von Wietfeld-Oschersleben 28, Sonstige Einnahmen 1114,80.

Die Verwaltungsstellen, Bevollmächtigten und sonstigen Einsender von Geldern werden hierdurch **dringend gebeten**, vorstehende Quittung **genau zu prüfen** und etwaige Anstände sofort an uns zu berichten. **Der Vorstand.**

Zur Beachtung! Zuzug ist fernzuhalten:

von **Drahtziehern** nach Hohenrhein-Niederlahnstein (Drahtgewebe- und Geflechtwerk) N.;
von **Formern, Eisengießereiarbeitern** und **Kernmachern** nach Offenbach (Fa. Fredenhagen) St.;
von **Gold- und Silberarbeitern** nach Paris;
von **Heizungsmonteuren** und **Helfern** nach Bremen L.;
von **Spenglern** nach Ingolstadt;
von **Metallarbeitern** aller Branchen nach Gießen (Karolinenhütte) M.; nach Güstrow (Stahlwerk); nach Lollar (Eisenwerk) N.; nach Müglitz i. Mähren (elektrot. Fabrik L. Dunkel & Co.) St.; nach Nürnberg (Viktoriafahrradwerke) Str.; nach Paris; nach Plettenberg (Fa. K. Reinländer) A.; nach Prag (Morell & Co., Lüsterfabrik) L.;
von **Schlossern, Drehern, Schmieden** und **Maschinenarbeitern** nach Friedrichsroda in Thüringen (J. Schönau, Kinderkarusselfabrik) Mi.; nach Haspe bei Hagen (Vogelsanger Eisengießerei und Maschinenfabrik) N.; nach Riga Mi.;
von **Schmieden** (Huf- und Wagen-) nach Essen L.

(Die mit A. und St. bezeichneten Orte sind Streikgebiete, **die überhaupt zu meiden sind**; v. St. heißt: Streik in Aussicht; L.: Lohn- oder Tarifbewegung; A.: Aussperrung; D.: Differenzen; M.: Maßregelung; Mi.: Mißstände; R.: Lohn- oder Akkord-Reduktion; F.: Einführung einer Fabrikordnung.)

Alle Mitteilungen über Differenzen, die zur Sperrung eines Ortes oder einzelner Betriebe Anlaß geben, sind an den Verbandsvorstand zu adressieren. Die Anträge auf Verhängung von Sperren müssen hinreichend begründet und von der Verwaltungstelle beglaubigt sein.

Vor Arbeitsannahme in Orten, wo keine der obigen Anläße in Betracht kommen, sind die Mitglieder verpflichtet, sich stets zuvor bei der Ortsverwaltung, dem Geschäftsführer oder Bevollmächtigten des betreffenden Ortes über die einschlägigen Verhältnisse zu erkundigen. Diese Anfragen sind von der Verwaltungstelle, der das Mitglied angehört, abstempeln zu lassen. Anfragen über Orte, wo keine Verwaltungstelle besteht, wolle man an den Vorstand richten. Das gleiche gilt für alle die, die an ihrem seitherigen Arbeitsort ihre Stelle wechseln.

Korrespondenzen.

Former.

Aachen. Wegen der Differenzen bei der Firma Görris (siehe Nr. 42) drohte der Metallindustriellenverband sogar eine Aussperrung für Aachen an. Es kam aber nicht zur Ausführung dieses Beschlusses, denn am 31. Oktober fanden im Karlshaus Verhandlungen zwischen den Vertretern der Organisationen statt. Nach dreieinhalbstündiger Verhandlung wurde eine Einigung dahin erzielt, daß den Arbeitern der Firma Görris für die Zukunft eine bessere Behandlung zuteil werde. Eine Versammlung der Arbeiter, die sich noch am selben Tage mit dem Ergebnis der Verhandlungen befaßte, erklärte sich nach längerer Diskussion mit dem Vorschlag der Organisationsvertreter einverstanden. Auf Grund der Verhandlungen wurden die Kündigungen zurückgezogen, auch die von den Unternehmern vorgenommenen Kündigungen sind als aufgehoben zu betrachten.

Metallarbeiter.

Braunschweig. Seit geraumer Zeit werden in der Braunschweigischen Maschinenbauanstalt die Verdienste der Arbeiter durch Akkordreduktionen herabgedrückt. Dies wird in der Regel damit begründet, daß man bei den „hohen Löhnen" nicht mehr konkurrenzfähig sei. Man sollte nun meinen, daß die dort beschäftigten Arbeiter förmlich im Fett sitzen. Aber die Sachen stehen anders, wie man aus nachfolgendem ersehen kann. Es beträgt der Akkordverdienst pro Stunde für

	niedrigster	durchschnittlicher	höchster
Arbeiter	30 ₰	32 ₰	40 ₰
Hammerführer	20 „	23 „	26 „
Bohrer	30 „	36 „	48 „
Dreher	30 „	44 „	85 „
Former	30 „	49 „	60 „
Gußputzer	32 „	35 „	37 „
Hobler	30 „	34 „	50 „
Kesselschmiede	32 „	44 „	70 „
Schlosser	30 „	45 „	70 „
Schmiede	30 „	46 „	70 „
Schraubenschneider	45 „	45 „	45 „
Stanzer	45 „	45 „	45 „
Stoßer	40 „	45 „	50 „
Werkzeugmacher	45 „	50 „	60 „

Was die höheren Sätze anbelangt, so ist zu bemerken, daß diese nur einzelne der von uns befragten Arbeiter erzielen. Der Höchstverdienst ist von einem Dreher dadurch erreicht worden, daß er an mehreren Bänken zugleich arbeitete. Angesichts der Tatsachen von zu hohen Löhnen zu sprechen, ist unbegreiflich und deshalb ist es ungerecht, sich gegenüber der angeblichen Konkurrenz auf Kosten der Arbeiter schadlos zu halten. Uns will es bedünken, daß andere Ursachen vorhanden sind, die die angebliche Konkurrenzunfähigkeit verschulden. Nach einer von uns im Sommer aufgenommenen Statistik beschäftigt das Werk: 55 Arbeiter, 9 Bohrer, 38 Dreher, 5 Elektromonteure, 30 Former, 4 Maschinenformer, 1 Gelbgießer, 4 Gußputzer, 4 Heizer, 4 Maschinisten, 10 Hobler, 4 Kernmacher, 10 Kesselschmiede, 1 Kranführer, 8 Kupferschmiede, 3 Maler und Lackierer, 1 Sattler, 51 Schlosser, 33 Schmiede, 25 Tischler, 3 Werkzeugmacher, 4 Zimmerer, in Summa 303 Arbeiter. Zur Leitung dieser 303 Arbeiter beschäftigte das Werk: 3 Direktoren, 1 Betriebsleiter, 1 Direktionssekretär, 30 Techniker, 11 Meister, 2 Vorarbeiter, 32 sonstige Kontorangestellte, in Summa 80 Beamte. Außerdem „bildete" das Werk 88 Lehrlinge aus. Auf alle Fälle wäre es angebracht, hier einmal nach dem Rechten zu sehen und nicht so vorzugehen, wie es in der elektrischen Abteilung vergangene Woche vorgekommen ist. Kam da der Meister und Betriebsleiter an die dort beschäftigten Dreher mit einem Ansinnen, das man aus folgendem an die Direktion gesandten Bericht ersehen kann: „Am Sonnabend den 17. 10. 08 wurde den Drehern seitens der Herren Meister Kelmes und Betriebsleiter Brünig eröffnet, daß fortan, um konkurrenzfähig zu bleiben, Akkordabzüge vorgenommen werden müßten. Auf die Frage, was denn eigentlich abgezogen werden solle, wurde erklärt, mindestens 10 Prozent. Als jedoch den Drehern die Akkordzettel ausgehändigt wurden, fanden sie Akkordabzüge von 15 bis 38 Prozent. Nach reiflicher Prüfung erklärten die Dreher einmütig, diese Abzüge nicht akzeptieren zu können, zumal sie durch das Zweibank-, sogar Dreibanksystem an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit angelangt seien. Hinzu komme noch, daß für Arbeiten an der zweiten Bank sowieso 30 Prozent Abzug erfolge und daß sie ihre Stähle selbst schmieden müßten. Diese in ruhigem Tone vorgetragenen Argumente vermochten aber nichts auszurichten, indem der Meister Kelmes kategorisch erklärte: Nun, wenn Sie die Arbeit für diesen Preis nicht machen wollen, habe ich keine Arbeit mehr für Sie. Da diese Angelegenheit nicht gemäß der seinerzeit getroffenen Einigungsbedingungen behandelt worden ist, so wird die Direktion höflichst ersucht, diese Frage erneut zu prüfen, und dabei auf den fraglichen Abschnitt 4b der Vereinbarungen hingewiesen, der wie folgt lautet: Bestehende und vereinbarte Akkordpreise werden nur dann einer Reduktion unterzogen, wenn diese durch die Änderung in der Konstruktion oder Arbeitsmethode begründet ist. Dieselben gelten dann auf mindestens sechs Monate und werden Veränderungen nur nach vorausgegangener Vereinbarung vorgenommen." — Wer nun glaubt, der offenbare Verstoß gegen die seinerzeit unter schweren Opfern abgeschlossenen Vereinbarungen würde wieder gut gemacht, irrt sich gewaltig, wie nachfolgende Antwort zeigt: „Auf Ihr gefälliges Schreiben vom 26. d. Mts. erwidere ich höflichst, daß ich davon Abstand nehmen muß, mit Ihnen in der angeführten Sache zu verhandeln. Die Erörterung der übrigens unrichtig dargestellten Angelegenheit ist zurzeit auch unnötig, da es der elektrischen Abteilung an Arbeit mangelt." Da man den Beteiligten nunmehr noch unterschob, unrichtige Angaben gemacht zu haben, wurde der Versuch gemacht, eine Unterhandlung mit der Direktion anzubahnen, worauf die Direktion einging. In dieser Verhandlung mußten die Dreher aber gewahr werden, daß von einer Anordnung der Abzüge durch die Direktion nicht die Rede sein kann, sondern daß der Meister Kelmes aus sich heraus dies betrieb. Trotzdem konnte sich aber die Direktion nicht dazu aufraffen, diese ungerechte Maßregel wieder rückgängig zu machen, sondern sie erklärte, nun die Dreherei in der elektrischen Abteilung eingehen zu lassen, zumal die Arbeit in der alten Dreherei billiger hergestellt würde. Dem Hinweis auf den Verstoß gegen die (vorstehend erwähnten) Einigungsbedingungen glaubte man zur Genüge damit begegnen zu können: „Ja, das ist eine Neukalkulation." Daß dies als eine Verlegenheitsausrede anzusehen ist, steht unzweifelhaft fest, denn gerade wenn man neu kalkulierte, hatte man die Pflicht (Abschnitt 4b), mit den Arbeitern vorher die Verständigung zu suchen, und nicht wie es nun geschehen ist, ihnen einfach die Pistole auf die Brust zu setzen. Um den noch im Betrieb beschäftigten Arbeitern einen objektiven Bericht über diese Angelegenheit zu geben, war auf Freitag den 30. Oktober eine Werkstattversammlung einberufen, in der Kollege O. Hammerschmidt eine gebührende Kritik an dem von der Firma beliebten Verfahren übte. Wie die noch im Betrieb Beschäftigten diese Handlungsweise beurteilen, zeigt folgende einstimmig angenommene Resolution: „Die am 30. Oktober 1908 im Odeon stattgefundene Werkstattversammlung der Arbeiter der Braunschweigischen Maschinenbauanstalt nimmt Kenntnis von der in der elektrischen Abteilung ausgebrochenen Differenz. Die Versammelten protestieren gegen die geübte Methode der Lohndrückerei und betrachten dies als einen Verstoß gegen die seinerzeit getroffenen Einigungsbedingungen. Da die sofort eingeleiteten Schlichtungsversuche resultatlos verlaufen sind, beauftragen die Versammelten die in Frage kommenden Organisationsleitungen, diese Angelegenheit zur Klarstellung durch die Presse der Öffentlichkeit zu übermitteln und zugleich dem Verein Braunschweiger Metallindustrieller zur Kenntnis zu bringen. Die Versammelten können die von den drei Kollegen eingenommene Haltung nur billigen und betrachten deren Entlassung als eine Maßregelung." Da dieses Werk auch die Gepflogenheit hat, in aller Herren Länder Arbeiter zu suchen, liegt es im eigenen Interesse jedes Einzelnen, vor Arbeitsannahme auf diesem Werk zuverlässige Erkundigungen einzuholen.

Bremen. (Der Kampf der Heizungsarbeiter.) Wie in verschiedenen anderen Berufen, so stand der Deutsche Metallarbeiter-Verband seit drei Jahren auch mit den hiesigen Heizungsindustriellen im Vertragsverhältnis. Der Vertrag wurde im Jahre 1905 mit einem Grundlohn von 55 ₰ pro Stunde für Monteure und 43 und 45 ₰ für Helfer abgeschlossen. Die nächsten Jahre der Hochkonjunktur brachten in fast allen Betrieben der Metallindustrie eine Erhöhung der Stundenlöhne mit sich. Diese Verbesserungen dehnten sich zum Teil auch auf die Heizungsarbeiter aus. Der Durchschnittslohn für Monteure stieg im Jahre 1908 auf 62 ₰ und der der Helfer auf (auch gelernte Schlosser) 46 ₰ pro Stunde. Der Vertrag bestand also drei Jahre. Da nun auch das Bestreben bestand, den Vertrag wieder auf einige Jahre abzuschließen, waren die Forderungen der Arbeiter auch dementsprechend eingerichtet. Früh genug, am 12. September, wurden den Unternehmern die Wünsche der Arbeiter unterbreitet. Der so eingesandte Tarif wurde aber am 14. September bereits wieder zurückgesandt, und zwar mit der Motivierung, daß er für den Zweck einer Verhandlung nicht geeignet sei. Am 13. Oktober teilte man uns mit, daß am 19., also kurz vor Torresschluß, eine Verhandlung stattfinden solle. Die erste Verhandlung zerschlug sich, da eine Verständigung über die Entschädigung nach außerhalb 2c. nicht zu erzielen war. Obwohl gerade in den meisten Städten, wo von hier aus Heizungsanlagen ausgeführt werden, die Preise für Wohnen, Essen 2c. ganz enorm gestiegen sind, die Unternehmer auch wissen, daß sie selbst mit 20 M. und mehr kaum auskommen können, so sollte unbedingt an den 2,50 M. beziehungsweise 3 M. im näheren Umkreis von Bremen geknapst werden. Da verschiedene Firmen fast nur außerhalb Bremens Arbeiten ausführen, konnte man die hartnäckige Verteidigung dieser Position verstehen. Wer die Preise der Heizungsfirmen kennt und weiß, wie die meisten Firmen gestellt sind, der gönnt sicher auch den Monteuren und Helfern einen solchen Lohn, von dem sie auskömmlich leben können. Am 23. Oktober sandten dann die Unternehmer den ihrerseits ausgearbeiteten Vertragsentwurf ein. Gleichzeitig teilten sie mit: „Sollten Ihrerseits über den von uns endgültig beschlossenen Vertragsentwurf noch irgend welche Aufklärungen gewünscht werden, so wird vor diesem gestellten Termine 2c. noch Auskunft gegeben." Dieser von den Unternehmern eingesandte Vertrag wurde in einer Versammlung der Heizungsarbeiter einstimmig abgelehnt und die Verbandsleitung beauftragt, weitere Verhandlungen anzubahnen. Der von den Unternehmern bewilligte Grundlohn von 60 ₰ wurde als vollständig unzureichend bezeichnet, da die Durchschnittslöhne schon höher waren. Am Sonnabend den 31. Oktober fand dann eine abermalige Verhandlung mit den Unternehmern statt. Beide Teile versuchten ihr bestes; auch wurden die Verhandlungen mit großer Ruhe und Sachlichkeit geführt. Neben den übrigen Punkten war die Lohnfrage eine der wichtigsten. Da schon Stundenlöhne bis zu 69 ₰ bezahlt wurden, sollten 70 ₰ als das Mindeste nebst Bauzulage 2c. festgelegt werden, da dies schon ein gewaltiges Nachlassen gegenüber den ursprünglichen Forderungen bedeutete, hofften die Arbeiter auf Entgegenkommen. Die Unternehmer erklärten, weitere Zugeständnisse nicht machen zu können. Sie verständigten sich auf folgendes: Für die Zeit nach dem 1. November 1909 soll durch ein alsdann in Gemäßheit des § 10 zu bildendes Schiedsgericht Beschluß darüber gefaßt werden, ob sich die Verhältnisse im Heizungsfach so geändert haben, daß eine Aenderung der in § 2 festgelegten Lohnsätze erforderlich erscheint. Da dieser Paragraph so viel wie nichts bedeutet, bestanden die Arbeiter auf einem höheren Grundlohn. Sie machten mit Recht geltend, daß sie ihren Kollegen in Hamburg, Kiel 2c. gleichstehen müßten, da die Lebensbedingungen hier dieselben seien, Bremen mit zu den teuersten Plätzen gehöre. Das, was die Hamburger, die auch in Bremen Bauten ausführen, bezahlen, könnten die Bremer Firmen auch bezahlen. Da die Unternehmer schon bei den Verhandlungen sagten, ohne Vertrag würde nicht gearbeitet; wenn das Anerbieten nicht angenommen würde, würde ausgesperrt, waren die Dinge also schon sehr gespannt. Die Kommission legte am Sonnabend den Heizungsarbeitern das so Besprochene vor. Nach langer Debatte wurde das Anerbieten mit 123 gegen 7 Stimmen abgelehnt. Da eine Firma den Arbeitern direkt erklärte, sie dürfen nicht weiter arbeiten, da sie den Vertrag abgelehnt haben — das ist gestern beschlossen —, waren die Unternehmer einig, die Arbeiter auszusperren. Wir werden ja sehen, ob die Unternehmer noch Entgegenkommen zeigen, die Arbeiter sind dazu jedenfalls bereit.

Dresden. Die hiesige Verwaltungstelle des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes hielt am 22. Oktober im Kristallpalast ihre Generalversammlung ab, zu der 511 Delegierte erschienen waren. Den Tätigkeitsbericht vom dritten Quartal erstattete Kollege Föller. Er gab zunächst einen kleinen Rückblick, wie unter dem System der Einzelmitgliedschaft gearbeitet werden mußte, und wies nach, daß es den Mitgliedern auch als Einzelmitglieder möglich gewesen ist, auf die Leitung der Verbandsgeschäfte am Orte einen Einfluß auszuüben und daß nicht der Vorsitzende schalten und walten konnte, wie er wollte. Zum Bericht selbst bemerkte Föller, daß auch das dritte Quartal unter dem Zeichen der immer mehr zunehmenden Krisis stand. Während am 1. April 316 Kollegen arbeitslos waren, waren es am 1. Juli 618 und am 1. Oktober 715 arbeitslose Kollegen. Hinzu kommen noch die vielen Kollegen, die teilweise sehr verkürzt arbeiten müssen. Lohnbewegungen konnten keine durchgeführt werden, doch ist es gelungen, die Lohnreduktionen zum größten Teil abzuwehren. Für die Branche der Heizungsmonteure und Helfer wurde von der Organisation mit dem Verband der Heizungsindustrieller ein neuer Tarif auf die Dauer von zwei Jahren abgeschlossen. Der Tarif enthält eine ganze Anzahl von Verbesserungen. Um die Mitgliederzahl zu halten, wurde das Hauptaugenmerk auf eine durchgreifende Agitation gerichtet. Der Schwerpunkt der Agitation ist in die „Branchen", von denen wir jetzt in Dresden 15 haben, verlegt. Die Branchenvertreter kommen in bestimmten Zeiträumen zu Sitzungen zusammen und beraten dort über die vorzunehmende Agitation. Von den öffentlichen Agitationsversammlungen wurde abgesehen, dafür mehr Branchen- und Betriebsversammlungen abgehalten. Daß nach dieser Richtung hin gearbeitet worden ist, beweist, daß im dritten Quartal 800 Sitzungen und Versammlungen, an denen sich zirka 10000 Kollegen beteiligt haben, stattfanden. Des weiteren wurde mit der Hausagitation begonnen und ist auch hier der Erfolg nicht ausgeblieben. Generalversammlungsvertreter wurden in 105 Versammlungen 621 gewählt. Leider waren wir auch gezwungen, gegen fünf Kollegen, die sich am Streik bei der Firma S. & N. beteiligt haben, ein Schiedsgericht einzusetzen. Die Kollegen, die ihrem Alter entsprechend ganz kurze Zeit organisiert waren, erhielten in der Zeit vom 6. April 1907 bis 2. Mai 1908, also in einem Zeitraum von etwas über einem Jahre, nachstehende Unterstützungen: 923,15 M, 803,70 M, 808,60 M, 712,20 M, 740 M. Einige von ihnen haben noch nebenbei etwas gearbeitet. Nach Einstellung der Unterstützungen wurden die Verbandsbeamten auf das niedrigste verdächtigt und verleumdet, so daß wir den Leuten durch ein Schiedsgericht Gelegenheit geben mußten, ihre Verleumdungen zu beweisen. Statt dessen traten aber die Führer in der Sache aus dem Verbande aus und ist dadurch die Angelegenheit erledigt. Die Fluktuation war im dritten Quartal eine große, es war ein Zugang von 939 und ein Abgang von 800 zu verzeichnen, unter letzteren befinden sich 323 Abgereiste. Die Mitgliederzunahme beträgt demnach im dritten Quartal 139, der Gesamtbestand war 12037, darunter 442 weibliche und 300 jugendliche Mitglieder. Beim Kassenbericht, der vom Kollegen Itterlein erstattet wurde, fiel besonders die Arbeitslosenunterstützung auf. Diese betrug im dritten Quartal 31584,46 M gegenüber 7804,58 M im gleichen Quartal des vorigen Jahres. Im ganzen wurden in den drei Quartalen dieses Jahres 91431,91 M und in den drei Quartalen von 1907 23684,90 M Arbeitslosenunterstützung bezahlt, dies ist in diesem Jahr ein Mehr von 67747,01 M. Die Gesamteinnahme für die Hauptkasse betrug 80871,55 M, für die Lokalkasse 76122,42 M (inklusive 46829,37 M Kassenbestand vom vorigen Quartal). — In der Debatte über den Bericht teilte Kollege Mende mit, daß berichtet worden sei, der Kollege Haack habe aufgefordert, nicht mehr für die Partei tätig zu sein, auch sollte nicht mehr für die Parteipresse agitiert werden. Der Parteisekretär Kollege Kahmann erklärte darauf, daß sich eine Sitzung bereits mit der ganzen Angelegenheit befaßt habe, er könne nur mitteilen, daß sich die ganzen Gerüchte, die gegen den Kollegen Haack verbreitet worden sind, als vollkommen unwahr erwiesen haben und daß alles in sich zusammengefallen sei. Die Genossen Sindermann und Nitzsche schlossen sich dem vollinhaltlich an. Die beiden Genossen fragten noch an, wie sich die Verwaltung Dresden zur Wiederaufnahme der Lokalorganisierten stelle, da diese durch den Parteitagsbeschluß in eine andere Lage gekommen sind. Kollege Haack ging auf seine Angelegenheit ein und wies nach, daß er sich bei seinem Vortrag über das Reichsvereinsgesetz nur an die Ausführungen gehalten habe, die im Reichstag gemacht worden und auch in dem Kommentar zum Reichsvereinsgesetz von W. Heine enthalten sind; er wies ferner nach, daß er direkte Vorschläge gemacht habe, wie am besten für die Arbeiterpresse agitiert werden kann, da diese, ebenso wie die Partei, für die Gewerkschaften von allergrößter Bedeutung sei. Kollege Scheffler wendete sich auch scharf gegen die Art und Weise, wie man so von hinten herum Gerüchte weiterverbreite, denen die Lüge schon an der Stirn geschrieben steht. Jetzt werde schon versucht, auch seine Person mit hineinzuziehen; es sei bedauerlich, daß sich Parteigenossen und Gewerkschaftskollegen zu solchen Zwischenträgereien hergeben, anstatt sich direkt an die richtige Schmiede zu wenden. Mehrere Kollegen wünschten noch, daß die Verwaltung über die Zahl der Leser der Dresdener Volkszeitung, über die Zugehörigkeit zur Partei u. s. w., unter den Mitgliedern statistische Erhebungen veranstalte. Kollege Föller teilte in bezug auf die Übertrittsbedingungen der Lokalorganisierten mit, daß ihnen heute schon die Möglichkeit zum Übertritt gegeben ist, wenn sie sich melden. Es sind bis jetzt schon eine Anzahl übergetreten und ist noch niemand zurückgewiesen worden. Erst müssen von den Lokalorganisierten Anträge gestellt werden, ehe man dazu Stellung nehmen kann. Mit der Tätigkeit der Ortsverwaltung war man einverstanden und es wurde dem Kassierer einstimmig Decharge erteilt. Unter Verbandsangelegenheiten wurde der Antrag der Ortsverwaltung: für zwei Hilfsträger einen Beitragssammler anzustellen, einstimmig angenommen.

Friedrichsroda. Die Kinderkarussellfabrik von Joh. Schönau will zeigen, daß sie auch auf der Höhe der Zeit steht. Die Krise hat ja überall Abzüge, schlechte Behandlung der Arbeiter und ähnliches im Gefolge. Herr Schönau und sein direkt importierter Geschäftsleiter Gittler wollen nun nicht hinter den anderen zurückstehen, es könnte sonst dem Renommee der Firma schaden. Es ist für ein kleines Geschäft von 20 Arbeitern immer etwas mehr als zuviel, wenn vier Vorgesetzte da sind. Die 200 M für einen „Betriebsleiter" müssen auch verdient werden und da er selbst doch keine Zeit dazu hat, müssen es die Arbeiter mit herausbringen. Der Chef läßt seinen Ärger über das viele unnütz verausgabte Geld an den Arbeitern aus, der Betriebsleiter sucht, um sich zu halten, Verbesserungen zu machen, und da jeder die Verbesserungen trifft, zu denen er die Fähigkeit besitzt, so probiert es Herr Gittler mit Akkordreduzierungen u. s. w. Jeder treibt eben das, was er gelernt hat. Kürzlich wurden einem Arbeiter für ein paar Stück verbranntes Eisen im Werte von 1 M, die aber noch verbraucht wurden, 4 M abgezogen; dabei hatte der Arbeiter, der in der Zwischenzeit zugeschlagen, keine Schuld. Früher, als die Akkorde festgesetzt wurden, war der Lohn garantiert für den Fall, daß weniger verdient wurde, jetzt gibt es einfach nichts mehr. Herr Schönau spricht ganz kurz: „Wenn ihr's nicht machen wollt, habe ich in 24 Stunden die Bude wieder voll." Dabei hat er die Kühnheit, sich an die Verwaltungstellen des Verbandes zu wenden, um Leute zu erhalten. Der frühere Heizer, der von der Firma erst angelernt wurde und ein großer Schmarotzer war, verstand es, sich schadlos zu halten; bei einer Haussuchung wurden nur 12 bis 15 Sack Briketts, die in zirka 14 Tagen von der Firma „entnommen" waren, zutage gefördert, die paar Fuhren andere Materialien wie Lack, Breiter, Werkzeug 2c. gar nicht zu rechnen. Aber der Buchhalter hatte, als der Verdacht gegen den Heizer laut wurde, behauptet, so was macht dieser nicht. Der Buchhalter war nämlich früher Gendarm und wohnt im nächster Nähe der Fabrik, also mußte er's ja wissen. Daß bei der Zerfahrenheit im Betriebe, bei der Antreibung durch 4 Vorgesetzte und bei den immerwährenden Abzügen und der so liebevollen Behandlung, wie sie bei Joh. Schönau herrscht, die Bude der reine Taubenschlag ist, darf nicht wundernehmen. Bei zirka 20 Arbeitern waren dieses Jahr bis jetzt mehr als hundert Neuanmeldungen zur Ortskrankenkasse erfolgt, eine stattliche Zahl. Wir ersuchen die Kollegen, auf die Arbeitergesuche der Firma nicht hereinzufallen, die Enttäuschung bliebe nicht aus.

Kiel. Am 27. Oktober wurde im Kaisersaal zu Gaarden eine sehr zahlreich besuchte Versammlung der Arbeiter der Kaiserlichen Werft abgehalten. Auf der Tagesordnung stand: „1. Das Antwortschreiben des Reichsmarineamts an den Reichstagsabgeordneten E. Legien auf dessen Eingabe betreffs des Arbeitsnachweises

des Nationalen Arbeitervereins. 2. Welche Stellung nahmen die Arbeiter der Kaiserlichen Werft zu dem Antwortschreiben ein?" Der Referent, Genosse Kuhnt, vom Deutschen Metallarbeiter-Verband führte unter anderem folgendes aus: „Als wir uns vor sechs Wochen mit dem Arbeitsnachweis des Nationalen Arbeitervereins befaßten und das Tun und Treiben des Herrn Berger einer scharfen Kritik unterzogen, da brauste es wie ein Sturm der Entrüstung durch die Versammlung. Mit Recht erscholl der tausendstimmige Ruf: „Fort mit dieser unwürdigen Arbeitsvermittlung!" In der damaligen Versammlung wurde eine Resolution angenommen, die die Vertreter der Organisation aufforderte, den Genossen Legien zu ersuchen, sich betreffs des Arbeitsnachweises mit dem Reichsmarineamt in Verbindung zu setzen. Diesen Beschluß der Versammlung haben wir zur Ausführung gebracht. Wir haben das sämtliche Material dem Genossen Legien übergeben, der alsdann folgendes Schreiben an das Reichsmarineamt sandte: „Im Auftrage der Mehrheit der Arbeiter der Kaiserlichen Werft in Kiel habe ich Ew. Exzellenz das Folgende ergebenst zu unterbreiten. Bisher hat die Kaiserliche Werft die einzustellenden Arbeiter ausschließlich durch die öffentliche Arbeitsnachweisstelle in Kiel bezogen. Nunmehr ist die Arbeitsvermittlung für die Kaiserliche Werft dem Nationalen Arbeiterverein Kiel von 1898 übertragen. Da nach der eigenen Angabe der Leiter des Nationalen Arbeitervereins diese Vereinigung eine politische Organisation ist, so dürfte schon aus diesem Grunde es ungerechtfertigt erscheinen, ihr die Arbeitsvermittlung zu übertragen. Die Arbeitsnachweisstelle des Nationalen Arbeitervereins begnügt sich aber nicht damit, die sich meldenden Arbeiter der Kaiserlichen Werft zuzuweisen, sondern benutzt die Arbeitsvermittlung dazu, die Mitglieder der gewerkschaftlichen Organisation zum Austritt aus dem Verband zu veranlassen." In der Eingabe werden sodann die bereits von uns veröffentlichten Einzelheiten über die Einrichtung der von den „Nationalen" ausgeübten Arbeitsvermittlung des näheren erläutert. Weiter heißt es in dem Schreiben Legiens „Da es nicht die Absicht der Reichsmarineverwaltung sein kann, in der eben geschilderten Weise den Arbeitern, die sich um Arbeit auf der Kaiserlichen Werft bewerben, das ihnen reichsgesetzlich zustehende Koalitionsrecht zu nehmen oder zu schmälern, so glaube ich annehmen zu dürfen, daß dem Herrn Staatssekretär diese Vorgänge nicht bekannt sind. Von einer Beschwerdeführung bei dem Herrn Oberwerftdirektor seitens des Arbeiterausschusses glaubten die auf der Kaiserlichen Werft beschäftigten Arbeiter absehen zu müssen, weil anscheinend der Herr Oberwerftdirektor mit der Uebertragung der Arbeitsvermittlung an den Nationalen Arbeiterverein einverstanden ist, wie sich aus folgendem auf den Kriegsschiffen der Kieler Marinestation angeschlagenen Stationsbefehl ergibt: ‚Stationsbefehl Nr. 242. v. 1. 9. 08. Abs. XIII. Arbeitsnachweis: Für zur Entlassung kommende Mannschaften empfiehlt sich, falls sie bei der Kaiserlichen Werft in Kiel in Arbeit zu treten beabsichtigen, sich an den Arbeitsnachweis des Nationalen Arbeitervereins von 1898, Kiel, Ellerbeck, Franziusallee 69, zu wenden.' Der Nationale Arbeiterverein erfreut sich bei der Mehrheit der Arbeiter der Kaiserlichen Werft in Kiel keinerlei Sympathien. Die Arbeiter sind vielmehr der Meinung, daß nicht innerste Ueberzeugung die Mitglieder dieses Vereins beseelt, sondern daß die Vereinszugehörigkeit nur dazu dienen soll, den Vereinsmitgliedern eine bessere Arbeitsstelle auf der Werft und größere Sympathie bei den Vorgesetzten zu verschaffen. Es ist deshalb erklärlich, daß die Mehrheit der Arbeiter sich mit aller Entschiedenheit gegen die Uebertragung der Arbeitsvermittlung für die Kaiserliche Werft an den Nationalen Arbeiterverein wendet. ... Wenn die Arbeitsvermittlung dem Nationalen Arbeiterverein verbleiben sollte, so ist eine Verschärfung der ohnehin bestehenden Differenz zwischen der Mehrheit der auf der Kaiserlichen Werft in Kiel beschäftigten Arbeiter, die den gewerkschaftlichen Organisationen angehört und den Mitgliedern des Nationalen Arbeitervereins sowie den durch den Arbeitsnachweis dieses Vereins einzustellenden Arbeitern unvermeidlich. Dies kann aber weder im Interesse der Werftverwaltung, noch der Reichsmarineverwaltung liegen. Ferner ist zu beachten, daß intelligente Arbeiter, die sich infolge der herrschenden Arbeitslosigkeit dem von den Nationalen Arbeiterverein und seinem Arbeitsnachweis ausgeübten Druck fügen, bei einer Besserung der Konjunktur der Kaiserlichen Werft wieder den Rücken kehren. Da aber die Schiffsbauanstalten im allgemeinen und der Marineschiffsbau im besonderen intelligenter Arbeiter bedarf, so muß die gegenwärtige Praxis zu einer qualitativen Herabminderung des Arbeiterstandes der Reichswerften führen. Auch dieser Umstand sollte die Reichsmarineverwaltung veranlassen, dem Nationalen Arbeiterverein nicht Vorrechte bei der Besetzung der Arbeitsstellen auf der Kaiserlichen Werft einzuräumen. Hierzu kommt, daß der Arbeitsvermittler des Nationalen Arbeitervereins, Herr Berger, den sich zur Arbeit Meldenden erklärt hat, sie würden dauernde Beschäftigung auf der Werft erhalten und sie sollten sich falls sie die Kündigung erhielten, an ihn wenden und könne er ihnen auf das Bestimmteste versichern, daß sie trotz Kündigung die Arbeitsstelle auf der Kaiserlichen Werft behalten würden. Es würden somit Arbeitskräfte, die von den Werkführern und Vorarbeitern als ungeeignet erachtet werden, auf der Werft verbleiben, nur weil sie dem Nationalen Arbeiterverein angehören oder ihre Arbeitsstelle durch den Arbeitsnachweis dieses Vereins erhalten haben. Das bedeutet eine systematische Herabminderung der Qualität der Arbeiterschaft der Kaiserlichen Werft. Aus diesen Gründen bitte ich Ew. Exzellenz, den Herrn Oberwerftdirektor in Kiel, der anscheinend die erwähnte Maßregel getroffen hat, anweisen zu wollen, diese wieder zurückzunehmen. Ferner bitte ich, mir mitteilen zu wollen, wann ich im Reichsmarineamt vorstellig werden kann, um etwaneid die vorstehenden Ausführungen mündlich zu ergänzen, um zu verhindern, daß eine die Leistungsfähigkeit der Kaiserlichen Werft herabmindernde Maßregel aufrecht erhalten bleibt." — Recht lange hat es gedauert, so führte Kuhnt aus, bis eine Antwort auf das Schreiben eintraf. In dieser Zwischenzeit hatte sich auf der Werft dann folgendes abgespielt. Der Anschlag, nach dem die Reservisten aufgefordert wurden, sich wegen Arbeit an den Nachweis der Nationalen zu wenden, sei herausgerissen worden. An seine Stelle sei ein neuer Anschlag gekommen, in dem die Reservisten aufgefordert wurden, sich an das Arbeitsamt zu wenden. Auch bei der Arbeitsvermittlung durch den Nachweis der Nationalen sei insofern eine Aenderung eingetreten, indem die erwähnten Leuten jetzt folgenden Text haben: „Kiel, den 29. Oktober 1908. Ueberbringer dieses, Schlosser X. U., wird hiermit zur Annahme empfohlen. Der Arbeitsnachweis des Nat. Arb.-Ver. Kiel v. 1898." Der frühere Satz der Karte ist also abgetrennt. Die Worte: „An die Kaiserliche Werft Kiel" fehlen. Desgleichen sind die Worte „infolge Ihrer Anfrage" auf der Karte gestrichen. Durch dieses Umänderungsmanöver will man noch anscheinend den Anschein erwecken, als wenn die Vermittlung direkt nichts mehr mit dem Nachweis zu tun habe. Dieser moralische Erfolg könne nur begrüßt werden, da er beweise, daß das Vorgehen der Arbeiterschaft nicht wirkungslos war. Mit dieser Umänderung aber ist die Angelegenheit keineswegs erledigt, denn es werden ja auch jetzt noch die Leute besorgt, die vom Nachweis der Nationalen kommen. Die Arbeitsvermittlung ist demnach nach wie vor eine unsaubere. In dieser Angelegenheit hätte das Reichsmarineamt sicherlich auch die Direktion unterrichten sollen. Herr v. Tirpitz hatte dem Reichstagsabgeordneten Legien entgegnen müssen: „Ihre ausgesprochenen Ansichten treffen zu. Wir tragen den Wünschen der Arbeiter Rechnung: die Arbeitsvermittlung soll wieder wie früher geschehen." Diese Antwort ist jedoch nicht erfolgt. Dem Genossen Legien ist vielmehr auf seine Eingabe folgendes Antwortschreiben zugegangen: „Der Staatssekretär des Reichsmarineamts. Berlin, den 14. Oktober 1908. Auf das Schreiben vom 22. September 1908. Gemäß § 8 Ziffer 2 der Arbeitsordnung haben die Arbeiter Wünsche und Beschwerden allgemeiner Natur durch den zuständigen Arbeiterausschuß zur Kenntnis der vorgesetzten Dienststellen zu bringen. Ich bedauere deshalb, auf jede hiervon abweichende Art und Weise der Vorbringung solcher Wünsche und Beschwerden grundsätzlich nicht eingehen zu können. In Vertretung: Trendelenburg." Der Arbeiterausschuß ist demnach jetzt die Körperschaft, die die Angelegenheit eines angeht. Früher hieß es dagegen [illegible] daß der Ausschuß derartige Fragen nichts angingen, so noch bei der letzten allgemeinen Eingabe. Wenn das Reichsmarineamt jetzt zu anderer Ansicht gelangt ist und die Direktion in Kiel dem zustimmt, so soll uns dies ebenfalls recht sein. Es drängt sich nun aber die Frage auf, was jetzt tun? Die Vertreter der Gewerkschaften hätten ihre Pflicht erfüllt, desgleichen der Genosse Legien. Der Massenbesuch der Versammlung zeuge davon, daß die Arbeiter nach wie vor für ihre arbeitslosen Kollegen eintreten. Sache der Versammlung sei es, zu entscheiden, ob der Ausschuß nunmehr den offiziellen Auftrag erhalten solle, mit dem Oberwerftdirektor bezüglich der ganzen Angelegenheit zu verhandeln. Er, Redner, empfehle diesen Weg. Es handle sich darum, die Bahn frei zu machen, damit, wenn die Sache im Reichstag zur Verhandlung kommt, dem Staatssekretär des Reichsmarineamts jede Ausrede genommen sei. Seinerzeit sei wohl von den Ministern erklärt worden, daß man betreffs des Koalitionsrechts liberaler handeln wolle. Das jetzige Vorkommnis zeuge gerade vom Gegenteil. Es zeige sich wieder, daß unsere Abgeordneten recht hatten, als sie dem Minister zurieten: „Die Botschaft hören wir wohl, allein uns fehlt der Glaube!" — An der Diskussion beteiligten sich mehrere Kollegen. Fast alle empfahlen, dem Ausschuß die Sache zu übertragen. Mit Recht wurde von einem Redner hervorgehoben, daß die Mitglieder der freien Gewerkschaften durch ihre Intelligenz und Arbeitskraft der Werft und dem Staate gegenüber ihre volle Schuldigkeit getan hätten. Deshalb verlangten sie auch, als gleichberechtigte Staatsbürger behandelt zu werden, und nicht als Bürger zweiter Klasse. Einen recht sonderbaren Standpunkt nahm der Oberhirsch Haefke ein. Der gute Mann betonte, daß die Hirsche der ganzen Angelegenheit in reservierter Haltung gegenüberständen; sie kümmerten sich um diese Sache nicht. Mitglieder hätten sie durch das Verhalten des Herrn Berger noch nicht erhalten. Dieser Oberhirsch hat also kein Wort der Kritik an dem Treiben der Nationalen. Statt dessen hatte der Herr etwas anderes auf Lager. Er betonte nämlich mit vollem Brustton, daß Mitglieder des Ausschusses Mitglieder der sozialdemokratischen Partei seien, trotzdem hätten sie bei der Geburtstagsfeier des Kaisers ein Hoch ausgebracht. Der Mann benutzte demnach die Redefreiheit, um die Ausschußmitglieder zu denunzieren. Ein echtes Hirschenstück! Kollege Garbe und andere Redner nahmen denn auch Veranlassung, das Gebaren dieser Helden der gebührenden Kritik zu unterziehen. Von dem Arbeiter Hohmann wurde sodann folgende Resolution eingereicht und begründet: „Die heutige Versammlung nimmt Kenntnis von den Arbeiten der Vertreter der Organisationen sowie von der Eingabe des Reichstagsabgeordneten Legien an das Reichsmarineamt, desgleichen von dem Antwortschreiben des letzteren. Die Versammlung spricht den Organisationsvertretern sowie dem Reichstagsabgeordneten Legien für ihre Bemühungen ihre Anerkennung aus. Die Arbeiter bedauern jedoch, daß das Marineamt die Angelegenheit betreffs des Arbeitsnachweises nicht endgültig mit dem Abgeordneten Legien erledigt hat. Da das Reichsmarineamt in seinem Schreiben den Wunsch ausspricht daß die Sache dem Arbeiterausschuß zwecks Regelung übertragen werden soll, beauftragt die heutige Versammlung den Arbeiterausschuß, das gesamte in Betracht kommende Material dem Oberwerftdirektor zu übermitteln und diesen zu ersuchen die Arbeitsvermittlung wieder so zu gestalten, wie es vor Errichtung des Nachweises des Nationalen Arbeitervereins der Fall war. Die Versammlung gibt sich der Hoffnung hin, daß die Werftdirektion im Interesse des sozialen Friedens dem berechtigten Wunsch der Arbeiter Rechnung trägt." Die Resolution fand mit allen gegen zwei Stimmen Annahme. Beschlossen wurde weiter, daß der Ausschuß in einer demnächstigen Versammlung Bericht erstatten soll.

Nürnberg. (Wie sich die Gelben blamieren.) Eine Schauermär um die andere lassen die Gelblinge der hiesigen Siemens-Schuckertwerke in ihrem Leibblatt los, weil sie trotz aller gemeinen Denunziationen, Schikanen und allen möglichen Lockmitteln, die sie gegenüber den frei Organisierten anwenden, keinen Erfolg aufzuweisen haben. Die Gelben werden nicht mehr, sondern täglich weniger. Es wird mir niemand zumuten, auf alle ihre Anpöbelungen einzugehen, deshalb soll nur das, was sie in Nr. 43 schreiben, etwas näher beleuchtet werden. Da schreibt man in einem Artikel von einem Brief, den ich an einen Arbeiter der Maschinenfabrik geschrieben und worin ich mich auf Schuckertsche Verhältnisse bezogen haben soll. Einige Sätze hat man herausgerissen und die üblichen Glossen dazugemacht. Das verzeihe ich dem Artikelschreiber, aber daß man meine Lachmuskeln so in Anspruch nimmt, grenzt dem doch schon an Körperverletzung. In zwei Wochen sollen auf diesen Brief hin 40 Kollegen der Abteilung des betreffenden Gelben bei der Maschinenbaugesellschaft aus dem Deutschen Metallarbeiter-Verband ausgetreten sein. Leider kann ich nicht umhin, die Gelben etwas zu ärgern, denn bei Klett (also in der Maschinenbaugesellschaft) sind im ganzen Jahre keine 20 Kollegen aus dem „roten" Verband ausgetreten. Es ist dies ja bitter für die Gelben, aber um so erfreulicher für uns. Die Hoffnung, daß auch bei der Maschinenbaugesellschaft die Gelben bald so stark sein mögen wie bei Schuckert, wird nicht in Erfüllung gehen, weil man dort nicht so viel überflüssiges Bureaupersonal und so viel Putzfrauen hat. Es schreibt dann noch ein Herr B. vom „Terrorismus", der an einem gelben Musiker verübt wurde. Als ob es nicht selbstverständlich wäre, derartige Elemente zurückzuweisen, die in der Werkstätte als unsere verwerflichsten Gegner sich gebärden, aber bei Vergnügen den verhaßten Roten uns Geld etwas aufspielen möchten. Nein, wir wollen nicht nach der Pfeife der Gelben tanzen, mag nur der Herr B. recht viele Vergnügen abhalten, um seine gelben Musiker etwas verdienen zu lassen. Wir werden unsere Augen offen halten und jeden Kapellleiter zwingen, solche Kreaturen nicht bei uns spielen zu lassen. B. hätte ja den Artikel gar nicht geschrieben, wenn nicht einige seiner gelben Musiker ausgetreten wären. Es steht dann noch eine Notiz in derselben Nummer, auf die ich sicherlich nicht einginge, wenn man nicht den Deutschen Metallarbeiter-Verband und die Vertrauensleute bei Schuckert für ein Vergehen eines Mitglieds verantwortlich machen wollte. Ja, man entrüstet sich sogar darüber, daß der Betreffende auf der Vorschlagsliste der Genossen bei der Ausschußwahl gestanden habe. Dem Schreiber dieser Notiz im gelben Blatt will ich einmal das Gedächtnis etwas auffrischen. Auf Liste I, also der Liste der Gelben, stand damals an der Spitze ein gewisser Göß, dem wurde in Versammlungen und in Flugblättern vorgeworfen, daß er in einem Hause Mein und Dein zu unterscheiden vergessen hatte, ohne gerichtlich dagegen vorzugehen. Herr Göß prangte als erster auf der Liste, obwohl die erwähnte Tatsache jedem bekannt war. Herr Göß schied nachträglich, weil er für seine Verdienste, die er sich um die gelbe Sache erworben hatte, einen Posten erhielt, aus dem Arbeiterausschuß aus und sein Nachfolger Christel wurde bei der Maschinenbaugesellschaft entlassen. Warum? Weil er 1905 bei der Aussperrung in seiner Hütte Treibriemen aufbewahrte, die er nicht deshalb hingelegt hatte, weil im Lager kein Platz gewesen ist, sondern —? Diese beiden Fälle waren bekannt und vielleicht ein Grund mit, daß die beiden Herren vorne auf der Liste I standen. Waren es am Ende noch die Unschuldigsten? Von dem Vergehen unseres Kollegen war uns nichts bekannt (er hatte es damals noch nicht begangen), da wir klug genug sind, solche Leute nicht als Führer zu wählen. Ich könnte Leute anführen, die wir wegen verschiedener Route ausgeschlossen haben, die aber bei den Gelben jetzt Vertrauensmänner spielen. Also, meine Herren Gelben, nur immer schön vor der eigenen Türe kehren, da gibt es soviel Dreck, daß man stets besorgt sein muß, daß ihr einmal darinnen stecken bleibt. Wenn es euch gerade gelüstet, werde ich mit weiteren dienen können.

Franz Holzinger.

Aus dem Oberelsaß. Einer langjährigen zähen Arbeit der einzelnen Gewerkschafts- und Parteigenossen hat es bedurft, bis in den sehr stark industriell entwickelten Oberelsaß die gewerkschaftliche Organisation einigermaßen Fuß gefaßt hat. Es würde hier zu weit führen, wollte man all die Ursachen und Gründe besprechen, die mit dann schuld sind, daß das oberelsässische Industrieproletariat so lange Zeit fremd, ja mißtrauisch der gewerkschaftlichen Organisation gegenüber gestanden hat. Nur zwei Hauptgründe seien angeführt. Speziell hat es das oberelsässische Unternehmertum mit seinem treuesten Bundesgenossen, der Klerisei, verstanden, die Arbeiterschaft im chauvinistischen Sinne aufzustacheln. Man hat den Arbeitern plausibel gemacht, daß ihre Interessen sich nicht mit denen der Arbeiter „diesseits" decken dürfen. Der zweite Grund ist die leider verhältnismäßige Ueberlegenheit des patriarchalischen Verhältnisses zwischen Unternehmer und Arbeiter. Und immer hat es Leute gegeben, die auf diesen Schwindel hereingefallen sind. Durch die im Jahre 1905 in Mülhausen i. E. von den Textilbaronen verfügte Aussperrung der Textilarbeiter hat aber dieser chauvinistische und patriarchalische „Empfinden" einen schweren Stoß erhalten. Manchem sind da die Augen geöffnet worden und es hat sehen gelernt, daß er bei der gepriesenen Interessengemeinschaft den kürzeren zieht. Aber so einen Geschäftsartikel, mit dem man jahrzehntelang die Arbeiterschaft zum Nutzen der Kapitalisten am Narrenseil hat herumführen können, gibt man nicht so leicht auf. Zieht der Schwindel im gewöhnlichen Leben nicht mehr, so werden besondere Anlässe dazu benützt, den Arbeitern den alten Kohl aufzuwärmen, wie das in Gebweiler der Fall war. Bei der Hundertjahrfeier des Bestehens der Schlumbergerschen Maschinenfabrik in Gebweiler hielt der neue Statthalter von Elsaß-Lothringen, Graf v. Wedel, an die aus diesem Anlaß deputierten Arbeiter eine Ansprache, wobei er sagte: „Ihr Veteranen der Arbeit seid lebendige Beispiele der Treue, die ihr euerm Arbeitgeber gehalten und für die ihr immer seine Treue eingetauscht habt. Halter fest an diesem Grundsatz! Es sind Irrlehren, die die Interessen der Arbeitgeber und Arbeiter in Gegensatz stellen. Das Wohl des einen bedingt das Wohl des anderen. Geht es dem einen schlecht, dann kann der andere nicht gedeihen. In diesem Sinne wirkt auf eure jüngeren Kameraden ein und eine solche Einwirkung wird für alle Teile zu Nutz und Frommen sein." Die von einer gräßlichen Hiebe angehauchten Arbeiter haben von der Firma Schlumberger für ihre Treue, das heißt dafür, daß sie jahrzehntelang um geringen Lohn bei langer Arbeitszeit für das Wohlergehen der Firma geschuftet haben, von dieser einen Ehrensold erhalten. Es erhielt jeder soviel Mark als er Jahre im Betriebe tätig war. Wie das Wohl des einen das Wohl des andern bedingt, hat die Firma kurz nach der Jubelfeier die für langjährige treu geleistete Dienste dekorierten und beschenkten Arbeiter am eigenen Körper fühlen lassen, indem sie diesen Veteranen der Arbeit ihren Lohn von 30 bis 80 ₰ pro Tag gekürzt hat. An diesem Beispiel müssen die oberelsässischen Metallarbeiter, und besonders die Arbeiter der Schlumbergerschen Maschinenfabrik, von neuem erkennen, daß es für sie nur ein Mittel gibt, ihre Interessen zu wahren: die gewerkschaftliche Organisation, den Deutschen Metallarbeiter-Verband.

Stettin. Nun sind sie alle dagewesen, die Arbeiterzersplitterer. Noch während des Ausstandes der Nieter versuchte der „christliche" Herr Jakob Minter (Berlin) sein Heil. Weil er der Versammlung keine Bureauwahl zugestand, ließ man ihn aber nicht reden. Dann kam der Hirsch Wolf, der Stratege von Wismar. Er stellte sich ein, als er sah, daß unter unseren Kollegen auch nach beendetem Kampf noch eine große Erregung herrschte. Nachdem eine Mitgliederversammlung gegen unsere Angestellten in der schärfsten Weise Stellung genommen hatte, hielt es diese edle Seele an der Zeit, „mit vollen Backen", wie der Spezialausdruck lautet, in das Feuer zu blasen. Die Stettiner Metallarbeiter hatten aber auch für Herrn Wolf und seinen famosen Vorsitzenden Quik kein Verständnis. Der Tag, an dem die Gewerkvereinsversammlung stattfand, ist im Wolffschen Kalender schwarz, tiefschwarz angestrichen. Wolf hat ins Feuer geblasen und es sind ihm einige Funken in die Augen geflogen. Minter und Wolf werden für die nächste Zukunft wenig Neigung verspüren, die von ihnen vertretenen Richtungen mit Hilfe des Nieterstreiks in Stettin in die Höhe zu bringen. Es sind aber hier Kräfte am Werk, die es nicht mit ansehen können, daß über die Vorkommnisse vom August eine ruhigere Beurteilung eintritt. Die „Freie Vereinigung" wurde dazu ausersehen, „Licht" in das „Dunkel" der Stettiner Zustände zu bringen. Herr Ernst Rieger (Berlin) hatte es übernommen, über „den Nieterstreik und seine Lehren" zu sprechen. Wer ist Rieger? Der Mann war einmal Stadtverordneter in Spandau und ist jetzt Schreiber bei einer Berliner Kaufmannskasse. Er arbeitet außerdem mit dem bekannten Anarchisten R. Lange zusammen. Eine gewerkschaftliche Tätigkeit hat er unseres Wissens nie entfaltet und ob er schon einen Hammer oder eine Feile in der Hand gehabt hat, wissen wir auch nicht. Aber er hatte mehr Glück wie seine Vorgänger. Über den Nieterstreik sagte Rieger in der Versammlung am Sonntag den 25. Oktober im Bredower Schützenhaus freilich nicht viel. Und was er darüber sagte, war Blödsinn. Unter anderem behauptete er, es sei nicht wahr, daß die Konjunktur auf den Werften allgemein eine schlechte sei. Aus dem Berliner Tageblatt wisse er das Gegenteil. Auf das Berliner Tageblatt bezog sich der Herr Anarcho übrigens noch öfter. Wahrscheinlich ist er der Meinung, daß es so etwas in Stettin nicht gibt. Von der Stettiner Bewegung ging er aber schon nach 10 Minuten zu dem über, was der eigentliche Zweck der Macher war, zur Bekämpfung der gewerkschaftlichen Zentralverbände und der sozialdemokratischen Partei. Solingen, der Werftarbeiterverband, Crimmitschau, der Streik der Zigarettenarbeiterinnen in Dresden, die Budgetdebatte, die Berichterstattung auf unserer Generalversammlung mußten herhalten, um die „Beamtenherrschaft" in den Gewerkschaften als das alleinige Übel herausschälen zu können. Die Arbeiter nannte er geschmackvoll die „Brotgeber" der Angestellten. 1½ Stunden dauerte das Vergnügen. In sachlichen Ausführungen wies in der Erwiderung Arbeitersekretär Decker auf die groben Widersprüche in den Ausführungen des Referenten hin, dann erhielt Kollege Hunger das Wort. Er traf den Nagel auf den Kopf, als er sagte, das Thema „Nieterstreik" sei nur das Lockmittel gewesen, um die Stettiner Metallarbeiter überhaupt in die anarchistische Versammlung zu bekommen. Das ganze sei nur ein Manöver, um der verkrachten Vereinigung einiges neue Blut zuzuführen. Wenn eine Organisation, deren gesamte Mitgliedschaft man in einer Droschke nach Hause fahren könne, die Sabotage als gewerkschaftliches Kampfmittel empfehle, so sei da eine ernste Diskussion unmöglich. Hunger setzte dem Referenten so zu, daß später Herr Schlenker (Berlin) erklärte, er habe solche Angriffe noch nicht über sich oder seine Bewegung ergehen lassen müssen. Schlenker war nämlich auch dabei, man hatte ihn als Versammlungsleiter mitgebracht. Man dachte jedenfalls wieder, in Stettin gibt's keinen. Schlenker hatte das Glück, auch zum Vorsitzenden der Versammlung gewählt zu werden. Er hat seine Sache brav gemacht. Ehre, dem Ehre gebührt. Bei jedem harmlosen Zwischenruf unterbrach er den Redner und hielt dem Zwischenrufer eine Moralpredigt über guten Ton und dergleichen, so daß in jedes Referat noch einige eingeflochten waren, die aber alle Herr Schlenker hielt. Nach Hunger sprach der glorreiche Versammlungsleiter auch noch als Diskussionsredner. Was da zum Vorschein kam, übertraf aber die Ausführungen Riegers an Plumpheit und Verdrehung von Tatsachen noch um ein Beträchtliches. Selbst der tote Näher mußte noch einen Eselsfußtritt von diesem „22½ Jahre in der Bewegung stehenden Genossen" entgegennehmen. Schlenker prahlte nämlich auch damit, daß er noch Mitglied der Partei sei. Seine geistigen Waffen bezieht er aber vom Reichslügenverband. Als er seinen Speech beendet, beantragte einer seiner hiesigen Freunde Schluß der Versammlung. Daß damit einigen unserer Kollegen das Wort abgeschnitten wurde, machte nichts aus. Die Abstimmung über den Antrag war zweifelhaft, Schlenker ließ aber eine Majorität dafür herauszählen und die Geschichte war nach einer Dauer von 4 Stunden zu Ende. — Es ist bedauerlich, daß sich immer noch Kollegen finden, die solchen Wirrköpfen wie Schlenker und Rieger die Steigbügel halten. Schlenker prahlte damit, daß er kein Amt habe, daß er in Arbeit stehe. Wenn es 1899 geglückt wäre, eine größere Anzahl Kollegen vom Verband abzusplittern, wenn sich die Hoffnungen der Schlenker u. s. w. erfüllt hätten, was wäre er dann? Vorausgesetzt, daß sich seitdem nicht die Führer der neuen Bewegung selbst untereinander aufgefressen hätten. Kollegen, die sich nur einigermaßen in die Entwicklung der Organisationen hineindenken, können solchen Quertreibern keinen Beifall zollen. Sie werden sich bemühen, innerhalb ihres Verbandes das zu diskutieren, was ihnen notwendig erscheint und das, was verbesserungsbedürftig ist, im Rahmen der eigenen Organisation zu verbessern suchen. Auf die liebevolle Unterstützung von Leuten, die weder Lust noch das Zeug dazu haben, ihre Kräfte in den Dienst der Gesamtheit zu stellen, werden auch die Stettiner Metallarbeiter gern verzichten.

Rundschau.

Reichstag.

4. bis 7. November. Lange Monate hindurch ist das deutsche Volk die Sorge um die Gestaltung seiner auswärtigen Politik nicht losgeworden. Englands und Frankreichs erfolgreiche Bündnispolitik schien mit ihrer Absicht, Deutschland in der Welt isoliert zu vereinsamen und ihm dann die politische Luftlust abzusangen, unüberwindlich zu sein; sie mußte uns zu einem steten Zurückweichen in der Marokkofrage veranlassen, das bedenkenlos gewesen wäre, wenn sich nicht der deutsche Kaiser noch vor wenigen Jahren gerade in Marokko auf das Aeußerste exponiert gehabt und dem Sultan Abdul Aziz das Versprechen gegeben hätte, seine Herrschaft zu schützen und zu stützen. So wurde Marokko zu einer schweren Niederlage der deutschen Diplomatie, die nichts anderes ist, als die auswärtige Abteilung des wilhelminischen Absolutismus. Eine diplomatische Niederlage ist auch von seiner unfähigen Regierung leicht zu verschmerzen; eine Reihe von Niederlagen, Blamagen, moralischen Ohrfeigen, Verhöhnungen und Verspottungen sind dagegen gerade bei einer unfähigen Regierung besonders gefährlich, weil sie in ihr den Wunsch erwecken, die Machtmittel des Staates zur Verdeckung ihrer Fehler und Schwächen einzusetzen: nicht von starken, sondern von schwachen Regierungen gingen die meisten Kriege aus.

Das mußte sich jeder Deutsche bekümmerten Herzens sagen, wenn er auf die Tätigkeit des Auswärtigen Amtes unter Bülows Kanzlerschaft blickte. Als nun gar noch zu den westeuropäischen Schwierigkeiten die Verwicklungen im Osten kamen, als das ganze Gebiet von Persien bis an die Tore Ungarns politisch in Aufregung geriet, wuchs die Besorgnis um das Wohl unseres Vaterlandes mit jedem Tage. Denn die große Masse des Volkes, weit entfernt, dem Regiment des Fürsten Bülow Vertrauen entgegenzubringen, fürchtete, durch eine Wiederholung der zahllosen Unbesonnenheiten früherer Tage plötzlich in den Strudel eines Weltkriegs hineingerissen zu werden. Dem Fürsten Bülow und seinen Helfershelfern traut man in Deutschland alles zu — nur nichts Gutes!

Indessen schien der Beginn der orientalischen Wirren den Pessimisten unrecht zu geben: „unsere" Freundschaft mit dem blutigen Gespenst im Yildizpalaste mußte uns zwar die Herzen der Jungtürken entfremden (die sich an England und Frankreich als an freie Völker mit Selbstbestimmungsrecht anlehnten) und unser Bündnis mit Oesterreich-Ungarn zwang uns bei der Annektion Bosniens und der Herzegowina zum Schweigen — aber das war im Grunde genommen nicht ungünstig.

Da brach aber das Verhängnis doch über uns herein. Gespräche des deutschen Kaisers, deren Charakterisierung sich aus naheliegenden Gründen an dieser Stelle nicht empfiehlt, wurden in einem englischen Blatte veröffentlicht und verursachten eine tiefgehende Erregung, nicht bloß in Deutschland, sondern in allen Kulturländern. Die Veröffentlichung war nur möglich gewesen, weil die in der auswärtigen Politik beschäftigten Beamten, von Bülow bis zu dem obsturen Geheimrat Klehmet, in einer unverantwortlichen Sorg- und Gewissenlosigkeit nicht einmal eine flüchtige Durchsicht des ihnen zur Prüfung vorgelegten Manuskriptes für gut befunden hatten. Daß diese ganze schuldbeladene Sippschaft zum Kuckuck gejagt wird, ist eine selbstverständliche Forderung des Volkes, das leider gezwungen ist, den pflichtvergessenen Beamten fette Pensionen zu zahlen, damit sie auch fernerhin ein unverdientes Wohlleben führen können. Wir haben an dieser Stelle schon vor langer Zeit auf den korrumpierenden Einfluß der Bülowschen Kanzlerschaft hingewiesen und dargelegt, daß dieses Genie des Nichtstuns der schädlichste und gefährlichste Inhaber seines Postens ist, den wir je gehabt haben. Der Tatbestand zeigt, wie recht wir hatten.

Aber über dem berechtigten Groll gegen den ewig lächelnden Badegast aus Norderney, der der Welt zeigt, wie man 100 000 M. aus den Hungergroschen des Volkes jährlich in die fürstliche Tasche stecken kann, ohne sich ernsthaft um die Geschäfte zu kümmern, darf die Abrechnung mit dem Manne nicht vergessen werden, der an dem ganzen Niederbruch der deutschen Auslandspolitik die Hauptschuld trägt — mit dem deutschen Kaiser. Wir wollen ehrlich sagen, daß wir ihn überhaupt nicht verstehen. Es fehlt uns die Möglichkeit, uns in die Gedankenwelt eines Mannes zu versetzen, der die Veröffentlichung dieser Gespräche wünschen konnte, von denen die schwerste Schädigung Deutschlands in einem gefährlichen Augenblick mit Sicherheit vorauszusehen war. Aber wir beklagen das Volk, dessen Geschicke in entscheidenden Momenten von einem solchen unerklärlichen Manne beeinflußt werden können. Und damit kommen wir zu dem entscheidenden Punkte: dieser Bankerott des Absolutismus muß zum Ausgangspunkt eines zähen Kampfes um die Demokratie gemacht werden. Es kommt nicht darauf an, Sündenböcke in die Wüste zu jagen und die drohenden Gefahren der Selbstherrlichkeit bestehen zu lassen, sondern hier muß die Axt an des Uebels Wurzel gelegt werden. Nieder mit dem persönlichen Regiment — hoch das Selbstbestimmungsrecht der Nation.

In allen politischen Lagern dämmert das Bewußtsein, daß dies die Forderung des Tages ist. Daher auch der Interpellationssturm, mit dem der Reichstag seine Herbstsession eröffnet hat. Von links und rechts kamen sie gehagelt. Aber, wenn auch ihr Wortlaut fast gleich ist, ihr Ausgang und ihr Ziel sind verschieden. Die Konservativen suchen durch heftige Gestikulationen die Aufmerksamkeit vom Krenenträger abzulenken und die Affäre zu einer Ressortfrage des Auswärtigen Amts umzufälschen; die Nationalliberalen wollen den echten Mannesmut mimen, wissen aber noch nicht genau, ob Bülow stürzen und Bassermann steigen wird; die unentwegt Freisinnigen möchten dem vielgeliebten Blockvater Rettung bringen, weil seine Blamage ihre Blamage ist; nur die Sozialdemokraten haben kein Nebeninteresse, sie schielen nicht nach frei werdenden Ministersesseln und fürchten nicht, beim nächsten Ordensfest übergangen zu werden: ihr Vorstoß gilt der Sache des Volkes.

Indessen — vorläufig ist es noch gar nicht so weit. Am Mittwoch den 4. November trat der Reichstag zusammen und sofort bat Bülow um eine Woche Schonzeit. Zeit gewonnen, alles gewonnen — denkt dieser „leitende Staatsmann"; und hinter den Kulissen wimmelt die Schar der Aemterjäger und Profitgeier. Wenn es so leicht ist, eine Nation zu regieren, wie Bülow es sich gemacht hat, dann fühlen auch andere, wie der Mut in der Brust seine Spannkraft übt . . . Und derweilen unterhalten sich zwei Dutzend ehrwürdiger Gesetzgeber im Reichstag mit einem Gemurmel über Automobilgesetz und Zivilprozeßreform. Es geht halt nichts über die „Gemütlichkeit". Der Normaldeutsche weiß auch mit Wut und Haß Maß zu halten!

„Sozialpolitik" der Scharfmacher.

Der Verein Deutscher Arbeitgeberverbände hat am 29. Oktober zu Berlin eine außerordentliche Ausschußsitzung abgehalten, auf deren Tagesordnung unter anderem auch gestanden: „Beschlußfassung über ein allgemeines sozialpolitisches Programm, das der Verein Deutscher Arbeitgeberverbände in Zukunft vertreten will" und „Antrag des Vorstandes über die prinzipielle Stellungnahme zur Frage der Tarifverträge". Der Referent Herr Menck (zweiter Vorsitzender des Gesamtverbandes deutscher Metallindustrieller) referierte über einen vom Vorstand vorgelegten Programmentwurf, der auch angenommen wurde. Das Programm lautet nach der Nr. 44 der Arbeitgeberzeitung folgendermaßen:

„1. Unfallversicherung. Da die Berufsgenossenschaften sich nach jeder Richtung hin aufs beste bewährt haben, sind Aenderungen in der Unfallversicherung nicht vorzunehmen.

2. Alters- und Invalidenversicherung. Wenngleich diese Versicherung sich nicht so gut bewährt hat wie die Unfallversicherung, so hat sie sich doch derartig eingelebt, daß es besser ist, sie einstweilen so zu lassen, wie sie ist. Nur der Reichszuschuß könnte aufgehoben werden zugunsten der Witwen- und Waisenversicherung, und wenn der Ausfall anderweitig gedeckt werden müßte, so sind die Beiträge der Arbeiter und Arbeitgeber gleichmäßig zu erhöhen.

3. Witwen- und Waisenversorgung. Es empfiehlt sich hierbei, die Versorgung der Witwen und Waisen vollständig auf die Reichskasse zu übernehmen. Zur Verfügung stände der für diesen Zweck ausgesonderte Teil der Zolleinnahmen und die nach dem Vorschlage unter Ziffer 2 ersparten Zuschüsse zu der Alters- und Invalidenversicherung, insgesamt ein Betrag zwischen 90 und 100 Millionen Mark. Die Witwen- und Waisenrenten sollte man so festsetzen, daß sie die einstweilen zur Verfügung stehende Summe nicht übersteigen, ohne Rücksicht darauf, ob die Renten auch allen Ansprüchen genügen. Besser ist es, daß den Witwen und Waisen vorerst jährlich 90 bis 100 Millionen zugeführt werden. Hat man später mehr Geld zur Verfügung, so kann man, falls es sich dann als wünschenswert erweisen sollte, die Renten erhöhen.

4. Krankenversicherung. Ueber die Krankenversicherung gehen die Ansichten stark auseinander; insbesondere sind über die Verwaltung der Ortskrankenkassen viele Klagen laut geworden. Nachdem sich aber in der vom Herrn Staatssekretär des Reichsamts des Innern einberufenen Konferenz von Vertretern der Krankenkassen am 23. Oktober d. J. herausgestellt hat, daß wider alles Erwarten die Vertreter der Ortskrankenkassen für die Beibehaltung des bisherigen Zustandes eintreten und alle Angriffe gegen die Ortskrankenkassen zurückweisen, muß man annehmen, daß es wenigstens zurzeit nicht angebracht ist, am Krankenkassengesetz Aenderungen vorzunehmen.

5. Vereinheitlichung der Arbeiterversicherung. Gegen die auf eine Vereinheitlichung aller Zweige der Arbeiterversicherung abzielenden Bestrebungen ist grundsätzlich Protest einzulegen, weil die von den Befürwortern der Vereinheitlichung erwartete Vereinfachung und Verbilligung des Verwaltungswesens zweifellos ausbleiben wird.

6. Arbeitskammern. Die paritätischen Arbeitskammern sind zu verwerfen. Die Arbeitgeber brauchen sie nicht; sie haben an den Handelskammern, Handwerkskammern, Landwirtschaftskammern 2c. genügende gesetzliche Interessenvertretungen. Will man den Arbeitern auch eine gesetzliche Interessenvertretung geben, so möge man Arbeiterkammern errichten.

7. Arbeitsnachweise. Die Arbeitsnachweise müssen im Interesse der vaterländischen Gewerbetätigkeit in den Händen der Arbeitgeber liegen. Das System der paritätischen und öffentlichen (kommunalen) Arbeitsnachweise ist zu verwerfen.

8. Tarifverträge. Tarifverträge sind für die Entwicklung der Industrie im allgemeinen verderblich und im speziellen für solche Industrien, die für den Weltmarkt arbeiten, schon darum undurchführbar, weil sie den Export unmöglich machen würden. Wo trotzdem eine Einigung von Arbeitnehmern und Arbeitgebern hinsichtlich des Abschlusses von Tarifverträgen erfolgt, muß sie unter allen Umständen den Charakter einer freiwilligen Vereinbarung tragen, wie denn gegen jeden direkten oder indirekten Zwang zum Abschluß von Tarifverträgen grundsätzlich entschieden Verwahrung einzulegen ist."

Wer die Scharfmacher kennt, wundert sich über dieses „Programm" nicht. Alles ist darauf zugeschnitten, den Einfluß des Unternehmertums in der Sozialpolitik möglichst zu stärken, unbekümmert darum, ob die Arbeiterschaft davon Schaden hat oder nicht. Charakteristisch ist die Stellungnahme zur Witwen- und Waisenversorgung. Doch weiß man von dieser nichts, auch nicht, wie lange es noch dauern kann, bis die Regierung einen Gesetzentwurf darüber herausbringen wird und schon rühren sich die Menck und Genossen, um diesen neuen Fetzen Sozialpolitik möglichst unzulänglich zu gestalten, damit durch diesen nur bei Leibe nicht der Profit der Unternehmer geschmälert wird.

Gewerkschaftliches.

Metallarbeiter. Die Mitgliederbewegung der Organisationen in der Metallindustrie gestaltete sich im dritten Quartal 1908 nach den Angaben des Reichsarbeitsblattes folgendermaßen:

	2. Qu. 1908	3. Qu. 1908	Zu- od. Abgang
Deutscher Metallarbeiter-Verband	365 446	365 503	+ 57
Schmiedeverband	16 730	16 543	— 187
Kupferschmiedeverband	4 198	4 032	— 166
Gewerkverein d. Maschinenbauer u. Metallarbeiter (Hirsch-Duncker)	40 241	38 265	— 1 976
„Christlicher" Metallarb.-Verband	27 275	25 542	— 1 373

Während im zweiten Quartal die Schmiede und die Kupferschmiede eine kleine Zunahme zu verzeichnen hatten, ist während des dritten Quartals bei allen Organisationen ein Rückgang eingetreten, ausgenommen bei der unsrigen. Bei dieser ist der Fortschritt jedoch so geringfügig, daß er im Verhältnis zur großen Mitgliederzahl gar nicht in Betracht kommen kann. In Anbetracht der Krise jedoch muß man auch dieses Ergebnis als sehr gut bezeichnen. Selbst den Rückgang im Schmiedeverbande, der 1,1 Prozent beträgt, braucht man unter diesen Verhältnissen noch nicht für schlimm zu halten. Schwerer fällt der Rückgang schon bei den Kupferschmieden ins Gewicht, wo er sich auf 4,0 Prozent beläuft. Einen größeren Verlust finden wir diesmal wieder bei den Hirschen: 4,9 Prozent. Der größte Rückgang ist jedoch bei den „Christlichen" eingetreten. Dort beträgt er 6,4 Prozent.

Barbiere und Friseure. Die Generalkommission erläßt in Nr. 44 des Korrespondenzblattes einen Aufruf zugunsten des Verbandes der Barbier- und Friseurgehilfen. Dieser Organisation ist die Tätigkeit infolge der rückständigen Verhältnisse im Berufe sehr erschwert. Da der Alleinbetrieb sehr weit verbreitet ist, sorgt eine üppige Lehrlingszüchterei für einen den Gehilfenbedarf weit überwiegenden Nachwuchs an Arbeitskräften. Da die unausgesetzt wachsende Zahl der Gehilfen keine Möglichkeit hat, in ihrem Berufe dauernde Stellung zu finden, so ist ein Teil von ihnen auf Aushilfestellungen an Sonnabenden und Sonntagen angewiesen, wodurch wiederum die Zahl der ständig beschäftigten Gehilfen eine Einschränkung erfährt. Ein anderer, nicht geringer Teil benutzt die verhältnismäßig leichte Möglichkeit, selbständig zu werden, dazu, die Zahl der Zwergbetriebe zu vermehren und dadurch das Aufkommen mittlerer oder größerer Betriebe, die mehrere Gehilfen beschäftigen könnten, zu erschweren. Auf diese Weise wird es der Organisation aber ebenfalls erschwert, für die Besserung der vielen Uebelstände in den Arbeitsverhältnissen der Friseurgehilfen zu sorgen. Der Unternehmer, der in der Regel allein oder mit einigen Lehrlingen seinen Betrieb aufrecht erhält und der nur ab und zu einen Gehilfen braucht, zahlt dem letzteren einen so geringen Lohn, daß dieser sich allmählich daran gewöhnt, seinen Beruf als eine „Gelegenheit zum Trinkgelderwerb" aufzufassen. Dabei ist das selbständige „Barbierherrentum" noch bestrebt, die Abhängigkeit der ständig beschäftigten Gehilfen zu vergrößern; als Mittel zur Erreichung dieses Zweckes dienen diesen Unternehmern das Kost- und Logissystem, und die Unterhaltung eines Erkennungsdienstes durch „Attestbücher", die geeignet sind, die Gehilfen dem Gesinde gleichzustellen. Um aber jenen Widerstand der letzteren gegen [illegible] Unternehmertum bei der Wahl der Arbeitgeber den Umstand, daß sie mit Arbeitern [illegible] Stande anerkennen, [illegible] es, daß der größte Teil der [illegible] sprüchslos die [illegible] Sonn- und Festtagsarbeit, [illegible] handlung erleidet, sich [illegible] bereitwilligst fügt und [illegible] sich gegen diese Ausbeutung zu organisieren. [illegible] fügen sie sich in ihre Lage, deren [illegible] die Gründung eines eigenen Geschäftes zu [illegible]. Und so allgemein ist diese Glaube verbreitet, daß selbst ein großer Teil der gewerkschaftlich organisierten Gehilfen dem gleichen Wege folgt und die Reihen des Unternehmertums, wenn sogar auch die Organisation der Unternehmer vergrößert. So mancher Gehilfe, der seine organisatorische Schulung im Verband erfuhr, verwertet heute seine Kenntnisse in der Anfang oder „Freien Vereinigung" im Kampfe gegen die Gehilfenschaft. Angesichts dieser die Organisationsarbeit erschwerenden Hindernisse sieht sich der Verband der Friseurgehilfen Deutschlands genötigt, an die Hilfe der gesamten gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft zu appellieren. Der Kampf des Verbandes würde nutzlos bleiben und binnen wenigen Jahren würde das Errungene wieder hinweggefegt sein, wenn es nicht gelingt, einen größeren Stamm der Gehilfen für die Organisation zu gewinnen und damit einen entscheidenden Einfluß auf die Gestaltung der Arbeitsverhältnisse auszuüben. Diese Erkenntnis bewog den Gehilfenverband bereits im Jahre 1905, an die Mitarbeit der Gewerkschaften zu appellieren. Der Kölner Gewerkschaftskongreß sicherte diese Mitarbeit zu durch den folgenden Beschluß:

„Der Fünfte Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands erklärt: Da die Agitation unter den Barbier- und Friseurgehilfen infolge der rückständigen Verfassung des fraglichen Gewerbes außerordentlich erschwert ist, und der Barbier-Innungsbund einen ‚vorzüglichen Erkennungsdienst' unterhält, um den Gehilfen die Ausübung des Koalitionsrechtes zu versagen, ist es notwendig, daß die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter jede sich ihnen als Kunden der Barbier- und Friseurgeschäfte bietende Gelegenheit zur Aufklärung der Gehilfen benützen und nötigenfalls ihren Einfluß geltend machen, um die Geschäftsinhaber zu bewegen, das Koalitionsrecht anzuerkennen."

Die Zahl der Mitglieder des Verbandes der Barbier- und Friseurgehilfen ist zwar von 1418 auf 2281 gestiegen; sein Wirken scheitert aber an der Gleichgültigkeit der Mehrzahl der Gehilfen und der Fluktuation in den eigenen Reihen. An alle gewerkschaftlich organisierten Arbeiter Deutschlands ergeht daher die Aufforderung, dem Verband der Friseurgehilfen in der Agitation um Heranziehung der Gehilfen zur Organisation nach besten Kräften beizustehen. Um Agitationsmaterial und sonstige Aufklärungen wende man sich an den Verbandsvorstand Fr. Etzkorn, Berlin N. 58, Stolpischestraße 56.

Das Berliner Gewerkschaftshaus

ist durch eine Stiftung in den Stand gesetzt worden, in der Zeit vom 1. November bis 31. März 1909, also während einer Zeit, in der die Krise sich besonders fühlbar machen wird, die Preise für Wandernde um 15 % herabzusetzen, so daß während dieser Zeit statt 45, 55 und 65 ₰ nur 30, 40 und 50 ₰ zu zahlen sind. Soweit von den Gewerkschaften Schlafkarten ausgegeben werden, sollen die ersparten 15 ₰ den übernachtenden in Form eines Speisebons zugute kommen.

Gewerbegerichtliches.

Entlassung ohne Kündigung. Die Firma Hekel & Nonweiler in Saarbrücken war von dem Monteur W. aus Mannheim a. M. wegen kündigungsloser Entlassung auf eine Entschädigung von 60 M. verklagt worden. Bei der Verhandlung vor dem Gewerbegericht in Saarbrücken am 4. November suchte der Vertreter der Firma, Prokurist Rehfuß, durch nichtige Gründe und allerlei Einwände die Klage gegenstandslos zu machen, mußte sich aber von dem Vertreter des Klägers, Kollegen Fuhrmann, eine entsprechende Zurechtweisung gefallen lassen. Nach langwieriger Auseinandersetzung zwischen beiden Parteien wurde noch Ingenieur Kocker telephonisch herbeigerufen, der über die Art des Streites, den er mit Monteur W. gehabt, aussagen sollte. Kocker setzte in objektiver Weise den Sachverhalt auseinander; nachdem seine Aussagen zu Protokoll genommen waren, wurde er entlassen. Darauf kamen beide Parteien noch einmal zum Wort, worauf der Vorsitzende einen Vergleich vorschlug, nach dem die Firma an den Kläger die Summe von 30 M. zu zahlen gehabt hätte. „Was!" rief Rehfuß aus, „wir sollen 30 M. zahlen — nein, das gibt es nicht, 20 M. will ich zugestehen." Der Vorsitzende meinte hierzu, es sei doch zweifellos besser, wenn sich die beiden Parteien miteinander vergleichen und die Firma Hekel & Nonweiler die 30 M. zahlen würde, da im Falle eines Urteils wesentlich die Rechtslage entscheidend sei und es im übrigen für diese Sache auch keine Berufungsinstanz gebe. Aber der Vertreter der Firma war keiner Belehrung zugänglich. Er schleuderte dem Gericht den Vorwurf der Parteilichkeit ins Gesicht. „Wir wissen," so stieß er hervor, „daß die Arbeitgeber vor dem Gewerbegericht kein Recht bekommen." Dem Beleidiger wurde vom Vorsitzenden erwidert, daß er sich durch diese Worte nicht betroffen fühle, er sei sich bewußt, stets das Beste gewollt zu haben. Er lege diesem Zwischenfall irgendwelche Bedeutung nicht bei. Kollege Fuhrmann erklärte dagegen, daß er nach der von der Firma an den Tag gelegten Rücksichtslosigkeit nunmehr auf einen Vergleich nicht eingehe. Das Gericht verurteilte hierauf die Firma Hekel & Nonweiler zur Zahlung von 60 M. an den Monteur W. und zur Tragung der Kosten. „Bitte, gibt es ein Gericht, an welchem ich Berufung einlegen kann," ließ sich Herr Rehfuß, fast außer sich vor Wut, vernehmen. „Es gibt keines in dieser Sache," entgegnete ihm der Vorsitzende gelassen. „Dann geben Sie mir wenigstens eine Abschrift des heutigen Urteils," bat der Verurteilte. „Wird geschehen, sobald als möglich," sagte der Richter und hob die Sitzung auf.

Unternehmer-Terrorismus.

Der Unfug mit schwarzen Listen wird vom Gesamtverband deutscher Metallindustrieller beharrlich fortgesetzt; er verhängt jetzt nicht nur über die in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter die Acht, wenn sie gegen den Stachel löcken, sondern auch über solche Metallarbeiter, die in anderen Industriezweigen arbeiten und mit ihren Unternehmern in Differenzen geraten. Einige seiner Rundschreiben, die uns dieser Tage zugeflogen sind, beweisen dies. Das Rundschreiben Nr. 202 vom 23. Oktober 1908 lautet:

„Hierdurch teilen wir Ihnen mit, daß die Streiks bei den Firmen Flensburger Glasfabriken Ernst Feldmann, Flensburg, und Gebr. Körting, Körtingsdorf, Filiale Berlin, beigelegt sind. Es erledigen sich somit unsere Rundschreiben Nr. 165 und 191 vom 20. Juli und 19. September 1908. Desgleichen ist das Rundschreiben Nr. 183 vom 2. September 1908 betreffend Arbeitsniederlegung seitens zweier Arbeiter bei der Firma P. Clever in Zerbst als erledigt zu betrachten."

In einem Rundschreiben Nr. 203 wird den Metallindustriellen mitgeteilt, daß bei der Firma Gußwerke-Aktiengesellschaft Frankenthal die Gußputzer im Streik stehen und daß alle von der Firma kommenden Arbeiter nicht einzustellen seien.

Besonders bemerkenswert ist auch das Rundschreiben Nr. 204, nach dem nicht nur die aus Aachen 2c. kommenden Metallarbeiter, sondern alle Arbeiter von dort versemt werden: „Bei der Firma Eduard Görris, Eisengießerei in Aachen, haben sämtliche Former die Kündigung eingereicht, um dadurch die Wiedereinstellung eines wegen nicht genügender Leistungsfähigkeit und Unbotmäßigkeit entlassenen Kollegen zu erzwingen. Mit Rücksicht auf diese unberechtigten Maßnahmen wurde unter Zustimmung des Arbeitgeber-Verbandes der linksrheinischen Metallindustrie Aachen der Beschluß gefaßt, sämtliche in den Gießereibetrieben von Aachen und Umgegend beschäftigten Arbeiter unter Einhaltung der vertraglichen Kündigungsfrist zu entlassen. Wir bitten Sie deshalb, die in der Anlage angeführten, sowie sämtliche aus-

Aachen und Umgegend kommenden Arbeiter bis auf weiteres nicht einzustellen."

In der Anlage sind 271 Former, Putzer und Gießereihilfsarbeiter namentlich, mit Geburtsort und Datum aufgeführt. Wie aus der Korrespondenz in dieser Nummer (siehe unter „Former") ersichtlich, sind die Differenzen dort beigelegt worden. Der Gesamtverband wird also wohl oder übel seinen Ausstandsbrief widerrufen müssen.

Das Rundschreiben Nr. 400 lautet: „Bei der Firma Lederfabrik von H. H. Strecker, Gimshorn, haben am 24. dieses Monats zirka 70 Arbeiter die Arbeit niedergelegt. Wir bitten, alle von genannter Firma kommenden Arbeiter bis auf weiteres nicht einzustellen."

Das wäre wieder einmal eine kleine Blumenlese, aus der die Metallarbeiter lernen können, was ihnen nottut: festes Zusammenhalten, Heranziehung aller Indifferenten zum Deutschen Metallarbeiter-Verband. Je stärker unser Verband an Mitgliedern und an Mitteln, desto wirkungsloser werden die Waffen seiner Gegner.

Das Opfer des Handabhackers.

Die Entschädigung für den Bierfüller Franz Biewald, dem an dem denkwürdigen 19. April 1906 in Breslau von einem blutdürstigen Breslauer Schutzmann die linke Hand abgehauen worden war, ist nunmehr von der fünften Breslauer Zivilkammer endgültig festgestellt worden. Biewald erhält eine einmalige Entschädigung von 1500 M und für die achtwöchige Krankheit 142 M. Die Rente beträgt bis zum 31. Oktober 1908: 188,60 M, von da bis zum 15. Mai 1907: 208,44 M, bis zum 15. Mai 1908: 169,70 M, bis 15. April 1911: 148,96 M und von da bis zum Lebensende 157,25 M im Quartal. Er erhält auch eine künstliche Hand. Die nötigen Reparaturen daran sind ihm zu vergüten.

Gelbe Bettelbriefe.

In Nr. 18 der Metallarbeiter-Zeitung (Seite 143) veröffentlichten wir den Hauptinhalt von zwei gelben Bettelbriefen, von denen uns Originalabdrucke auf den Schreibtisch geweht waren. Der eine von diesen Bettelbriefen, der von dem sogenannten Gelben Arbeitsbund ausgeht, scheint in letzter Zeit von neuem losgelassen worden zu sein, denn in der Tagespresse ist er wiederum der Oeffentlichkeit unterbreitet worden, dazu ein neues Schreiben vom sogenannten Reformverlag Der Bund, das folgendermaßen lautet:

„An die Herren Arbeitgeber!

Ueberlassen Sie Ihre Arbeiter nicht schutzlos den Verführungskünsten der sozialdemokratischen Streikhetzer!

Helfen Sie Ihren Arbeitern, sich von den roten Hirngespinsten zu befreien. Damit geben Sie nicht nur Ihren Betrieben den Frieden wieder, sondern Sie erweisen auch noch der Menschheit einen unschätzbaren Dienst.

Das beste Schutzmittel gegen das sozialdemokratische Streikfieber ist für die Arbeiter die gelbe Literatur. Sie wird von allen Arbeitern gern gelesen. Auch die sozialdemokratischen Arbeiter greifen begierig danach.

Außer der gelben Arbeiterzeitung Der Bund empfehlen wir Ihnen, nachstehende Broschüren unter Ihre Arbeiter zu verteilen. Die Zustellung übernimmt auf Wunsch auch der unterzeichnete Verlag, und zwar zu Selbstkostenpreisen."

Die angepriesenen Broschüren sind weiter nichts als Schmähschriften von Rudolf Lebius. Dieser Herr betrachtet es als sein unantastbares Privilegium, die Arbeiterbewegung auf die gröbste Weise anzuschmutzen. Wenn ihm dann einmal kräftig erwidert wird, spielt er den Empfindlichen und läuft auf die Gerichte, obwohl früher schon einmal von einem Gericht festgestellt wurde, daß seine Persönlichkeit nicht einwandfrei sei. Eine derartige Gerichtsverhandlung fand am 4. November in Berlin statt. Als (juristisch) Angeklagter fungierte der Genosse Hans Weber, der verantwortliche Redakteur des Vorwärts. Wegen formaler Beleidigung wurde Weber zu 30 M Geldstrafe verurteilt, in Anbetracht der Umstände ein sehr mildes Urteil. Doch dies nur nebenbei. Worauf es uns in diesem Falle ankommt, ist die Feststellung, daß Lebius während der Verhandlungen zu behaupten wagte, sein Blatt werde nicht von Unternehmern ausgehalten. Das sagte der Herr zu derselben Zeit, wo ein neuer Bettelbrief von seinem sogenannten Reformverlag „an die Herren Arbeitgeber" soeben ans Tageslicht gekommen war. Der Lebius ist wirklich ein ungemein mutiger Herr.

Auch ein „Gewerkschaftsführer".

In Nr. 22 des Handlungsgehilfenblattes (Seite 174) finden wir folgende Notiz:

„Der Vertrauensmann des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes in Darmstadt heißt H. Stähle. Dieser Herr ist zugleich Geschäftsführer des Arbeitgeber-Schutzverbandes für das deutsche Holzgewerbe (Bezirksverband Darmstadt)." —

Ein recht vielseitiger Herr. Der kann den Interessen des Unternehmertums und den seiner Berufskollegen zu gleicher Zeit dienen.

Hirsch-Dunckeriana.

Der gezüchtigte Strohfeld. Unter den gern schimpfenden Hirschen agitatoren ragt ganz besonders der Herr Max Strohfeld in Breslau hervor. Das will etwas heißen, denn bei den Hirschen gibt es eifrige, die im Schimpfen etwas leisten. Als die sogenannte Deutsche Gewerkvereins-Zeitung noch ihre drei verschiedenen Titelköpfe hatte und in Weißenfels erschien, beglückte er in diesem Blättchen öfters die Hirsche mit wahrhaft grandiosen Schimpfereien, die sich natürlich nicht zum mindesten gegen den verhaßten Deutschen Metallarbeiter-Verband richteten. Dagegen war Strohfeld sehr empfindlich, wenn er einmal etwas kräftiger angepackt wurde. Dann lief er gern aufs Gericht. Unter solchen Umständen ist es nicht zu verwundern, daß schließlich auch einmal der Spieß gegen ihn umgedreht wurde. Aus diesem Grunde hatte Strohfeld sich am 3. November vor dem Breslauer Schöffengericht wegen Beleidigung zu verantworten. Kläger waren unsere Kollegen Schiegel (Bezirksleiter) und Kapelle (ein früherer Gewerkvereiner, der zum Deutschen Metallarbeiter-Verband übergetreten ist) und ferner noch Redakteur Albert von der in Breslau erscheinenden Volkswacht. Strohfeld wurde zu 300 M Geldstrafe verurteilt. In der Urteilsbegründung wurde ausgeführt, daß nur deshalb von einer Gefängnisstrafe abgesehen werden sei, weil Strohfeld seinen beleidigenden Artikel möglicherweise in der Erregung geschrieben haben könnte. Die Strafe hätte aber hoch bemessen werden müssen, weil es sich um geradezu unerhörte Angriffe gehandelt habe und weil der vom Angeklagten angebotene Wahrheitsbeweis vollständig mißglückt sei. Christian Lechner, der entlassene Redakteur des Gewerkvereinsblättchens, in dem der Schmähartikel Strohfelds erschienen war, kam mit 50 M Geldstrafe davon. Ob die Strafe den Herrn Strohfeld zu größerer Gesittetheit veranlassen wird, muß man abwarten.

Vom Ausland.

England.

Die Delegierten der verschiedenen Metallarbeitergewerkschaften, die in Nottingham zum Gewerkschaftskongreß erschienen waren, fanden sich am 3. September zu einer besonderen Konferenz zusammen. Wenn auf dieser Konferenz auch keine Beschlüsse von gewaltiger Bedeutung gefaßt wurden, so ist sie dennoch nicht ohne Wert gewesen, da sie den verschiedenen Metallarbeitergewerkschaften wieder einmal den Wert des Zusammenschlusses vor Augen geführt hat. Über die Konferenz schreibt Kollege Charles Hobson in der Oktobernummer des Total Worker einen interessanten Artikel. Hobson weist auf die Zersplitterung der Bergarbeiter hin, die 550000 Mitglieder umfaßt und 199 Delegierte auf den Gewerkschaftskongreß entsandt hatte. Diese 199 Delegierten waren zwei Tage vor Beginn des Kongresses zu einer besonderen Sitzung zusammen, um darüber zu beschließen, welche Personen für die verschiedenen vom Kongreß zu vergebenden Ämter gewählt werden sollten und was dergleichen Angelegenheiten mehr waren, bei denen eine einheitliche Aktion wünschenswert erschien. Dieses Zusammenarbeiten gelang vollkommen, keiner von den 199 Delegierten machte Seitensprünge, sie stimmten stets geschlossen. In ähnlicher Weise wirkten die Textilarbeiter. Aus diesem Grunde konnte man mit Recht sagen, daß „Kohle und Baumwolle auf dem Kongreß entscheiden und die Politik des Parlaments der Arbeit vorschreiben". Dabei haben die 25 Gewerkschaften aus der Textilindustrie, die auf dem Kongreß vertreten waren, nur 200000 Mitglieder, während die 50 Gewerkschaften der Metallindustrie 400000 Mitglieder haben, wenn man die auf dem Kongreß nicht vertretenen Maschinenbauer und Eisengießer mit einrechnet. Die Metallarbeiter nehmen also nach ihrer Zahl die zweite Stelle unter den britischen Industriearbeitern ein und es erschien deswegen dringend notwendig, daß der bei den Metallarbeitern auf den früheren Gewerkschaftskongressen vorgekommenen Kräftezersplitterung endlich Einhalt getan werde. Die Konferenz war der erste Versuch in dieser Richtung. Der von der Konferenz als Kandidat für das Parlamentarische Komitee der Gewerkschaften aufgestellte Kollege P. Walls von der Föderation der Hochofenarbeiter weigerte sich erst, diesen Posten anzunehmen, weil er die Kandidatur des bisherigen Vertreters, Kollegen W. J. Davis (Messingarbeiter) nicht gefährden wollte. In Hinblick darauf, daß nach den Stärkeverhältnissen der einzelnen Industriezweige die Metallarbeiter eigentlich beanspruchen könnten, im Parlamentarischen Komitee mindestens drei Sitze einzunehmen, beschloß die Konferenz jedoch, mindestens zwei zu beanspruchen. Einer solle von einem Vertreter der „schweren" Industrie besetzt werden und einer von einem Vertreter der „leichten". Dafür erschienen die beiden genannten Vertreter als sehr gut geeignet. Der Wunsch der Konferenz ist jedoch nicht erfüllt worden. Der Gewerkschaftskongreß wählte nur den Kollegen Davis.

Die Konferenz beschloß ferner, folgenden Resolutionen, die den Kongreß beschäftigen sollten, zuzustimmen: Der zugunsten des Achtstundentages in allen Berufen; für Staatsarbeiten in eigener Regie; Verstaatlichung von Grund und Boden und den Bergwerken; Abschaffung der Kontraktarbeit; Regelung des Akkordwesens bei der Admiralität; Gewerkschaftslöhne für alle Arbeiten, die für die Regierung ausgeführt werden; ein Lohnamt zur Feststellung gesetzlicher Mindestlöhne; gegen das Prämienlohnsystem; Garantie eines guten Lohnes bei Akkordarbeit, und ferner bei Arbeiten für die Regierung und für Kontraktarbeiter; der Regierung eine Liste von Firmen zu übermitteln, die zu Kontraktarbeit neigen; zugunsten des Wilsonschen Gesetzentwurfs wegen der Arbeitslosigkeit, Arbeitslosenfürsorge im Staatsbudget, Einrichtungen zum öffentlichen Wohl; gegen die Zwangsschiedsgerichte.

Die nächste Konferenz soll am Samstag vor dem nächsten Gewerkschaftskongreß (1909 in Ipswich) abgehalten werden.

Rußland.

Wie die Tagespresse meldet, ist die Aussperrung in der finnischen Metallindustrie mit einem Vergleich beendet worden.

Literarisches.

Autogene Metallbearbeitung, Zentralblatt für die Interessen der autogenen Schweiß- und Schneidverfahren, herausgegeben von Ingenieur Theo Kautny, Rodenkirchen bei Köln a. Rh. Verlag und Expedition: Carl Marhold, Verlagsbuchhandlung, Halle a. S., Reilstraße 80. Die Zeitschrift erscheint monatlich und kostet halbjährlich 2,50 M. — Immer neue Spezialindustrien entwickeln sich innerhalb der Metallindustrie. Eine besondere Bedeutung hat während der letzten Jahre das sogenannte autogene Schweiß- und Schneidverfahren (mit Hilfe von Wasserstoff, Acetylen rc. erlangt und es ist noch nicht abzusehen, wie groß wohl die Umwälzung in der Metallindustrie sein wird, die diese neue Errungenschaft zu bewirken bestimmt ist. Die genannte Zeitschrift, die in einer Auflage von 3000 Exemplaren erscheint und von der uns die am 15. September erschienene Nr. 3 vorliegt, soll den Interessen dieser neuen Industrie dienen. Soweit wirtschaftliche Interessen in Frage kommen, wird diese Zeitschrift natürlich im Sinne der Unternehmer gehalten sein. Die uns vorliegende Nummer enthält jedoch auch wichtige technische Artikel (Autogene Schweißung — Das „autogene Schneiden" in patentrechtlicher Beziehung — Metallographische Untersuchung von autogen hergestellten Schweißproben — Autogene Schweißung von Aluminium — Aus der Praxis — Fragekasten — Auszüge aus den Patentschriften). Wir glauben deswegen, daß die Zeitschrift auch den Kollegen gute Dienste leisten kann, die sich in diesem neuen Arbeitsverfahren ausbilden wollen und stehen darum nicht an, deren Abonnement zu empfehlen.

Arbeitsproben und Lehrgänge für die zweckmäßige Ausbildung der Lehrlinge und für die Gesellenprüfungen im eisen- und metalltechnischen Praktikum. Methodisches Hand- und Lehrbuch für gewerbliche Lehranstalten, besonders gewerbliche Lehrer, Lehr- und Prüfungsmeister, Gesellen und Lehrlinge. Verfaßt nach 45jähriger Praxis von Fg. Th. Stier sen. (Bibliothek der gesamten Technik, 104. Band.) Mit 206 Abbildungen im Text. Broschiert 2,80 M, in Ganzleinen gebunden 3,20 M. Hannover 1908, Dr. Max Jänecke, Verlagsbuchhandlung. 224 Seiten. — Wenn uns auch die Klage zünftlerisch angehauchter Handwerksmeister, daß die jungen Handwerker nicht genügend in der praktischen Arbeit ausgebildet werden, in ihrer Allgemeinheit als übertrieben erscheint, so können wir doch gerne zugestehen, daß bei manchem Lehrling für seine Ausbildung mehr getan werden müßte. Auch der Verfasser des vorliegenden Buches ist nicht ganz frei von solcher Klage, aber er gibt auch zugleich ein Mittel an, um das Übel zu bessern. Dieses Mittel ist sein Buch. Soweit wir es gelesen haben, zeigt es den erfahrenen Fachmann, dem man es ohne weiteres glaubt, daß er viele junge Leute zu tüchtigen Metallarbeitern ausgebildet hat. Es behandelt die Anfangsgründe der verschiedenen Arten von Metallbearbeitung (mit Ausnahme des Fräsens) und ist dadurch geeignet, dem Lehrling die erste Lehrzeit ganz bedeutend zu erleichtern. Auch mancher junge Geselle wird darin noch wertvolle Ratschläge finden. Bei einer Neuauflage wäre es aber wünschenswert, wenn die an verschiedenen Stellen vorkommenden Unebenheiten und Unklarheiten in der Sprache ausgemerzt würden. Ferner ist der außerordentlich ausgiebige Gebrauch von Anführungszeichen nicht gerade ein Vorzug des Buches. Auch erscheint uns auf Seite 165 der Mitnehmer als nicht ganz einwandfrei gezeichnet.

Nachtrag.

Aachen, 7. November. Die Aussperrung ist trotz der Verhandlungen am 31. Oktober, wo nach Ansicht aller Teilnehmer eine Einigung erzielt war, zur Tatsache geworden. Die Unternehmer verlangten im Laufe der letzten Tage, daß wir eine bindende schriftliche Erklärung des Inhalts abgeben sollten, daß wir in Zukunft den fremden Formern und Gießereiarbeitern, die die Unternehmer hierherziehen, keinerlei Schwierigkeiten oder Belästigungen in den Weg legen. Demgegenüber verlangten wir vor Abgabe einer derartigen Erklärung, die Unternehmer sollten in loyaler Weise erklären, daß von irgendwelchen Maßnahmen, wie Entlassungen wegen Eintreten für die Interessen der Arbeiter bei den jetzigen Differenzen, zeitweiliger Arbeitszeitverkürzung, Einlegung von Feierschichten u. s. w., nicht die Mitglieder unseres Verbandes ausschließlich oder in erster Linie betroffen werden. Bei einem Vorstelligwerden bei dem Geschäftsführer des Unternehmerverbandes heute vormittag konnte uns keine Zusage bezüglich unseres Wunsches gemacht werden. Eine Vorstandssitzung der Unternehmerorganisation fand heute nachmittag statt. Bis zur Stunde ist uns keine Antwort zugegangen, wohl aber wurden jetzt allen Gießereiarbeitern die Papiere ausgehändigt. Allem Anschein nach wollen die Herren nicht erklären, daß sie die Organisierten ebenso behandeln wollen wie die Nichtorganisierten. Zuzug nach Aachen ist streng fernzuhalten.

Verbands-Anzeigen

Mitglieder-Versammlungen.

Samstag, 14. November:

Hess. Schwäb. Germania, 8 Uhr. **Heidenheim.** Gesellschaftsgarten, 8. **Helmstedt.** Holzberg 27, halb 9 Uhr. **Landshut.** Hoferbräu, 8 Uhr. **Neumarkt (Oberpf.).** Grüner Baum, 8. **Offenburg.** Zum Schützen, 8 Uhr. **Ravensburg.** Bavaria, 8 Uhr. **Tübingen.** Lud. Langegasse, 9 Uhr. **Wertheim a. M.** Echsen, halb 9 Uhr.

Sonntag, 15. November:

Bernburg. Steinstr. 2—4, halb 4 Uhr. **Dortmund-Barop.** Rudolph in Hombruch, Bahnhofstraße, 10 Uhr. **Elbing.** Passenheims Festsäle, 10. **Hannov.-Ud.** Heizgsm. Langestr. 2, 10. **Marburg.** Daniel Jesberg, 2 Uhr.

Dienstag, 17. November:

Bochum-Herne. Bomm, halb 9 Uhr. **Gelsenkirchen** Klempn. Eckermann, 8. **Köln a. Rh.** (Klempn.) Volkshaus, ½9. **Mülhausen i. E.-Dornach.** Pfeiffer, 8. **Neu-Ruppin.** Schwan, halb 9 Uhr. **Teterow.** Buhr, Schulstr., 8 Uhr.

Mittwoch, 18. November:

Hagen-Oberhagen. Hiller, ½9 Uhr. **Teilingen.** Maller-Litt, halb 8 Uhr. **Wismar.** Arbeiterheim, 8 Uhr.

Donnerstag, 19. November:

Bischofswerda. Müllers Rest., halb 7. **Dotzheim.** Grüner Wald, halb 9. **Gelsenkirchen** (Form.) Jugenthaag, 8. **Nowawes-Neuendorf.** Singer, ½9.

Freitag, 20. November:

Differdingen. Nero, Großstr., ½9. **Eisenach.** Fröhlicher Mann, halb 9.

Samstag, 21. November:

Arnstadt. Schwarzburger Hof, halb 9. **Aschaffenburg.** Bayr. Hof, halb 9. **Augsburg.** Drei König, 8 Uhr. **Baden-Baden.** Bratwurstglöckle, ½9. **Bamberg.** Gewerkschaftshaus, 8 Uhr. **Barmen-Elberfeld** (Graveure rc.). Vier Jahreszeiten, Elberfeld, halb 9. **Barmen-Elberfeld** (Riemengangschlosser). Gewerkschaftshaus, halb 9. **Biberach a. R.** Zum Schatten, halb 9. **Bremen** Elektrom. Gewerkschaftsh. ½9. **Brem.-Hemeling.** Nordhausen, ½9. **Breslau** (Klempn.) Gewerkschaftsh., 8. **Bretten.** Engel, halb 9 Uhr. **Coburg.** Neue Welt, halb 9 Uhr. **Darmstadt.** Gewerkschaftshaus, 9. **Delmenhorst.** Weigel, halb 9 Uhr. **Dortmund-Schwerte.** Rösener, ½9. **Düdelingen.** Bentz (Deich), ½8 Uhr. **Eßlingen.** Goldener Löwen, halb 9. **Frankenberg.** Bürgergarten, 9 Uhr. **Freiberg i. S.** Union, halb 9 Uhr. **Freiburg i. B.** (Blechner u. Install.) Santo zur Stadt Belfort, halb 9 Uhr. **Großenhain** (Sa.) Nitzschke, 9 Uhr. **Güstrow.** Wiese, halb 9 Uhr. **Hag.-Remberg-Eppenh.** Breil, ½9. **Hag.-Wehringhausen.** Volkshaus, ½9. **Hagen-Westerbauer.** Alten Fritz, ½9. **Hameln.** Gewerkschaftshaus, 8 Uhr. **Ichtershausen.** Weiß (Erben), 8 Uhr. **Karlsruhe.** Alte Brauerei Heck, ½9. **Leer** in Ostfriesland. Fischer, 8 Uhr. **Masmünster.** Tschaegle, 8 Uhr. **Metz.** Gewerkschaftshaus, Karlstr. 4, 9. **Minden.** Zentralhalle, 7 Uhr. **Mühlhausen i. Th.** Thür. Hof, ½9. **Mülhausen i. E.** (Spengl.) Ostertag, 8. **Mülheim-Sterkrade.** Busch, ½9. **Neustadt a. d. H.** Ammersee, halb 9. **Nordhausen.** Hirsch, halb 9 Uhr. **Nürnberg** (Elektrom.) Sieb. Ecken, ½9. **Nürnberg** (Schmiede). Blauer Pfau, Neue Gasse 42, abends 8 Uhr. **Ohrdruf.** Topfs Rest., halb 9 Uhr. **Reutlingen.** Forelle, halb 9 Uhr. **Rosenheim.** Sterngarten, 8 Uhr. **Rudolstadt.** (Sambrinus), 9 Uhr. **Schwerin.** Gr. Moordi, halb 9 Uhr. **Strasburg i. E.** Warmbörse, halb 8. **Stuttgart-Cannstatt.** Schwabenbräu in Cannstatt, 8 Uhr. **Stuttgart.** Sängerhalle in Untertürkheim, 8 Uhr. **Stuttgart** Bauschl. Gewerkschaftsh. 8. **Stuttgart** (Elektromont.) Marx, 8. **Stuttgart.** (Heizungsm.) Sämann, Wagnerstr. 47, abends 8 Uhr. **Suhl.** Dombergsansicht, halb 9 Uhr. **Waiblingen.** Benheim, halb 9 Uhr. **Wittenberg.** Freudenberg, halb 9.

Sonntag, 22. November:

Breslau (Elektrom.) Roter Löwe, ½11. **Brück-Mertheim** Rößler, Erkerm. ½11. **Duisburg-Hamborn.** Großerlose, 4. **Dünnwald.** Wasserfuhr, halb 11 Uhr. **Hagen-Herdecke.** Nehm, 10 Uhr. **M.-Gladbach.** Heinen in Rheydt, 11.

Montag, 23. November:

Rathenow (Horna.) Stockfisch, ½9.

Bekanntmachungen der Ortsverwaltungen etc.

Auerbach (Vogtl.) Ortsgeschenk bei W. Steinkuhl, Klingenthalerstr. 35.

Berlin, Feilenhauer. Das Umschauen und Anfragen nach Arbeit ist nicht gestattet. Der Arbeitsnachweis für Feilenhauer befindet sich beim Kollegen Karl Koch, Berlin, Kolbergerstr. 23, 3 l. Sprechstunden von 12—1 Uhr und von 6—7½ Uhr.

Bremerhaven. Das Mitgliedsbuch des Mieters Karl Kapinsky, geb. am 13. Februar 1859 zu Stettin, eingetreten am 26. April 1903 in Vegesack, Haupt-Nr. 588427, ist in Nordenham (Oldenburg) gestohlen worden. Wir ersuchen, es dem Inhaber abzunehmen.

Driesen. Das Lokal Ritterguts garten steht der organisierten Arbeiterschaft nicht mehr z. Verfügung.

Dülken. Auszahlung der Unterstützungen nur noch jeden Freitag, 8—9 Uhr abends, in der Wohnung des Kassiers Hermann Bovie, Schulstr. 46.

Kottbus. Arbeitsnachweis bei M. Kunst, Neustädtertor 1. Verkehrsherberge: zum Fürsten Pückler, Sandow, Hauptstraße. Umschauen verboten.

M.-Gladbach. (Unterrichtskursus). Freitag, 20. November, abends halb 9 Uhr, bei H. Evertz.

Radolfzell. Das Lokalgeschenk für ausgesteuerte und noch nichtbezugsberechtigte Mitglieder wird in der Herberge, Gasthaus zum Frohsinn, ausbezahlt.

Gestorben.

Hagen i. W. Fritz Lübold (14).
— Heinrich Schwartz (15).
— Heinrich Möller (16).
— Friedrich Müller.
— Richard Ladensack (19).
— Ewald Schröder (20).
— Wilhelm Rasel.
Magdeburg. Albert Polte, Dreher, 44 Jahre Freitod (126).
— Aug. Schulze, Instrumentenmach., 51 Jahre, Gehirnkrebs (127).
— Heinrich Albrecht, Kernmacher, 42 Jahre, Lungenentzündung (128).
— Fritz Schönemann, Metallarbeiter, 31 Jahre, Freitod.
— Ferdinand Busse, Metallarbeiter, 58 Jahre, Lungenentzündung (129).
— Nikolaus Jäger, Heizer, 58 Jahre, Herzschlag (130).

Zentralarbeitsnachweis für Graveure und Ziseleure
Berlin NW. 6, Chariteestraße 3.

Privat-Anzeigen.

Für unsere Matrizen-Werkstatt suchen wir einen geübten **Dreher** für Matrizen. Gefl. Offerten nebst Lohnansprüchen erbittet Porzellanfabrik **Hentschel & Müller** in **Meuselwitz S.-A.**

Durch alle Verwaltungsstellen, Bevollmächtigten und Geschäftsführer des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes sowie durch unterzeichneten Verlag ist zu beziehen:

Metallarbeiter-Notizkalender 1909

Unentbehrliches Notiz- und Nachschlagebuch für alle Verbandsmitglieder

Reichhaltiger Inhalt • Gute Auswahl und übersichtliche Anordnung des Stoffes • Eleganter Druck • Gediegener Ganzleineneinband mit Tasche und Stiftrohr.

Preis für Verbandsmitglieder bei Bezug durch die Verwaltungstellen 60 Pf.

Durch den Buchhandel bezogen 95 Pfennig pro Stück, inkl. Porto.

Versand bis 10 Exempl. erfolgt nur gegen Voreinsendung des Betrags.

Alexander Schlicke & Cie., Buchdruckerei und Verlag
Stuttgart, Rötestrasse 16 B.

Vollständig von A—Z ist erschienen:

Meyers Grosses Konversations-Lexikon

Sechste, gänzlich neubearbeitete und vermehrte Auflage

150,000 Artikel u. Verweisungen

16,800 Abbildungen, 1620 Tafeln und Karten

Ein Nachschlagewerk des allgemeinen Wissens

20 Bände in Halbleder gebunden zu je 10 Mark

Prospekte und Probehefte liefert jede Buchhandlung

Verlag des Bibliographischen Instituts in Leipzig und Wien

Druck und Verlag von Alexander Schlicke & Cie., Buchdruckerei und Verlag, Stuttgart, Rötestraße 16 B.